



Das Reichsstudentenwerk

Sozialbetreuung von Studierenden im Nationalsozialismus
Eine historische Studie von Dr. Christian Schölzel im Auftrag
des Deutschen Studentenwerks



Vorworte



Prof. Dr. Rolf-Dieter Postlep, Präsident



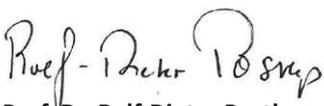
Achim Meyer auf der Heyde, Generalsekretär

Im Jahr 1921 – eine Zeit, in der die Studierenden in Deutschland immer noch stark unter den Folgen des Ersten Weltkriegs litten – wurde am 19.2. als unmittelbare Vorgängerinstitution des Deutschen Studentenwerks die „Wirtschaftshilfe der Deutschen Studentenschaft e.V.“ gegründet, der Dachverband der kurz zuvor etwa in Dresden, München, Bonn oder Tübingen entstandenen Selbsthilfeeinrichtungen bzw. Studentenhilfen.

2021 jährt sich die Gründung des Deutschen Studentenwerks zum 100. Mal. Eine bruchlose Linie von 1921 bis 2021 gibt es allerdings nicht. Die Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft stellt eine tiefe institutionelle Zäsur dar: Die Studentenwerke wurden gleichgeschaltet und jeglicher Autonomie beraubt; ihr Dachverband wurde instrumentalisiert und integriert ins Gefüge der NS-Diktatur.

Wie das geschah, wer die treibenden Kräfte und handelnden Personen waren, die zur Gründung des nationalsozialistischen „Reichsstudentenwerks“ im Jahr 1934 führten, stellt diese wissenschaftliche Studie dar.

Wir legen sie bewusst als ein Zeichen unserer politisch-moralischen Verantwortung im Jahr 100 nach unserer Gründung vor. Auch, weil wir in Zeiten eines besorgniserregenden Erstarkens rechtspopulistischer Tendenzen ein mahnendes Erinnerungszeichen dagegensetzen wollen.


Prof. Dr. Rolf-Dieter Postlep

Das Deutsche Studentenwerk als Verband der heute 57 Studenten- und Studierendenwerke hat eine doppelte Mission: sich für gute Rahmenbedingungen für die Studentenwerke einzusetzen – und für die sozialpolitischen Belange der rund 2,9 Millionen Studierenden in Deutschland.

Dieser doppelte politische Auftrag hat seine Wurzeln im zivilgesellschaftlichen, demokratischen Engagement von Studierenden und Lehrenden nach dem Ersten Weltkrieg. Diesen Werten sind die Studenten- und Studierendenwerke bis heute zutiefst verpflichtet.

Mit dieser geschichtswissenschaftlichen Forschungsarbeit werden nun erstmals die Jahre der nationalsozialistischen Diktatur beleuchtet, in denen just diese Werte mit Füßen getreten wurden. Ich danke im Namen des Deutschen Studentenwerks dem Autor, Dr. Christian Schölzel, Berlin, dass er sich dieser Herausforderung gestellt hat.

Wir wollen mit dieser Studie nicht allein eine Forschungslücke schließen; wir setzen uns bewusst mit dem dunkelsten Kapitel in der bisherigen Geschichte des Deutschen Studentenwerks auseinander. Möge sie Anlass geben zu weiteren Forschungen, auch auf lokaler oder regionaler Ebene!


Achim Meyer auf der Heyde
Berlin, 19. Februar 2021



Einleitung

Das Deutsche Studentenwerk weiß sich in seiner heutigen wie auch seiner zukünftigen Arbeit einer zivilgesellschaftlichen Tradition verpflichtet.¹ Das Selbstverständnis des Dachverbands der Studenten- und Studierendenwerke knüpft an die föderalen Ursprünge der Entstehungsphase einer institutionalisierten Sozialfürsorge für Studierende* im späten Kaiserreich und in der frühen Weimarer Republik. Die Zielsetzungen von sozialer Förderung und der Einbindung gesellschaftlich Benachteiligter finden heute ihre Basis in den Werten des Grundgesetzes, an erster Stelle der Chancengleichheit. Es gilt, in einem demokratischen Wertekanon die Vielfalt akademischer Bildung für möglichst breite Schichten aus dem In- und Ausland zu gewährleisten.

Vor dem Hintergrund dieser seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs in West- und Gesamtdeutschland kontinuierlich beibehaltenen Ausrichtung des Deutschen Studentenwerks verwundert es nicht, dass der Verband in seiner Programmatik Kontinuitäten vor allem in der Weimarer Republik sucht; eine auf Pluralismus orientierte Traditionsbildung steht im Vordergrund.

Andererseits benannte das Deutsche Studentenwerk die in dieser Studie nunmehr analysierte Instrumentalisierung des ehemaligen Dachverbands der Studentenwerke für die Zwecke der NS-Diktatur durchaus – ohne sie bisher jedoch näher zu beleuchten. Die Festschrift zum 70-jährigen Bestehen des Deutschen Studentenwerks von 1993 vermag dies zu illustrieren: In der Chronologie der sieben Jahrzehnte werden die Jahre 1933 bis 1945 keineswegs übergangen. In der Fotogalerie führender Mitarbeiter/-innen des Deutschen Studentenwerks jedoch, gleichsam dem „Familienalbum“ derjenigen, auf die man sich besinnen soll, reicht der zeitliche Reigen nur von 1921 bis 1931 und wird dann erst ab 1950 fortgeführt.²

Im Jahr 2021 gedenkt das Deutsche Studentenwerk seiner Gründung vor 100 Jahren. Da darf es als offener, ehrlicher

Umgang mit den eigenen demokratischen wie eben auch nichtdemokratischen Traditionslinien und als Ausdruck einer politisch-moralischen Verpflichtung gewertet werden, wenn das Deutsche Studentenwerk mit dieser geschichtswissenschaftlichen Untersuchung die bisher fragmentarischen Forschungen zum Reichsstudenwerk bündelt und vertieft mit dem Ziel, eine größere Transparenz in die Jahre der Sozialfürsorge für Studierende während der NS-Zeit zu bringen. Diese Studie ist dankenswerterweise durch das Deutsche Studentenwerk selbst initiiert und beauftragt worden.

■ Fragestellung

Die Idee sozialer Hilfsorganisationen für Studierende entsteht zur Zeit des Ersten Weltkriegs. Sie existiert bis heute. Die vorliegende Analyse fragt nach dem Stellenwert des bis 1945 tätigen Reichsstudenwerks:

- Welchen organisatorischen und personellen Veränderungen unterliegt die ursprünglich als koordinierende Dachorganisation angelegte Wirtschaftshilfe der Deutschen Studentenschaft, beziehungsweise das Deutsche Studentenwerk e. V., im NS-Staat?
- Welche Kontinuitäten, welche Brüche lassen sich für das Reichsstudenwerk gegenüber den Vorläufern in der Weimarer Republik ausmachen?
- Wie modifizieren sich im Regime Zielsetzungen in der Arbeit, und welchen praktischen Niederschlag hat dies?
- Wie ist das Reichsstudenwerk im Geflecht der Diktatur vernetzt?
- Welcher Stellenwert kommt ihm zu im Gefüge des NS-Staats?

Diese Fragen sollen an verschiedenen strukturellen, personellen wie inhaltlichen Parametern erörtert und beantwortet werden. Die Antworten sind ihrerseits in einem breiteren historischen Kontext zu betrachten.

Vielen Dank an Herrn Boris Heczko für die sprachliche Durchsicht des Texts.

² Deutsches Studentenwerk (Hg.), 70 Jahre, Bd. 1, S. 83ff. (Chronologie), S. 167ff. (Bildergalerie).

¹ Vgl. Deutsches Studentenwerk (Hg.), 70 Jahre. Band 2, Bonn 1993, S. 4ff.; Deutsches Studentenwerk (Hg.), 70 Jahre. Band 1, Bonn 1993.

* In dieser Untersuchung versuchen wir wenn irgend möglich, geschlechtersensibel zu formulieren. Gerade zeitgenössische Begriffe aber wie „Studentenförderung“ oder „Studentenwohnheim“ belassen wir bewusst im generischen Maskulinum, und selbstredend werden Quellentexte ohne irgendwelche Eingriffe übernommen.



Einleitung

Zeitlich wird unterschieden zwischen der Konsolidierungsphase des Regimes (bis etwa 1936), dem NS-Herrschaftssystem in Friedenszeiten (bis 1939) und der NS-Gesellschaft während des Kriegs (1939 bis 1945).

■ Überlieferung von Quellen

Zur Beantwortung der hier skizzierten Fragen, die den Themenbereich der Hochschulausbildung berühren, konnten vor allem Archivalien aus dem Bundesarchiv Berlin herangezogen werden. Einige der in der Literatur erwähnten Bestände des 1939 in Würzburg unter Mitwirkung des damaligen Reichsstudentenführers Gustav Adolf Scheel (1907-1979) gegründeten Instituts für deutsche Studentengeschichte³ umfassten ursprünglich Akten-Konvolute, die durch den SD, den Sicherheitsdienst der SS, bei katholischen, sozialdemokratischen, kommunistischen und jüdischen Studentenverbindungen beschlagnahmt worden sind. Analoges gilt für Bibliotheksgut. Dieses Raubgut sollte im neu gegründeten Institut unter Leitung von Anton Brüggmann, Mitglied von SS und SD, „ausgewertet“ werden.⁴

Diese speziellen Bestände scheinen nach 1945 aus dem eigentlichen Archivbestand ausgesondert worden zu sein. Letzterer wurde ins Staatsarchiv Würzburg überführt und 2005 dem Bundesarchiv Berlin übergeben.⁵ Hier fanden die Unterlagen Eingang in die Bestände mit den Signaturen NS 38 und R 149.⁶ Beide sind neben vielen anderen Aktenbeständen von Reichsbehörden sowie NS-Organisationen für diese Untersuchung ausgewertet worden. Sehr herzlich ist in diesem Zusammenhang dem Bundesarchiv Berlin für die vollständige Verzeichnung des Bestands R 149 zum Reichsstudentenwerk aus Anlass dieser Untersuchung zu danken. Initiiert durch Anfragen im

Rahmen dieses Forschungsprojekts sind nun alle Akten dieses für die vorliegende Darstellung zentralen Bestands nutzbar. Der Bestand R 149 steht damit von nun an auch anderen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern im gesamten Umfang zur Verfügung.

Das heutige Deutsche Studentenwerk verfügt in seiner Berliner Zentrale über eine Reihe an Dokumenten, Druckschriften und Medien zur Geschichte seiner Vorläufereinrichtung, die hier mit herangezogen worden sind.⁷

Eingang in die Untersuchung finden auch kleinere Konvolute aus dem Historischen Archiv der Beuth Hochschule für Technik Berlin sowie aus dem Archiv der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.

Aus Quellenverzeichnissen in der Literatur lässt sich auf Aufzeichnungen von Interviews mit Gustav Adolf Scheel und anderen Funktionsträgern des NS-Wissenschaftsbetriebs durch Geoffrey J. Giles in den 1970er-Jahren schließen. Leider sind präzise Aufzeichnungen hiervon nicht mehr erhalten.⁸

Der sogenannte Nachlass Gustav Adolf Scheel im Landesarchiv Salzburg enthält laut Auskunft von dort lediglich eine wenige Blatt umfassende Sammlung apologetisch gehaltener Notizen, die Scheel vor allem mit Blick auf seine Funktion als Reichsstatthalter von Salzburg während des Nachkriegsprozesses gegen ihn angefertigt hat. Das Gleiche gilt für das Privatarchiv der Familie Scheel in Hamburg. Diese Bestände wurden für diese Untersuchung nicht ausgewertet, da dank der übrigen Unterlagen das Bild Scheels als Reichsstudentenführer und Kernfigur des Reichsstudentenwerks mit engen Verbindungen in den SS-Apparat hinreichend gezeichnet werden konnte.⁹

³ BArch Berlin R 8034-III/403, Bl. 122 (O. A., Institut für Studentengeschichte. Dr. Scheel über die ehrenvolle Vergangenheit des Studententums, in: Deutsche Allgemeine Zeitung, 28. Mai 1939). Vgl. etwa: Geoffrey J. Giles, *Students and National Socialism in Germany*, Princeton 1985, S. 10; BArch. Berlin R 4901/895, Bl. 18 (Reichsstudentenwerk, Haushalt für das Rechnungsjahr 1939); Rolf-Ulrich Kunze, *Die Studienstiftung des deutschen Volkes seit 1925. Zur Geschichte der Hochbegabtenförderung in Deutschland*, Berlin 2001, S. 12f.; Michael Grüttner, *Studenten im Dritten Reich*, Paderborn u.a. 1995, S. 9.

⁴ BArch. Berlin NS 38/5478, unpaginiert (Franz A. Six an die Reichsstudentenführung, 16. Januar 1939; Anton Brüggmann an SS Sturmbannführer Martin Sandberger, 17. und 19. April 1939; Leiter des Instituts für Studentengeschichte an den stellvertretenden Leiter des Verfassungsausschusses der Reichsstudentenführung, [?] Traub, 27. April 1939).

⁵ Hannah Hien/Staatsarchiv Würzburg, Brief an den Verfasser, 23. Juli 2019.

⁶ Hierzu: Matthias Meissner, *Findbücher zu Beständen des Bundesarchivs. Reichsstudentenführung/Nationalsozialistischer Deutscher Studentenbund. Bestand NS 38*, Berlin 2014, S. XIIIf.

⁷ Da diese Konvolute unverzeichnet sind, werden Druckschriften wie Literatur zitiert; Dokumente mit dem Vorsatz DSW und dann in runden Klammern der Dokumentbeschreibung.

⁸ Geoffrey J. Giles, Mail an den Verfasser, 29. September 2019.

⁹ Vgl. Alfred Höck/Landesarchiv Salzburg, Schreiben an den Verfasser, 15. Juli 2019; Alfred Höck, Mail an den Verfasser, 18. Juli 2019. Georg Franz-Willing, „Bin ich schuldig?“. *Leben und Wirken des Reichsstudentenführers und Gauleiters Dr. Gustav Adolf Scheel 1907-1979. Eine Biographie*, Leoni 1987, S. 81ff. Franz-Willings in ihren revisionistischen Wertungen gänzlich unbrauchbare Arbeit basiert auf dem Familienarchiv Scheel sowie auf Unterlagen des erwähnten Nachlasses Scheel in Salzburg.



Einleitung

■ Forschungslage

Zur Geschichte des Reichsstudentenwerks existieren lediglich ältere Examensarbeiten, populär gehaltene Jubiläumsschriften sowie eher randständige Erwähnungen in Untersuchungen zu verwandten Themenfeldern.¹⁰ Hervorhebenswert ist ein archivalienbasierter Aufsatz von Hans Schlömer zum Prozess der „Gleichschaltung“ des Deutschen Studentenwerks e. V./Reichsstudentenwerks von 1933 bis 1938.¹¹ Die Dissertation von Rolf Schenk zum Reichsstudentenwerk ist hingegen aufgrund ihrer NS-nahen Darstellung weitestgehend unbrauchbar.¹²

Diese im Auftrag des Deutschen Studentenwerks entstandene geschichtswissenschaftliche Analyse möchte somit eine Forschungslücke füllen. Die Studie ermöglicht dem Deutschen Studentenwerk einen vertiefenden Blick auf die eigene Geschichte und vermag hoffentlich den Anstoß zu weiteren Arbeiten in der Zukunft zu geben. Ihre zeitliche Begrenzung erfährt sie mit dem Zusammenbruch des NS-Regimes. Die Bedeutung der Frage nach fortwährenden personellen Kontinuitäten in der Nachkriegszeit wird keineswegs verkannt. Sie zu behandeln, würde jedoch weitere Untersuchungen erfordern.

¹⁰ Etwa: DSW (Theo Tupetz u. a., Die Deutschen Studentenschaften. Versuch einer knappen Darstellung ihrer Entstehung und der Bemühungen um ihre innere und äußere Ordnung sowie ein neuerlicher Diskussionsvorschlag für den Entwurf eines Gesetzes über die Studentenschaften, o. O. o. J. [Bad Godesberg 1962]), S. 39ff.; Hanns Streit, Das Deutsche Studentenwerk. Wirtschaftshilfe der Deutschen Studentenschaft 1921-1931, Dresden 1931; Helmut Backhaus, Die Studentische Selbsthilfe und Selbstverwaltung an der Georg-August-Universität 1905-1945. Ein Beitrag zur Geschichte des Studentenwerkes Göttingen. Typoskript, Göttingen 1961, S. 51ff.; Joachim Gutmann, Die Entwicklung des Studentenwerkes Göttingen 1922-1972. Ein Beitrag zur Geschichte studentischer Selbsthilfe und Sozialversorgung. Festschrift zum 50-jährigen Bestehen des Studentenwerkes Göttingen. Typoskript, [Göttingen 1972], S. 35ff.; Giles, Students; Kunze, Studienstiftung, S. 211ff., 239ff. Vgl.: Jürgen Goecke, Von der Selbsthilfeeinrichtung zur Anstalt des öffentlichen Rechts. Läßt sich aus der Entwicklung des Studentenwerkes in Berlin auf die vermutliche Entwicklung vergleichbarer Bürgerinitiativen schließen? Typoskript. Diplomhausarbeit FU Berlin, FB 15, 1975, S. 14ff.; Grüttner, Studenten, S. 140ff.

¹¹ Hans Schlömer, Die Ära der Gleichschaltung, in: Deutsches Studentenwerk (Hg.), 1921-1961. Festschrift zum vierzigjährigen Bestehen, Bonn 1961, S. 63-79.

¹² Rolf Schenk, Das Reichsstudentenwerk. Seine rechtliche Stellung und seine sozialistische Aufgabe. Typoskript. Diss. Universität Würzburg o. J. [um 1941].

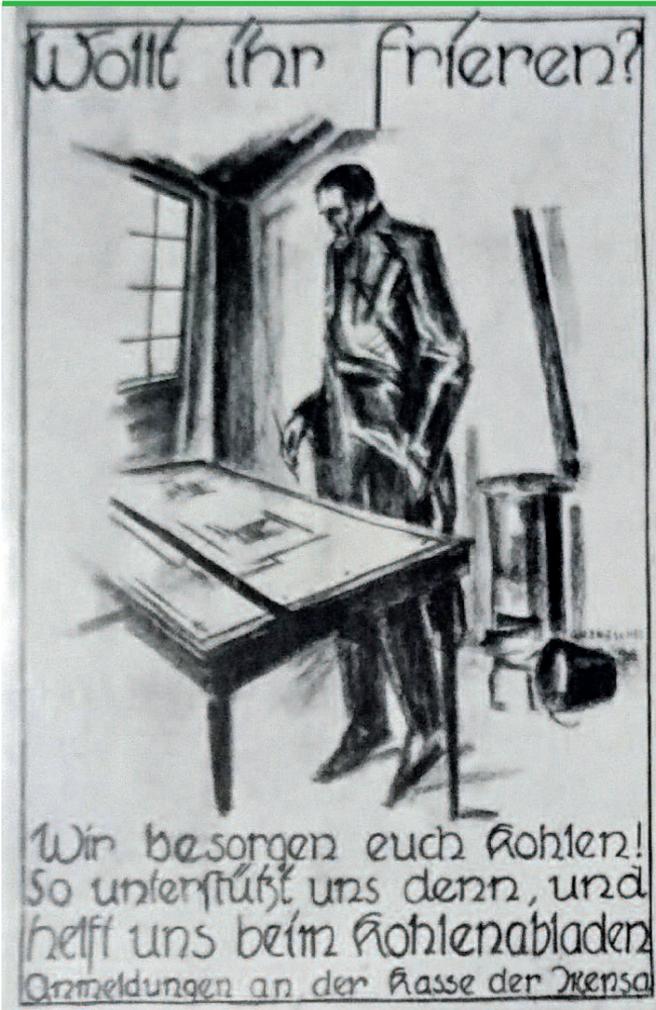


Inhaltsverzeichnis

1. Wirtschaftshilfe der Deutschen Studentenschaft e. V. und Deutsches Studentenwerk e. V.	7
1.1. Ursprünge und Selbstverständnis	7
1.2. Förderinstrumente der Zwischenkriegszeit	12
2. Das Reichsstudentenwerk in der NS-Diktatur	15
2.1. „Gleichschaltung“, „Führerprinzip“ und „Säuberungen“	15
2.2. Das Reichsstudentenwerk bis zum Zweiten Weltkrieg	22
3. Das Reichsstudentenwerk im Zweiten Weltkrieg	36
3.1. Die Militarisierung der Förderung	36
3.2. Exkurs: Die „angeschlossenen“ und besetzten Gebiete	44
4. Zusammenfassung und Ausblick	49
5. Archiv- und Literaturverzeichnis	52
5.1. Archive	52
5.2. Gedruckte Quellen – Literatur	54
Anhang: Schaubilder – Organisationsstruktur 1921 bis 1945	57
Impressum	60

1. Wirtschaftshilfe der Deutschen Studentenschaft e. V. und Deutsches Studentenwerk e. V.

1.1. Ursprünge und Selbstverständnis



Aufruf an Studenten, sich als Kohlenträger zu verdingen, vermutlich 1919
Quelle: DSW 1, S. 9

■ Gründung im Umbruch

Im Jahre 1919 hält der Soziologe Max Weber seinen berühmten Vortrag „Wissenschaft als Beruf“. Er fordert darin für die wissenschaftliche Methodik die Anwendung nachvollziehbarer Verfahren, die Klärung von Begriffen sowie Schlußfolgerungen

auf der Basis von Erfahrung und Logik ein.¹³ Weber ist sich bewusst, in welcher historischen Umbruchsituation er sein rationales und bis heute gültiges Wissenschaftsverständnis öffentlich darlegt: Das Kaiserreich ist zerbrochen. Der im Jahr 1914 maßgeblich vom Deutschen Kaiserreich ausgehende Erste Weltkrieg ist nach vier Jahren verloren. Nicht genug damit: Abdankung und Flucht des letzten deutschen Kaisers besiegeln das Ende der Monarchie. Während dieses Untergangs der alten Welt bleibt noch unklar, wie die neue beschaffen sein soll. Gemäßigte und radikale Teile der Arbeiterbewegung stehen nationalen oder konservativen Bürgern gegenüber. Eine liberale bürgerliche Mitte ist zwischen diesen „Flügeln“ eher schwach. In dieser krisenhaften Umbruchphase sucht eine in viele Milieus zersplitterte deutsche Gesellschaft nach Orientierungen. Der Zugang zu Studium und Hochschule bleibt dabei ein ganz überwiegend „männliches Projekt“ Wohlhabender.¹⁴

Bezogen auf das Verständnis des Wissenschaftlers als akademischem Lehrer in dieser Zeit bemerkt Weber: „... der Irrtum, den ein Teil unserer Jugend begeht ...: ‚Ja, aber wir kommen nun einmal in die Vorlesung, um etwas anderes zu erleben als nur Analysen und Tatsachenfeststellungen‘, – der Irrtum ist der, daß sie in dem Professor etwas anderes suchen, als ihnen dort gegenübersteht – einen Führer und nicht: einen Lehrer. Aber nur als Lehrer sind wir auf das Katheder gestellt.“¹⁵

Die Gesellschaftskrise ist zur Zeit von Webers Vortrag zugleich eine soziale Krise. Dies gilt schon seit Ausbruch des Kriegs auch im Wissenschaftsbetrieb.

Bereits 1914 haben sich bei Studentenausschüssen und Vereinigungen der Studierenden verschiedener deutscher Universitäten lokale Hilfsorganisationen für ihre Mitglieder, sogenannte Wirtschaftsämter, gebildet.¹⁶ Diese helfen gemeinsam mit den

¹³ Max Weber, Wissenschaft als Beruf. 1919, in: Johannes Winckelmann (Hg.), Max Weber. Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre, 7. Aufl., Tübingen 1988, S. 582-613, bes.: S. 598f., 602.

¹⁴ Vgl.: Grüttnner, Studenten, S. 488, 1920 beträgt der Anteil von Frauen unter den Studierenden 9,2 % an den Universitäten und 1,2 % an den Technischen Hochschulen.

¹⁵ Weber, Wissenschaft, S. 582-613, bes.: S. 605.

¹⁶ Vgl. hier und für das Folgende: Deutsches Studentenwerk (Hg.), 70 Jahre Deutsches Studentenwerk. Band 1, S. 83ff. Vgl. zu Vorläufern schon zu Beginn des Ersten Weltkriegs: BArch. Berlin R 149/3, unpaginiert (O. A., Typoskript, Bleistiftnotiz Wirtschaftshilfe, undatiert). Das Dokument enthält neben weiteren in der Akte einen guten Überblick über das Spektrum an Organisationen wie etwa den Deutschen Studentendienst von 1914, die sich bereits im Weltkrieg der Studierenden annehmen; oftmals ungeachtet der Konfession oder der politischen Haltung. Vgl. Jürgen Schwarz, Studenten in der Weimarer Republik. Die deutsche Studentenschaft in der Zeit von 1918 bis 1923 und ihre Stellung zur Politik, Berlin 1971, S. 74ff.

1. Wirtschaftshilfe der Deutschen Studentenschaft e. V. und Deutsches Studentenwerk e. V.

1.1. Ursprünge und Selbstverständnis

entsprechenden Abteilungen des Roten Kreuzes oder der Caritas mit bei der wirtschaftlichen Unterstützung von durch Krieg, Kriegsheimkehr oder Wirtschaftskrise nach der Niederlage sozial belasteter Studierender.

Seit 1919 werden diese Organisationen und Stellen auch durch die Dozentenschaft sowie durch Vertreter der Privatwirtschaft unterstützt.¹⁷ Zum Spektrum der Aktivitäten zählen der Unterhalt von Mensen sowie die finanzielle Unterstützung von Studierenden durch Beihilfen oder Darlehen. 1920 erfolgt der Zusammenschluss lokaler Initiativen – wie etwa in Dresden, Tübingen oder München – zum Wirtschaftsamt der Deutschen Studentenschaft. Zu jener Zeit studieren 114.000 junge Menschen an den Hochschulen des Reichs, etwas mehr als kurz vor Ausbruch des Kriegs.¹⁸ Am 19. Februar 1921 gründen Studenten, Dozenten sowie Vertreter aus Wirtschaft, Gewerkschaften, karitativen Organisationen und Ministerialbürokratie die Wirtschaftshilfe der Deutschen Studentenschaft e. V.¹⁹ Dieser Dachverband vertritt von nun an studentische Belange in Wirtschafts- und Sozialfragen. Das Wirtschaftsamt und die Wirtschaftshilfe gelten als erste Vorläuferorganisationen des heutigen Deutschen Studentenwerks. Geboren aus den Folgen des Weltkriegs, ist die Wirtschaftshilfe Teil der jungen Republik von Weimar, die auf das 1918 untergegangene Kaiserreich folgt: eine bürgerlich verfasste parlamentarische Demokratie.

Gegründet in Tübingen, hat die Wirtschaftshilfe ihren Sitz in Dresden. Zum Selbstverständnis als Koordinationsorgan lokaler Hilfswerke heißt es in ihrer Satzung: „[Die Wirtschaftshilfe] unterstützt die Wirtschaftskörper der einzelnen Hochschulen in ihrer örtlichen Arbeit, ohne auf ihr Tätigkeitsgebiet selbst überzugreifen.“²⁰ Die Autonomie der Hochschulen wird durch den föderalen Zuschnitt des Verbands gewahrt.

Im Sinne demokratischer Verfassungsprinzipien der Weimarer Republik sieht die Satzung der Wirtschaftshilfe weiterhin vor:

„Bei ihren gesamten Arbeiten hat sie [die Wirtschaftshilfe; d. Verf.] völlige Neutralität in politischen, konfessionellen oder weltanschaulichen Fragen zu wahren und jeden von innen oder außen kommenden Versuch einer Verletzung dieses Grundsatzes mit allen Mitteln zurückzuweisen.“²¹

Wenige Monate nach Gründung der Wirtschaftshilfe beschließt der 4. Deutsche Studententag, eine Zusammenkunft studentischer Vertreter, während seiner Beratungen vom 1. bis zum 4. Juli 1921 das Erlanger Programm. Dessen Inhalt gibt aus studentischer Sicht die Ziele der Wirtschaftshilfe wieder.²² Zentral ist auch hier das Prinzip der Hilfe zur Selbsthilfe für Studenten in Not. Betont der Text einerseits, dass bei der Unterstützung durch den Verband die örtliche „Eigenart“²³ zu wahren sei, sieht die Programmschrift andererseits als Ziel die Schaffung eines Wirtschaftsplans für alle deutschen Studierenden vor, also einen stärkeren Zentralismus.

In den Formulierungen ist der noch unmittelbare Eindruck der Kriegsniederlage und der als „Diktat“ der Siegermächte gegenüber dem Deutschen Reich empfundenen Friedensvertrag von Versailles deutlich zu spüren, wird doch mehrfach im Text



Erste Tagung der Wirtschaftskörper in Dresden 1921
Quelle: DSW 1, S. 22

¹⁷ BArch. Berlin R 149/217, unpaginiert (Die Deutsche Studentenschaft/Wirtschaftshilfe der Deutschen Studentenschaft e. V. (je Hg.), An alle Freunde der studierenden Jugend Deutschlands!, 15. April 1921); in derselben Akte findet sich eine Reihe an Dokumenten, die auf die Arbeit von Vorläuferorganisationen der Wirtschaftshilfe verweisen, so etwa den Zentral-Ausschuß der Studentenschaften aller deutschen Handelshochschulen, die Zentrale des Akademischen Hilfsbundes bzw. des Akademischen Hilfsbundes/Fürsorge für kriegsbeschädigte Akademiker. Vgl. im selben Archiv R 128/22, unpaginiert (O. A., Das Studentenwerk Berlin, in: Berliner Börsen-Zeitung, 4. Mai 1935).

¹⁸ Grütner, Studenten, S. 487.

¹⁹ Vgl. BArch. Berlin R 149/228, unpaginiert (Liste der Mitglieder des Verwaltungsrats der Wirtschaftshilfe der Deutschen Studentenschaft, o. J. [vermutlich 1921]).

²⁰ Zitiert nach: Deutsches Studentenwerk (Hg.), 70 Jahre. Bd. 1, S. 84. Vgl.: BArch. Berlin R 149/228, unpaginiert (Wirtschaftshilfe der Deutschen Studentenschaft e. V., Satzung, 1921).

²¹ Zitiert nach: Deutsches Studentenwerk (Hg.), 70 Jahre. Bd. 1, S. 84. Vgl. BArch. Berlin R 149/3, unpaginiert (Deutsche Studentenschaft; Deutsche Wirtschaftshilfe e. V., An die Rektorate und Studentenschaften der deutschen Hochschulen, 16. März 1921).

²² Abgedruckt in: Deutsches Studentenwerk (Hg.), 70 Jahre. Bd. 2, S. 1-3. Vgl. BArch. Berlin R 149/217, unpaginiert (Die Deutsche Studentenschaft 1921, Organigramm, in: O. A., Die Räder. Für Volk, Arbeit und Aufbau. Studenten-Sondernummer 2 (1921), Nr. 31/32, S. 483).

²³ Deutsches Studentenwerk (Hg.), 70 Jahre, Bd. 2, S. 1.



1. Wirtschaftshilfe der Deutschen Studentenschaft e. V. und Deutsches Studentenwerk e. V.

1.1. Ursprünge und Selbstverständnis

von der „Rettung Deutschlands“ gesprochen.²⁴ Die Wirtschaftshilfe ist auch ein nationales Projekt. Der vage Verweis auf das utopische Gesellschaftskonzept der „neuen Wirtschaft“ lässt zudem an Walther Rathenaus seinerzeit breit rezipierte gemeinwirtschaftliche Schrift „Die neue Wirtschaft“ von 1918 denken.²⁵ Trotz dieser nationalen und/oder genossenschaftlichen Vorstellungen wird die Autonomie des Studenten angestrebt.

Der nationale Beweggrund bleibt jedoch prägend. Ähnlich eindeutig wie im Erlanger Programm liest sich der Geschäftsbericht der Wirtschaftshilfe der Deutschen Studentenschaft für das Jahr 1922 und das erste Quartal des Folgejahrs: „Die unter dem Druck der Versailler Bestimmungen sich vollziehende Wirtschaftsentwicklung Deutschlands der Nachkriegszeit zerstörte die bisherigen wirtschaftlichen Grundlagen des deutschen Studententums. Schon 1919 sahen sich zahlreiche aus dem Krieg zurückkehrende Kommilitonen schwerster Not gegenüber. Vom ersten Anfang an antworteten die Studenten auf diese Not mit der Tat der Selbsthilfe ... Um dieser Selbsthilfebewegung eine festere Grundlage zu geben, schritt die Deutsche Studentenschaft im Frühjahr 1921 zur Gründung der Wirtschaftshilfe der Deutschen Studentenschaft e. V. ...“²⁶

■ Zwischen nationaler Kontinuität und republikanischem Neubeginn

Die studentische Sozialfürsorge institutionalisiert sich in der jungen Republik von Weimar und weiß sich doch immer wieder dem Kaiserreich verschrieben. Einen direkten Bezug zu Opfern des Ersten Weltkriegs stellt etwa die Langemarck-Spende der Deutschen Studentenschaft her, seit 1919 der Zusammenschluss aller Studentenausschüsse.²⁷

Am 10. November 1914, im Ersten Weltkrieg, fand nördlich von Ypern bei Langemarck eine für die deutschen Truppen verlustreiche Schlacht gegen französische Einheiten statt. Im

späten Kaiserreich wie auch noch in der Weimarer Republik wird dieses militärische Ereignis in Feiern und Liedern von deutscher Seite zum nationalen Opfermythos überhöht. Die Langemarck-Spende zur Pflege von Kriegsgräbern wie auch das später vom Reichsstudentenwerk angebotene Förderprogramm des Langemarck-Studiums setzen diese Tradition fort.²⁸

Einen „Katalysator“ nationaler Tendenzen in der Sozialfürsorge für Studenten stellt zweifellos auch die Besetzung des Ruhrgebiets 1923 dar. Nach dem Friedensvertrag von Versailles ist Deutschland zur Zahlung von Reparationen an die Siegermächte des Kriegs, vor allem an Frankreich, Belgien und Großbritannien, verpflichtet. Als das Reich mit seinen Zahlungen in Rückstand gerät, nutzt Frankreich dies als Vorwand, um eines der Zentren der deutschen Schwerindustrie militärisch zu besetzen. Das zunächst zeitweilig einbehaltene „Faustpfand“ soll nach den Wünschen der französischen Regierung gegebenenfalls dauerhaft dem französischen Staat zugeschlagen werden. Die betroffene Bevölkerung begibt sich aus Protest in einen überwiegend passiven Widerstand. Der von Seiten Deutschlands im besetzten Gebiet ausgerufene Generalstreik treibt viele Betroffene in soziales Elend. Dies berührt auch Studierende. Durch die Wirtschaftshilfe e. V. werden für Studierende an den Universitäten Köln, Bonn und Aachen Sonderhilfen aufgelegt.²⁹ Auch mittelbare Opfer des Kriegs, die Leidtragenden der Besetzung des Ruhrgebiets, bedürfen der Förderung.

Ähnliche Zusammenhänge zwischen der Fokussierung auf alte oder „neue“ Opfer des Kriegs und der Arbeit der Wirtschaftshilfe zeigen sich auch beim Thema der Gefallenen-Gedenkstiftung der Deutschen Studentenschaft.³⁰ Diese wird 1925 als Organisation der Deutschen Studentenschaft gegründet und erhält ihre Satzung im darauffolgenden Jahr. Die Finanzierung erfolgt über Mitgliedsbeiträge, private Spenden wie auch Mittelzuweisungen verschiedener Reichsministerien. Das Ziel der Stiftung besteht in der Ehrung der im Ersten Weltkrieg gefallenen

²⁴ Deutsches Studentenwerk (Hg.), 70 Jahre, Bd. 2, S. 1, 3; vgl. Kunze, Studienstiftung, S. 19ff.; Michael Kater, Studentenschaft und Rechtsradikalismus. Eine sozialgeschichtliche Studie zur Bildungskrise in der Weimarer Republik, Hamburg 1975, S. 19ff., 95ff.

²⁵ Walther Rathenau, Die neue Wirtschaft, Berlin 1918.

²⁶ BArch. Berlin R 149/228, unpaginiert, S. 1 des im Haupttext beschriebenen Dokuments.

²⁷ BArch. Berlin R 149/84, unpaginiert (Technische Hochschule Karlsruhe Fridericiania (Hg.), Das Karlsruher Studentenhaus. Sondernummer der „Karlsruher Akademischen Mitteilungen“ zur Feier der Einweihung am 21. November 1930, Karlsruhe 1930). Vgl. S. 25 der Druckschrift.

²⁸ Ausführlich zum Langemarck-Mythos: Lutz Hachmeister, Schleyer. Eine deutsche Geschichte, München 2004, S. 140ff.

²⁹ BArch. Berlin R 149/3, unpaginiert (Wirtschaftshilfe e. V., Bedingungen für die Gewährung einer Unterstützung an Werkstudenten aus den besetzten Gebieten, 1923).

³⁰ Hier und für das Folgende: BArch. Berlin NS 38/2988. Vgl. im selben Archiv R 8088/170, Bl. 6-15, die auf Gerhard Krüger zurückgehende Änderung der Stiftungssatzung vom Juni 1933.

1. Wirtschaftshilfe der Deutschen Studentenschaft e. V. und Deutsches Studentenwerk e. V.

1.1. Ursprünge und Selbstverständnis

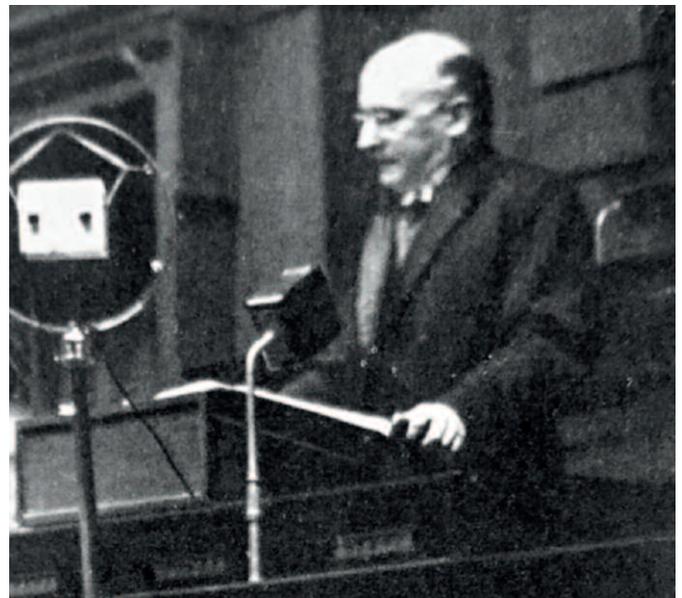
deutschen Studenten. Studierende, aber auch bereits Promovierte können hier auf Antrag Unterstützung für Studien oder Studienreisen in das Ausland erhalten. Vorrangig sollen wissenschaftlich Befähigte an Universitäten in Gebiete gelangen, in denen größere deutsche Minderheiten leben, wie etwa in der Tschechoslowakei. Neben einer akademischen Befähigung „sollen bei der Berücksichtigung der einzelnen Gesuche die persönliche Lauterkeit des Charakters und das Allgemeininteresse des Bewerbers für die großen Fragen von Staat und Volkstum im Vordergrund der anzustellenden Nachprüfungen stehen. Besondere Bevorzugung sollen grundsätzlich solche Bewerber genießen, die sich in der studentischen Selbstverwaltung oder Selbsthilfe bewährt haben.“³¹ Von Beginn an sitzt im Vorstand der Stiftung auch ein leitendes Mitglied der Wirtschaftshilfe, gilt es doch die mögliche Beteiligung der Antragssteller an der wirtschaftlichen Selbstverwaltung der Studierenden zu überprüfen. Die Verzahnung von Gefallenen-Stiftung³² und Wirtschaftshilfe belegt nicht nur erneut den unausgesprochen Konsens über den Umgang mit dem verlorenen Weltkrieg; auch die nicht immer explizit ausgesprochene, aber existierende Übereinkunft zur Stärkung des „Grenzland- und Auslandsdeutschtums“ – ethnischer Deutscher dies- und jenseits der Reichsgrenzen –, ebenfalls eine außerwissenschaftliche Zielsetzung, wird hier wie andernorts schon vor 1933 erkennbar.

Am 23. Oktober 1929 erfolgt die Umbenennung der Wirtschaftshilfe in Deutsches Studentenwerk e. V.³³ Die Feier zum zehnjährigen Bestehen der Wirtschaftshilfe/des Deutschen Studentenwerks e. V. im Jahr 1931 wird durch ein Grußwort des greisen Reichspräsidenten Paul von Hindenburg und eine Ansprache des Reichskanzlers Heinrich Brüning (Zentrumspartei) im Reichstag aufgewertet. Die höchsten Repräsentanten der jungen Weimarer Demokratie sind um Anerkennung des Deutschen Studentenwerks e. V. bemüht.

Gleichzeitig weist eine Broschüre des Deutschen Studentenwerks e. V. zum Jubiläum auf einen weiteren Fixpunkt der eigenen

Arbeit hin, beginnt sie doch mit einem Text zum Fronterlebnis im Weltkrieg.³⁴

Diese Fokussierung auf das nationale Trauma des verlorenen Kriegs von 1914 bis 1918 umfasst nicht nur die Funktionäre der Selbsthilfe: Ein gutes Stimmungsbild der sozialen Not von Studierenden, ihrer Suche nach gesellschaftlichen Orientierungen und dem Einfluß biologistischen Denkens in die Urteile über Politik und Wirtschaft zum Ende der Weimarer Republik vermittelt eine im Auftrag des Deutschen Studentenwerks e. V. herausgegebene Publikation von 1932.³⁵ Unter Zuhilfnahme der seinerzeit modernen Medien, Umfrage und Preisausschreiben, lobt das Deutsche Studentenwerk e. V. einen offenen Wettbewerb aus: Die Teilnehmer sollen in Texten Vorschläge machen, wie die ökonomische Not der Studierenden im Reich zu lindern sei. Wiedergegeben werden die als beste Beiträge prämierten Texte aus einer Sammlung von rund 250 Einsendungen.



Ansprache des Reichskanzlers Heinrich Brüning im Deutschen Reichstag anlässlich des zehnjährigen Bestehens des Deutschen Studentenwerks am 8. März 1931
Quelle: DSW 2

³¹ BArch. Berlin NS 38/2988, unpaginiert (Urkunde über die Errichtung der Gefallenen-Gedenk-Stiftung der Deutschen Studentenschaft, Abschrift, 1926), hier § 13, des Dokuments.

³² Vgl. BArch. Berlin R 8088/583, Bll. 2-13.

³³ BArch. Berlin NS 38/2766, unpaginiert (Deutsches Studentenwerk e. V., Satzung, 23. Oktober 1932), hier: § 1.

³⁴ Deutsches Studentenwerk e. V. (Hg.), Zehn Jahre Studentenwerk 1921-31, o. O. o. J. [Dresden 1931]; DSW (Paul von Hindenburg an das Deutsche Studentenwerk e. V., 7. März 1931); im selben Bestand (Foto der Veranstaltung zur Zehnjahresfeier des Deutschen Studentenwerks e. V. im Deutschen Reichstag mit einer Ansprache des Reichskanzlers Heinrich Brüning, 8. März 1931). Brünings Rede vom 8. März 1931, in: Studentenwerk. Zeitschrift der studentischen Selbsthilffarbeit V (1931), S. 50f.

³⁵ Ernst Wilhelm Eschmann, Wo findet die deutsche Jugend neuen Lebensraum? Bericht über die Rundfrage des Deutschen Studentenwerks, Berlin u. a. 1932.

1. Wirtschaftshilfe der Deutschen Studentenschaft e. V. und Deutsches Studentenwerk e. V.

1.1. Ursprünge und Selbstverständnis



Ehrengäste im Deutschen Reichstag anlässlich der Feier zum zehnjährigen Bestehens des Deutschen Studentenwerks, 8. März 1931
Quelle: DSW 2

Mit Blick auf Kontinuitäten und Brüche in den Zielsetzungen der sozialen Fürsorge vor und nach 1933/1934 ist schon an dieser Stelle der Hinweis auf ein inhaltliches Spannungsverhältnis notwendig. Einerseits orientiert sich die Wirtschaftshilfe an den demokratischen Prinzipien der Weimarer Reichsverfassung, zu denen etwa die Freiheit der politischen Meinung oder die Religionsfreiheit gerechnet werden dürfen. Diesem pluralistischen Ansatz stehen andererseits nationale Momente zur Seite.³⁶ Diese beschwören eher „Einheit“ als „Vielfalt“. Der verlorene Erste Weltkrieg, der Untergang des Kaiserreichs, die „Schmach von Versailles“ schaffen sozialpsychologisch betrachtet eine „Opfergemeinschaft“, deren postuliertes Ziel die „nationale Wiedergeburt“ Deutschlands ist. Analog greift dieser „kognitive Mechanismus“ auch für die Erfahrungen von Hyperinflation (1923) und Weltwirtschaftskrise (1929-1931).³⁷

In ihrem Bestreben, die objektiv vorhandene soziale Not Studierender zu lindern, versteht sich die Wirtschaftshilfe stets auch als Teil eines „nationalen Projekts“.³⁸ Gleichsam einen Teilbereich dieser nationalen Perspektive stellt zudem die Betreuung von studierenden „Auslandsdeutschen“ dar. Da „Deutschsein“ in der Zwischenkriegszeit nicht nur durch Staatsbürgerschaft definiert wird, sondern in einer Mischung aus kulturellen und biologischen Kriterien, geraten auch ethnische Deutsche im Ausland in den Förderfokus studentischer Sozialfürsorge.

Wandlungsprozesse in der sozialen Hilfe für Studierende ab 1933 können direkt an diese teils widersprüchlichen Momente der Sozialfürsorge für Studierende in der Weimarer Republik anknüpfen.³⁹ Dies zeigt exemplarisch die „Anti-Versailles-Kundgebung“ von Studierenden der Technischen Hochschule in Berlin und anderer deutscher Hochschulen am 28. Juni 1933. Sie wird bereits von der NSDAP und dem Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund, der 1926 gegründeten Vereinigung NS-naher Studenten, veranstaltet.⁴⁰

³⁶ Vgl. exemplarisch für das hier geschilderte Spannungsverhältnis auch: R 149/67, unpaginiert (Richard Schachner, Rektor der Technischen Hochschule München, Briefwechsel mit der Studienstiftung des deutschen Volkes, Februar 1932 bis April 1932). Schachner erwähnt die erzwungene Auflösung einer kommunistischen Studentengruppe an der von ihm geleiteten Universität und fragt an, ob die Studienstiftung auch kommunistisch gesonnene Studenten fördere. Die Studienstiftung betont daraufhin, dass die Freiheit politischer Überzeugung der Geförderten auch zu den Prinzipien der eigenen Förderpraxis zähle. Als problematisch erweise es sich jedoch, wenn außerakademische Aktivitäten, zum Beispiel politische Betätigungen, den dynamischen Studienverlauf gefährdeten.

³⁷ BArch. Berlin R 149/228, unpaginiert (Erwin Massuto, Die Entwicklung der Lebenshaltung der deutschen Studenten im Rahmen der deutschen Wirtschaft, Dresden 1923), zu den verheerenden Wirkungen der Inflation auf die soziale Lage Studierender.

³⁸ Vgl. BArch. Berlin R 149/84, unpaginiert (Technische Hochschule Karlsruhe Fridericiana (Hg.), Das Karlsruher Studentenhaus. Sondernummer der „Karlsruher Akademischen Mitteilungen“ zur Feier der Einweihung am 21. November 1930, Karlsruhe 1930). Vgl. S. 1 der Druckschrift: In seinem Grußwort zur Eröffnung betont der ehemalige Reichskanzler Joseph Wirth (Zentrum), das Haus möge ein Ort „freien“ akademischen Lebens sein und „für die Erneuerung und Vertiefung der deutschen Volksgemeinschaft“ stehen. Vgl. Konrad H. Jarausch, Deutsche Studenten 1800-1970, Frankfurt a. M. 1984, S. 142f., die Wirtschaftshilfe habe in der Weltwirtschaftskrise viel zu wenige Studenten erreichen können.

³⁹ Vgl. zum Spannungsverhältnis der historischen Einordnung des Nationalsozialismus in die deutsche Geschichte zwischen Kontinuitäten und Brüchen: Martin Broszat, Plädoyer für eine Historisierung des Nationalsozialismus, in: Merkur 39 (1985), S. 373-385.

⁴⁰ BArch. Berlin NS 38/4019, unpaginiert (Deutsche Studentenschaft, Hauptamt für Aufklärung und Werbung, Rundschreiben, 19. Juni 1933).

1. Wirtschaftshilfe der Deutschen Studentenschaft e. V. und Deutsches Studentenwerk e. V.

1.2. Förderinstrumente der Zwischenkriegszeit

In der Zeit der Weimarer Republik gibt es, mit Blick auf Studierende, eine Vielzahl an sozialen Problemen zu bekämpfen. Der eben zu Ende gegangene Krieg hat Lebensläufe oftmals in ungewohnte Richtungen gelenkt. Ein Millionenheer an Heimkehrern aus Frontdienst oder Gefangenschaft sucht nach Orientierungen in der Heimat; darunter viele Studierwillige. Eine akademische Ausbildung spricht schrittweise weitere Kreise der Gesellschaft an. Das Studium ist nicht mehr ausschließlich ein männliches Projekt. Auch Frauen dürfen studieren – und tun es auch. Neben Kindern aus Großbürgertum und Adel gelangen zunehmend auch Abkömmlinge eines neuen Mittelstands oder aus der Arbeiterschaft an die Hochschulen.

All diese angehenden Akademiker/-innen sehen sich einerseits dem wachsenden Bestreben der Industrie gegenüber, Fachkräfte schon direkt aus den Hochschulen heraus zu rekrutieren. Andererseits sind die Studierenden als Teil der deutschen Gesellschaft den sozialen Verwerfungen der Zwischenkriegszeit ausgesetzt. Die durch den Weltkrieg und die Reparationslasten der Nachkriegszeit bewirkte Inflation frisst Guthaben und Einkünfte auf. Große Teile des Bürgertums verarmen. Die Integration von Millionen Kriegheimkehrern auf dem deutschen Arbeitsmarkt erweist sich als Problem. Nach einer kurzen Wirtschaftsblüte ist es die 1930/1931 auch auf das Deutsche Reich überspringende Weltwirtschaftskrise, die zu einer rasant wachsenden Arbeitslosigkeit führt. Die Jahre 1919 bis 1933 werfen also auch für die soziale Unterstützung von Studierenden Fragen auf. Das Deutsche Studentenwerk e. V. versucht hierauf in der Entwicklung und Auffächerung seiner Förderpolitik, Antworten zu finden.

■ Reaktionen auf soziale Herausforderungen

Zu den Förderbereichen der Wirtschaftshilfe der Deutschen Studentenschaft beziehungsweise des Deutschen Studentenwerks e. V. gehören:

Studentenspeisungen, die Gewährung von Unterkunftsplätzen in Studentenheimen, finanzielle Unterstützung Studierender, Arbeitsangebote und -vermittlungen für angehende Akademi-



Essenausgabe des Studentenwerks Berlin an bedürftige Studierende, 1931
Quelle: DSW 3

ker/-innen, Beratung, Krankenfürsorge sowie die organisatorische Sammlung von Daten aus dem studentischen Leben als auch die Vernetzung mit Behörden und Verbänden.⁴¹

Bereits im Erlanger Programm, also schon 1921, wird der Ausbau der Krankenfürsorge, insbesondere für ehemalige Kriegsteilnehmer, hervorgehoben.⁴² Eine gleichsam Fortsetzung der sozialen Fürsorge für Kriegsoffer durch die Hilfe für Studierende findet sich in dem Erlass des Reichsarbeitsministeriums vom 13. Juni 1930, der auf die Initiative des Studentenwerks zurückgeht. Dieser sieht die Zusammenarbeit der dem Deutschen Studentenwerk unterstehenden Studienstiftung des deutschen Volkes mit der Kriegshinterbliebenenfürsorge vor.⁴³ Praktische Förderkorporation und diskursive Ausrichtung an den unbewältigten Folgen des verlorenen Kriegs können hier miteinander korrespondieren.

Wenngleich erst später institutionalisiert, wird bereits ebenfalls im Erlanger Programm das Instrument des Werkstudenten propagiert.⁴⁴ In einer frühen Verbindung der Studierenden mit der beruflichen Praxis sieht man die Chance einer Finanzierung des Studiums, der Rekrutierung von Fachkräften zu niedrigen Lohnkosten für die Unternehmen sowie gegebenenfalls eine zeitweilige Entlastung der Universitäten mit Blick auf die zunächst und bis etwa zur Weltwirtschaftskrise steigenden Studierendenzahlen.⁴⁵

⁴¹ BArch. Berlin R 149/228, unpaginiert (Wirtschaftshilfe der Deutschen Studentenschaft, Geschäftsbericht für die Zeit 1.1.1922-31.3.1923, o. O. 1923).

⁴² Deutsches Studentenwerk (Hg.), 70 Jahre, Bd. 2, S. 1-3.

⁴³ BArch. Berlin R 149/69, unpaginiert (Bayerische Hauptfürsorgestelle für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene an das Deutsche Studentenwerk e. V., 11. Oktober 1930; Württembergisches Wirtschaftsministerium an die Oberämter und das Stadtschultheißenamt Stuttgart, 24. Juli 1930). Vgl.: BArch. Berlin NS 38/2787, unpaginiert (Reichsstudenwerk, Rundschreiben B Nr. 38/35, 11. Februar 1935), zur Kooperation zwischen Studienstiftung und Napolas.

⁴⁴ Vgl. Deutsches Studentenwerk (Hg.), 70 Jahre. Bd. 1, S. 99ff.

⁴⁵ Grüttner, Studenten, S. 24. Vgl. BArch. Berlin R 149/217, unpaginiert (O. A., Die Kaufkraft des Monatswechsels des deutschen Studenten, 1923; Wirtschaftshilfe der Deutschen Studentenschaft, Notzeit deutscher Studenten. Werkstudentenberichte, Dresden o. J. [um 1923]). Vgl. im selben Bestand/3, unpaginiert (Carl Duisberg, Die Wirtschaftshilfe der Deutschen Studentenschaft und der deutsche Werkstudent, Sonderdruck aus: Der Arbeitgeber (1924), Nr. 6 vom 15. März). Vgl. im selben Archiv NS 38/2799, dort auch zur Zusammenarbeit mit der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung.

1. Wirtschaftshilfe der Deutschen Studentenschaft e. V. und Deutsches Studentenwerk e. V.

1.2. Förderinstrumente der Zwischenkriegszeit



Propagandafoto: Frauen beim Arbeitsdienst in der Landwirtschaft
Quelle: BArch, Berlin R 128/3338

Und noch ein zweites Mal taucht das Thema Arbeit bereits in der Weimarer Zeit im Angebotskanon der Wirtschaftshilfe, beziehungsweise des Deutschen Studentenwerks e. V. auf. In sogenannten Arbeitslagern finden sich auf freiwilliger Basis Studierende zusammen, um im gemeinschaftlichen Zusammenschluss gering bezahlte und niedrig qualifizierte Arbeit zu verrichten.⁴⁶ Vermutlich 1925 sammeln sich erstmals Mitglieder der Jugendbewegung in einem solchen Camp. Zunächst sind es Akademiker, Mitglieder der Arbeiterbewegung und Bauern, die hier zusammenkommen. Seit 1931 werden Idee und Organisation von Freiwilligen-Lagern als Orte sozialer Bewegung verstärkt durch das Deutsche Studentenwerk e. V. übernommen. Im Fokus stehen von nun an vor allem Hochschulangehörige. Diese Ausrichtung geht vermutlich auf Reinhold Schairer⁴⁷ zurück, der zum Gründerkreis der Wirtschaftshilfe zählt.⁴⁸ Im Zeichen der Weltwirtschaftskrise und auf der Basis von Erfahrungen mit dem Instrument des Werkstudenten rückt der

Aspekt temporärer Beschäftigung von akademischen Fachkräften stärker in den Vordergrund.⁴⁹ Um die weitere Überfüllung der Universitäten und die Not Studierender und examinierter Akademiker/-innen in der Zeit nach dem „Schwarzen Freitag“ 1929 zu lindern, legt das Deutsche Studentenwerk e. V. Abiturient/-innen nahe, praktische Berufe anzustreben.⁵⁰ Sofern das Deutsche Studentenwerk e. V. für die soziale Betreuung innerhalb akademischer Ausbildungsgänge zuständig ist, erfolgt in den Krisenjahren 1931/1932 auch eine enge Kooperation mit den Akademischen Selbsthilfevereinen in Berlin und Leipzig, die Universitätsabgänger/-innen sozial unterstützen.⁵¹ Ab 1932 und bis in die Jahre des Zweiten Weltkriegs sinken aufgrund verschiedener Faktoren die Studierendenzahlen an den Universitäten.⁵²



Studenten, die auf Vermittlung des Studentenwerks in Berlin als Stadtführer arbeiten, 1931
Quelle: DSW 3

⁴⁶ BArch Berlin R 149/6 und je im selben Bestand/12 sowie /150. Vgl. die Planungen für ein „studentisches Arbeitsjahr“: BArch, Berlin NS 38/3088, unpaginiert (Deutsches Studentenwerk e. V./Hans Sikorski; Reinhold Schairer an den „Nachrichtendienst“ des Deutschen Studentenwerks e. V., 10. September 1932).

⁴⁷ Vgl. so: Giles, Students, S. 87; Kunze, Studienstiftung, S. 194.

⁴⁸ Vgl. Reinhold Schairer, Das Wirtschaftsziel der Deutschen Studentenschaft, in: Wirtschaftshilfe der Deutschen Studentenschaft (Hg.), Wirtschaftshilfe der Deutschen Studentenschaft. Ziele und Richtlinien. Vierter Deutscher Studententag 1. bis 4. Juli 1921 in Erlangen, Dresden 1921, S. 1-6.

⁴⁹ Detailliert: BArch, Berlin R 149/5, unpaginiert (Protokoll einer Besprechung von Vertretern des Deutschen Studentenwerks e. V., Dozenten und Studenten zum Thema Arbeitslager an der Technischen Hochschule Karlsruhe am 24. Juni 1931; Deutsches Studentenwerk e. V. an die Direktoren der Pädagogischen Akademien und Lehrerbildungsanstalten, 29. Juli 1932); im selben Bestand/198, unpaginiert (Deutsches Studentenwerk (Hg.), Hans Keil u. a., Vormarsch der Arbeitslagerbewegung. Geschichte und Erfahrung der Arbeitslagerbewegung für Arbeiter, Bauern, Studenten 1925-1932, Berlin, Leipzig 1932 sowie die in der Akte ebenfalls enthaltene Materialsammlung zum Buchmanuskript); vgl. im selben Bestand/195, unpaginiert (Heinz Leonhardt, Student aus Leipzig, 50 Semester studentische Arbeitsunterrichtskurse an der Universität Leipzig, Typoskript zur Veröffentlichung in der Zeitschrift Studentenwerk, undatiert, um 1933), S. 7 des Typoskripts: Seit 1931 existieren an der Universität Leipzig sogenannte Arbeiterunter-

richtskurse. Vgl. mit nationaler „auslandsdeutscher“ Konnotation: im selben Bestand/196, unpaginiert (Karl Neidenbach, Arbeitslager in Rumänisch-Banat, Typoskript, o. O. vermutlich 1932). Geht Keils Darstellung von einem ersten Lager im Jahre 1925 aus, so wird dies bei der Besprechung 1931 mit dem Jahr 1926 datiert.

⁵⁰ BArch, Berlin NS 38/2800, unpaginiert (Wirtschaftshilfe der Deutschen Studentenschaft e. V., Zur Berufswahl der Abiturienten, undatiert [1932]; Hans Sikorski, Berufliche Eingliederung der Abiturienten, Referat vor Vertretern der Berliner Presse, 23. Januar 1932).

⁵¹ BArch, Berlin NS 38/2800, unpaginiert (O. A., Denkschrift über die Arbeit der Akademischen Selbsthilfen in Berlin und Leipzig, undatiert [März 1932 oder etwas später]).

⁵² Grüttner, Studenten, S. 487.



1. Wirtschaftshilfe der Deutschen Studentenschaft e. V. und Deutsches Studentenwerk e. V.

1.2. Förderinstrumente der Zwischenkriegszeit

Hervorhebenswert erscheint mit Blick auf die Hilfsarbeit der Wirtschaftshilfe/des Deutschen Studentenwerks e. V. auch die Unterstützung der akademischen Ausbildung von Frauen, die zu jener Zeit noch keine Selbstverständlichkeit darstellt. So zählen beispielsweise 7,25 Prozent Frauen im Sommersemester 1929 zum Kreis der durch die Darlehenskasse des Deutschen Studentenwerks e. V. Geförderten.⁵³ Dies entspricht nicht ihrem Anteil an den Studierenden im Reichsgebiet, der 1920 bei 9,2 Prozent liegt und bis 1933 auf 18,3 Prozent steigt.⁵⁴ Frauen werden also unterproportional durch die Darlehenskasse gefördert.

Gleichwohl oder gerade hiermit einhergehend wird in jenen Jahren auch im Deutschen Studentenwerk e. V. diskutiert, ob man nicht – dem klassischen Rollenklischee entsprechend – Frauen eher die ihnen „zustehenden Aufgaben“ als Mütter „zuweisen“ sollte.⁵⁵

Auch „Auslandsdeutsche“ werden als spezifische Fördergruppe durch das Deutsche Studentenwerk e. V. ausgemacht. Eine Aktennotiz aus Unterlagen der Darlehenskasse des Deutschen Studentenwerks e. V. von 1931 lässt vermuten, dass dort auch in der Zwischenkriegszeit die Idee einer Art „deutscher Kulturmission“ vorherrscht, ethnische Deutsche im Reich mit finanzieller Unterstützung ausbilden zu lassen, um sie dann in ihre jeweiligen Herkunftsländer zurückkehren zu lassen. Eine intellektuelle und kulturelle Stärkung der deutschen Minderheiten im Ausland dürfte dabei beabsichtigt sein.⁵⁶ Derartige Bestrebungen werden in der Zeit des Nationalsozialismus beträchtlich zunehmen.

⁵³ BArch. Berlin R 149/113, unpaginiert (Weibliche Darlehensnehmer SS 1929). Vgl. im selben Bestand/115.

⁵⁴ Grüttner, Studenten, S. 491.

⁵⁵ Hierfür: BArch. Berlin R 149/196, unpaginiert (l. [?] Oldekop, Die Heimstätte und der Beruf der Frau, 22. März 1932). Der Autor referiert zwei Aufsätze in der Zeitschrift Studentenwerk; im selben Bestand/195, unpaginiert (Lydia Braun, Die pädagogische Tätigkeit der Frau, Manuskript zur Veröffentlichung in der Zeitschrift Studentenwerk, undatiert [November 1932]); Heide Manns, Frauen für den Nationalsozialismus, Opladen 1997, S. 52f., 282ff.

⁵⁶ Hierzu: BArch. Berlin R 149/105, unpaginiert (Aktennotiz des Deutschen Studentenwerks/Darlehenskasse, Besprechung im Verein für das Deutschtum im Ausland. – Dr. Breckner in Berlin am 26. Jun. 1931). Gemeint ist hier: Dr. Wilhelm Breckner. Gefördert werden zu jenem Zeitpunkt 600 Auslandsdeutsche mit einer Darlehenssumme von insgesamt 350.000 RM.



2. Das Reichsstudentenwerk in der NS-Diktatur

2.1. „Gleichschaltung“, „Führerprinzip“ und „Säuberungen“

■ „Gleichschaltung“ vor der „Gleichschaltung“

Bereits 1931, also noch zu Zeiten der Weimarer Republik, organisieren Mitglieder des Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbunds eine Fragebogenaktion, deren Ziel die Unterwanderung von Gremien des Deutschen Studentenwerks e. V. ist.⁵⁷ In einem an Gesinnungsgenossen in allen Hochschulen des Deutschen Reichs versandten Fragebogen wird nach der politischen Haltung der gegenwärtigen Mitglieder in den Organen der Wirtschaftskörper, das heißt der Organisationen der Studentenwerke vor Ort, gefragt. Damit sollen finanzielle Verhältnisse und Umfang der Arbeit in den Studentenwerken der Hochschulen sowie Anzahl und Funktion nationalsozialistischer Studentenvertreter dort erfasst werden.⁵⁸ Das Ziel der Umfrage besteht in der Entwicklung zielgerichteter Strategien, um in den Wirtschaftskörpern der Studentenwerke reichsweit möglichst viele Nationalsozialisten zu implementieren. Darüber hinaus liefern die Rückantworten auch oftmals durch Mundpropaganda gewonnene Erkenntnisse, wer von den Mitwirkenden in den Studentenwerken jüdisch sei.

Als exemplarisch kann hier die Rückmeldung eines Vertreters des Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbunds an der Universität Berlin vom März 1931 gelten: „Nachdem ich die Mitglieder des Verwaltungsrates und des Vorstandes in längeren Sitzungen kennengelernt hatte, kann ich behaupten, daß von all den leitenden Persönlichkeiten weit über $\frac{3}{4}$ Demokraten sind. Von diesen 75 % sind vielleicht ca. 50 % reinrassige Juden oder zum wenigsten Judenabkömmlinge.“⁵⁹ Diesen Aus-

führungen ist eine Namensliste mit handschriftlichen Bemerkungen wie „Jude“ oder „Demokrat“ beigelegt.

Die Rundschreiben des Deutschen Studentenwerks e. V. an einzelne Universitätsstudentenwerke von 1932/1933 werden mit Fragebögen versehen, die gezielt nach Mitgliedschaften in der NSDAP beziehungsweise im Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund fragen.⁶⁰ Sie dürften dem gleichen Ziel wie die Umfrage von 1931 dienen. Nationalsozialisten in den Wissenschaftsorganisationen und -behörden bereiten einen Ausbau ihrer Macht vor.

Bereits 1932 beginnt Gerhard Krüger⁶¹, als NS-naher Anführer der Deutschen Studentenschaft, seinen Kampf mit dem Deutschen Studentenwerk. Er wirft der dortigen Führung vor, den Einfluss der Studenten, gemeint sind die nationalsozialistisch eingestellten, allzu wenig zu berücksichtigen.

■ Der Aufbau der NS-Diktatur

Seit Januar 1933 ist Gerhard Krüger auch studentischer Vertreter im Vorstand des Deutschen Studentenwerks e. V.⁶² Von den ersten Wochen nach der Machtübernahme bis zum Frühjahr ist es vor allem dieser überzeugte Nationalsozialist, der namens der Deutschen Studentenschaft die Leitung des Deutschen Studentenwerks angreift.⁶³ Er wirft ihr Misswirtschaft vor und behauptet, das Führungspersonal sei überfordert und kassiere nur noch sein Gehalt. In seinen Schreiben an den nationalsozialistischen Reichsinnenminister Wilhelm Frick wird neben

⁵⁷ Vgl. Kunze, Studienstiftung, S. 189ff. Vgl. zum Nationalsozialistischen Studentenbund: Anselm Faust, Der Nationalsozialistische Studentenbund. Studenten und Nationalsozialismus in der Weimarer Republik, zwei Bände, Düsseldorf 1973; Jarausch, Studenten, S. 152ff.

⁵⁸ Die Umfrage und ihre Ergebnisse: BArch. Berlin NS 38/2772. Vgl. im selben Bestand/2773, unpaginiert (Gerhard Krüger an Walter Schöttler, 27. März 1933); im selben Bestand/3573, unpaginiert (Deutsche Studentenschaft, Rundschreiben A 27/ 1932-33, Anlage, 23. Januar 1933).

⁵⁹ BArch. Berlin NS 38/2772, unpaginiert (Vertreter des Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes an der Universität Berlin, Die Hauptausschußsitzung des Deutschen Studentenwerkes Berlin, im März 31, März 1931).

⁶⁰ BArch. Berlin NS 38/2766, unpaginiert (Deutsches Studentenwerk e. V., Anlage I zum Rundschreiben A 49/1932-33).

⁶¹ Zu Krüger: Grüttner, Studenten, S. 509.

⁶² Schlömer, Ära, S. 63-79, hier: S. 63; vgl. hier und für das Folgende: Kunze, Studienstiftung, S. 205ff.

⁶³ Vgl. zur Gründung eines Hauptamtes für Wirtschaftsfragen in der Deutschen Studentenschaft als Konkurrenz zum Deutschen Studentenwerk im Frühjahr 1933: BArch. Berlin NS 38/2773, o. P. (Deutsche Studentenschaft, Rundschreiben A 49/1932-33, 24. Mai 1933); Kunze, Studienstiftung, S. 215. Zu Krüger: Hachmeister, Schleyer, S. 143.

2. Das Reichsstudentenwerk in der NS-Diktatur

2.1. „Gleichschaltung“, „Führerprinzip“ und „Säuberungen“

anderen vor allem der schon in den zwanziger Jahren deutsch-national gesinnte Hans Sikorski⁶⁴, Mitbegründer der Wirtschaftshilfe und von 1926 bis 1933 Geschäftsführer des Deutschen Studentenwerks e. V., namentlich erwähnt. Im Hintergrund versucht Krüger, den Etat des Deutschen Studentenwerks zu beschneiden. Die hieraus entstehenden Finanzprobleme werden von ihm als Beleg für das behauptete Missmanagement angeprangert.⁶⁵ Dabei wird von ihm vermutlich absichtlich übersehen, dass der Fiskus bereits zurzeit der Weltwirtschaftskrise seine Fördermittel für das Deutsche Studentenwerk e. V. erheblich gekürzt hat. Seitdem ist das reichsweite Studentenwerk in einer finanziellen Notlage, die übrigens bis 1938 andauern

soll. Während das Deutsche Studentenwerk in den späten 1920er-Jahren jährlich zwischen zwei und vier Millionen Reichsmark durch den Reichsfiskus erhält, sind es 1933 gerade noch 1,5 Millionen Reichsmark.⁶⁶

Krügers Ziel besteht in der „Säuberung“ und „Gleichschaltung“ des Deutschen Studentenwerks und einem verstärkten Einfluss der Deutschen Studentenschaft, deren „Führer“ er seit 1931 ist. Besonders die dem Deutschen Studentenwerk unterstehende Studienstiftung des deutschen Volkes ist ihm ein Dorn im Auge, da es hier seiner Ansicht nach einen zu hohen Anteil an „Marxisten“ und „Juden“ gibt.⁶⁷ Zeitlich etwa parallel hierzu erfolgt die Einführung der Pflicht zur Vorlage eines detaillierten „Arier-Nachweises“ für die Mitgliedschaft in der Deutschen Studentenschaft. Sie gilt wohl schon seit dem Wintersemester 1933/1934.⁶⁸

■ Auswirkungen im Deutschen Studentenwerk e. V.: Anpassungen

Das Führungspersonal des Deutschen Studentenwerks reagiert weitestgehend konformistisch auf den Druck der Nationalsozialisten. Reinhold Schairer, Mitbegründer des Deutschen Studentenwerks und bis 1933 dessen Hauptgeschäftsführer sowie einer der Gründerväter der Studienstiftung, oder Heinrich G. Merkel, ebenfalls aus der Gründergeneration und seit 1923 Geschäftsführer der Darlehenskasse der Deutschen Studentenschaft: Sie alle unterzeichnen beispielsweise Rundschreiben an die örtlichen Wirtschaftskörper, in denen Reichsinnenminister Wilhelm Fricks Forderung nach dem Abbruch der Förderung kommunistischer Studenten unterstützt wird. Außerdem gelte es, der vermeintlichen „Greuelpropaganda“ aus dem Ausland nach dem April-Boycott jüdischer Geschäfte zu begegnen.⁶⁹

Auch in den lokalen Gliederungen der studentischen Fürsorge kommt es rasch zu Ausgrenzungen. So legte das Studentenhaus Charlottenburg e. V. beispielsweise am 26. April 1933 in seiner

Hans Sikorski
Quelle: DSW 1, S. 62



⁶⁴ Vgl. Hans Sikorski, Wirken und Werke innerhalb der deutschen Studentenschaft. Herausgegeben im Auftrage des Hochschulpolitischen Ausschusses des Kyffhäuser-Verbands der Vereine Deutscher Studenten, Marburg a. d. Lahn 1925, S. 5f.

⁶⁵ Vgl. BArch. Berlin R 128/1023, unpaginiert (Landratsamt Gifhorn an Heinrich Lammers, Chef der Reichskanzlei, 20. November 1934).

⁶⁶ BArch. Berlin R 8088/1060, Bl. 189-192 (Carl Duisberg an Ministerialdirektor [?] Richter, 14. Juli 1931); im selben Archiv R 4901/1048, Bl. 4ff. (Darlehenskasse des Deutschen Studentenwerks, Jahresbericht, 1. April 1933 bis 31. März 1934). Vgl. zum positiven internen Prüfbefund der Darlehenskasse zu jener Zeit: im selben Bestand/1047, Bl. 196. Die Aufstellung der Zuflüsse von Reichsmitteln an die Wirtschafts-

hilfe/das Deutsche Studentenwerk e. V./das Reichsstudentenwerk in nicht inflationsbereinigten Zahlen bei: Grüttnert, Studenten, S. 142.

⁶⁷ BArch. Berlin NS 38/2773; Kunze, Studienstiftung, S. 363.

⁶⁸ Hierzu: R 129/1007, unpaginiert (O. A., Die Organisation der Deutschen Studentenschaft, [1933 oder 1934]).

⁶⁹ BArch. Berlin NS 38/2773, unpaginiert (Deutsches Studentenwerk, Rundschreiben an die Wirtschaftskörper, 4., 8. und 12. April 1933).

2. Das Reichsstudentenwerk in der NS-Diktatur

2.1. „Gleichschaltung“, „Führerprinzip“ und „Säuberungen“

„Neuordnung des Fürsorgewesens“ fest: „Jüdische und marxistische Studenten sind von allen Unterstützungen der Abteilung Fürsorge des Vereins Studentenhaus ausgeschlossen.“⁷⁰

Bereits im März 1933 scheint das Deutsche Studentenwerk e. V. Beratungen zum freiwilligen Arbeitsdienstjahr in Konkurrenz zu den Beratungsdiensten der Katholischen und der Evangelischen Kirche sowie des Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten an sich gezogen zu haben.⁷¹ Entscheidungen zum Arbeitseinsatz erfolgten zuvor über die örtlichen Studentenwerke.⁷²

Eine derartige „Gleichschaltung“ des Deutschen Studentenwerks⁷³ ist Teil wechselwirksamer Prozesse der Durchsetzung des diktatorischen Systems, welches die gesamte deutsche Gesellschaft umfasst. Strukturell beinhaltet dies:

- die Einsetzung von Führungspersonal, das dem NS-Staat wohlwollend gegenübersteht,
- die Auflösung föderaler Strukturen zugunsten einer Zentralisierung mit Anweisungswegen der Verwaltung von „oben“ nach „unten“,
- die Einfügung der Sozialfürsorge für Studierende in das Gefüge alter, „gleichgeschalteter“ oder neu entstandener Organisationen und Führungspersonlichkeiten der im Aufbau befindlichen NS-Diktatur.

■ Auswirkungen im Deutschen Studentenwerk e. V.: Vernetzungen

Der letztgenannte Punkt kann exemplarisch an der Feier zum zehnjährigen Jubiläum der Darlehenskasse des Deutschen Studentenwerks e. V. dargestellt werden.⁷⁴ Sie soll im Rahmen der Sitzung des Verwaltungsrats am 23. Mai 1933 stattfinden.⁷⁵ Das Programm sieht einen Festvortrag des Bankiers Emil Georg von Stauss vor.⁷⁶ Stauss ist seit 1922 Vorsitzender der Darlehenskasse und seit 1923 in ihrem Vorstand. Er gilt bereits vor 1933 als Sympathisant der NSDAP. An seine Ausführungen hat

sich ein Rückblick auf die Geschichte der Darlehenskasse von Reinhold Schairer anzuschließen, gefolgt von Ausführungen des Verlegers Heinrich Georg Merkel als Geschäftsführer der Darlehenskasse. Auch Reichsinnenminister Wilhelm Frick wird gebeten, eine Ansprache zu halten.

Stauss bietet an, nach der eigentlichen Sitzung einen Umtrunk in seiner Wohnung zu organisieren. Adolf Hitler, Wilhelm Frick, Reichsfinanzminister Johann Ludwig Graf Schwerin von Krosigk, der preußische Unterrichtsminister Bernhard Rust



Emil Georg von Stauss
Quelle: DSW 1, S. 63

⁷⁰ BArch. Berlin NS 38/2773, unpaginiert.

⁷¹ BArch. Berlin NS 38/2785, unpaginiert (Zentraler Ausschuss für Arbeitsdienst und Werkjahr beim Deutschen Studentenwerk e. V. an Hans Sikorski, 3. März 1933). Vgl. im selben Bestand/2783, unpaginiert, die Korrespondenz vom April 1933 zur Entlassung von Dr. [?] Herbst, dem Vertreter des Königsberger Wirtschaftskörpers aus dem Beirat des Deutschen Studentenwerks e. V. unter dem Vorwand persönlicher Verfehlungen und seinen Ersatz durch einen Nationalsozialisten.

⁷² BArch. Berlin NS 38/3503, unpaginiert (Ruth le Plat an die Reichsführung der Deutschen Studentenschaft, 30. Oktober 1935; Reichsführung der Deutschen Studentenschaft, Referat Frauenarbeitsdienst an Ruth le Plat, 1. November 1935); im selben Bestand/4019, unpaginiert (Deutsches Studentenwerk e. V. an Wolf Friedrich, 11. April 1934; Wolf Friedrich an Deutsches Studentenwerk e. V., 12. April 1934). Vgl.

im selben Archiv R 4901/890, Bl. 32ff. (Der Deutsche Student. Zeitschrift der Deutschen Studentenschaft – Heft zum Thema Arbeitsdienst, Februar 1935).

⁷³ Vgl. R 149/169, unpaginiert (Deutsches Studentenwerk e. V., Anweisung für die Zeichnung von Unterschriften, erstellt Ende 1932, in Kraft seit 15. Januar 1934), indirekt eine Art Geschäftsverteilungsplan.

⁷⁴ Hier und für das Folgende: BArch. Berlin R 149/170.

⁷⁵ Es bleibt unklar, ob die Sitzung einen Tag später stattfindet, da ihre Terminierung von der Verfügbarkeit Hitlers und Fricks abhängig gemacht wird.

⁷⁶ Deutsches Studentenwerk (Hg.), 70 Jahre Deutsches Studentenwerk, Bd. 1, S. 168.

2. Das Reichsstudentenwerk in der NS-Diktatur

2.1. „Gleichschaltung“, „Führerprinzip“ und „Säuberungen“

(NSDAP), der „Stellvertreter des Führers“ Rudolf Heß, Hermann Göring, zu jener Zeit preußischer Ministerpräsident, Ernst Röhm, Stabschef der SA, Reichsbankpräsident Hjalmar Schacht sowie eine Reihe weiterer Vertreter aus Wirtschaft, Verwaltung und Politik werden eingeladen. Röhm⁷⁷ sagt krankheitsbedingt seine Teilnahme ab. Dennoch, auch ohne Röhm, ist das avisierte Treffen vorzüglich geeignet, sich den neuen Machthabern zu empfehlen.

Begeistert schreibt Schairer so an Stauss: „Ich danke Ihnen noch ganz besonders für Ihre Bemühungen, zu erreichen, daß der Reichsminister des Innern zu der Sitzung [des Verwaltungsrats der Darlehenskasse; d. Verf.] persönlich erscheint, und für Ihre Absicht, am Abend etwa 20 Herren mit Herrn Reichskanzler und Herrn Reichsinnenminister in Ihre Wohnung einzuladen. Wie ich Ihnen schon sagte, würde dies nach meiner Kenntnis die erste Gelegenheit darstellen, den Herrn Reichskanzler und Herrn Reichsinnenminister nicht nur mit unserer Arbeit, sondern

überhaupt mit Führern des akademischen Lebens Deutschlands persönlich in Verbindung zu bringen.“⁷⁸ Schairer setzt sich bei Frick dafür ein, Stauss als Dank für seine Vermittlung eine akademische Ehrung zuteil werden zu lassen. Ohne den gut vernetzten Finanzmann wäre es undenkbar gewesen, derart rasch in eine so breite Fühlungnahme mit den neuen Machthabern zu geraten.⁷⁹ Bedauerlicherweise gibt die Quellenlage nicht her, ob dieser Umtrunk in Stauss' Wohnung tatsächlich stattgefunden hat.

■ Anfänge von Alltag – neue Netzwerke

Die „gleichgeschalteten“ Strukturen im Deutschen Studentenwerk e. V. scheinen schon wenige Wochen nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten funktioniert zu haben.⁸⁰ Im Sommer 1933 bereitet Thomas Heinz Schulze vom Deutschen Studentenwerk e. V. im Auftrag des Auslandsamts der Deutschen Studentenschaft den Empfang einer Gruppe britischer Jungakademiker vor, die im August des Jahres deutsche Universitäten besuchen wollen. Die Briten werden verdächtigt, im Auftrage des Foreign Office zu spionieren. Umso mehr ist Schulze daran gelegen, die Besucher durch zuverlässige Nationalsozialisten betreuen zu lassen und ihnen an allen 13 Orten ihres Aufenthalts ein gastfreundliches Bild des Reichs zu präsentieren.⁸¹ Propaganda und semi-geheimdienstliches Vorgehen vermischen sich hier.⁸²

Ein umfassenderes Panorama der raschen, massenhaften Anpassung an die NS-Ideologie unter den an der studentischen Sozialfürsorge Beteiligten vermittelt die im Oktober 1933 erschienene Ausgabe der „UMSCHAU in der Arbeit der studentischen Selbsthilfe-Arbeit“. Die vom Deutschen Studentenwerk in Dresden herausgegebene periodische Publikation gibt in einer Sammlung Erfahrungsberichte verschiedenster Mitarbeiter der Studentenwerke im Reich wieder.⁸³



Reichsinnenminister Wilhelm Frick in seinem Arbeitszimmer, 1935
Quelle: ullstein bild/James E. Abbe

⁷⁷ Vgl. BArch. Berlin NS 38/1, Bl. 16-18. Schon 1932 hatten Mitglieder des Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbunds ein „Pflichtsemester“ in der SA abzuleisten. Zur Zusammenarbeit des Deutschen Studentenwerks e. V. mit SA-Hochschulältern: im selben Archiv R 8088/1060, Bl. 81 (Deutsches Studentenwerk e. V., Rundschreiben Nr. 240/34 an die Studentenwerke, 20. Januar 1934).

⁷⁸ BArch. Berlin R 149/170, unpaginiert, hier und für das Folgende. Vgl. im selben Archiv R 128/3388, unpaginiert (O. A., En Allemagne. La démission du Dr. Heinrich Lammers, in: L'Italie, 23. September 1933, S. 12).

⁷⁹ Stauss verschafft in den späten 1930er-Jahren dem SS-eigenen „Ahnenerbe e. V.“ durch seine Netzwerke, vor allem über seine Mitgliedschaften in Leitungsgremien von BMW und Daimler-Benz AG, Spenden aus der Industrie. Zudem gibt er auch Geld von seinem Privatkonto, vgl. BArch. Berlin NS 21/676. Vgl. zu Kooperationen zwischen Deutschem Studentenwerk/Reichsstudentenwerk und SA wie Nationalsozialistische Volkswohlfahrt (NSV): BArch. Berlin R 149/25, unpaginiert (O. A., Studentenwerk und SA-Hochschulamt, vermutlich für eine Publikation in „Der Deutsche Student“, o. J. [1933 oder 1934]; O. A., Die Verbindung des Deutschen Studentenwerks zu Behörden und Organisationen, vermutlich für eine Publikation in „Der Deutsche Student“, o. J. [1933 oder 1934]).

⁸⁰ Vgl. in diesem Sinne auch die anonymisierten „Erfahrungsberichte“ Studierender in: BArch. Berlin NS 38/2790, unpaginiert (Reichsstudentenwerk, Umschau der Studentenwerke, Dezember 1935). Der Prozess der Implementierung des Reichsstudentenwerks in das Gefüge der NS-Diktatur detailliert bei: Schlömer, Ära, S. 63-79.

⁸¹ Vor allem in der Akte: BArch. Berlin NS 38/2483, unpaginiert (Gerhard Graefe, Auslandsamt der Deutschen Studentenschaft an Thomas Heinz Schulze, Deutsches Studentenwerk e. V., 17. Juli 1933; Thomas Heinz Schulze an Gerhard Graefe, 5. Juli 1933; Thomas Heinz Schulze an das Auslandsamt, 23. Juni 1933). Vgl. im selben Archiv R 4901/913, Bl. 21 (Reichsstudentenwerk, Merkblatt für ausländische Studierende, Hörer und Gäste für die Einschreibung an deutschen Hochschulen, undatiert [1934 oder etwas später]).

⁸² Vgl. in diesem Sinne analog die Aufzeichnungen der vom Deutschen Akademischen Austauschdienst veranstalteten 3. Tagung der Akademischen Auslandsstellen, die am 23./24. Oktober 1933 in München stattfindet: BArch. Berlin R 8088/806, Bl. 3-14.

⁸³ BArch. Berlin NS 38/2778, unpaginiert.

2. Das Reichsstudentenwerk in der NS-Diktatur

2.1. „Gleichschaltung“, „Führerprinzip“ und „Säuberungen“

Bei dem bisherigen Führungspersonal oder den Mitwirkenden ohne höhere Funktionen scheinen sich Anpassungsprozesse an die entstehende Diktatur häufig relativ bruchlos zu vollziehen.

Darüber hinaus vermögen die NSDAP-Anhänger ihre Positionen durch Neuernennungen von Führungskräften ebenfalls weiter auszubauen. So regt Robert Ley, zu jener Zeit Reichsorganisationsleiter der NSDAP, 1933 bei Reichsinnenminister Wilhelm Frick an, Oskar Stäbel zum zentralen Leiter aller studentischen Verbände im Reich zu ernennen.⁸⁴ Dies ist eine Vorstufe dessen, was sich 1938 mit der Unterstellung des Reichsstudentenwerks unter den Reichsstudentenführer Gustav Adolf Scheel im Sinne einer vollständigen Kontrolle durch das NS-System vollziehen wird. Stäbel leitet zu diesem Zeitpunkt bereits den Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund. Er ist zugleich Referent bei der Obersten Leitung der Parteiorganisation der NSDAP für hochschulpolitische Fragen und arbeitet als Referent für alle studentischen Wehrfragen bei der Obersten SA-Führung.⁸⁵ Auf Vorschlag Leys ist er neben diesen Parteiämtern im Reichsinnenministerium zum ehrenamtlichen Kommissar für alle studentischen und hochschulpolitischen Fragen im Reich zu ernennen. Stäbel soll sich um den Aufbau einer zentralen Lenkung des studentischen Sektors kümmern. Eine weitere Aufgabe ist laut Robert Ley „die dringend nötige Gleichschaltung in den akademischen Verbänden (Entfernung der bisherigen gegnerischen Verbands-Spitzen, Ausscheidung der jüdischen Mitglieder, Einführung der Freimaurer- und Arierparagrafen u. a.)“.⁸⁶ Wenige Tage später erhebt Rudolf Heß Oskar Stäbel sowie Gerhard Krüger, den Führer der Deutschen Studentenschaft, wie auch Karl Hedereich, den Verbändereferent von Deutscher Studentenschaft und NS-Studentenbund, zu Beauftragten der NSDAP für die Behandlung aller die studentischen Verbände betreffenden Fragen.⁸⁷

Krüger, Stäbel und Reichsjugendführer Baldur von Schirach unterzeichnen am 23. Mai 1933 gemeinsam Stäbels Ernennung zum Führer der Reichsschaft als Vereinigung aller Studenten-



Oskar Stäbel, 1934
Quelle: ullsteinbild/Heinrich Hoffmann

bünde.⁸⁸ Im November 1933 gehört Stäbel auch dem Vorstand des Deutschen Studentenwerks an.⁸⁹ Hier vermag er den „Schulterschluss“ des Deutschen Studentenwerks mit anderen studentischen Organisationen zum Beispiel bei der Sammlung für das Winterhilfswerk des Deutschen Volkes herzustellen.⁹⁰ Auch in den Folgejahren wird das Reichsstudentenwerk für die Sammlungsaktionen und für die Betreuung von Empfänger/-innen der Winterhilfswerkgelder um Hilfe ersucht.⁹¹

⁸⁴ BArch. Berlin NS 38/2270, unpaginiert (Robert Ley an Wilhelm Frick, 20. April 1933); vgl. im selben Bestand/3573, unpaginiert (Die Deutsche Studentenschaft, Nachrichtendienst, 20. Januar 1934). Vgl. zu Stäbel: im selben Archiv R 128/1003, Bll. 70-74, 81f.; im selben Archiv NS 38/3614, unpaginiert ([?] Schmidt, Aktennotiz für Kamerad Miller, 29. Mai 1936). Zu Stäbel: Grüttner, Studenten, S. 512.

⁸⁵ Vgl. zu Stäbel: BArch. Berlin NS 38/3771, unpaginiert (Oskar Stäbel, Der Aufbau der Deutschen Studentenschaft, undatiert [um 1933/1934]).

⁸⁶ BArch. Berlin NS 38/2270, unpaginiert (Robert Ley an Wilhelm Frick, 20. April 1933).

⁸⁷ BArch. Berlin NS 38/2270, unpaginiert (Rudolf Heß, Erlass, 5. Mai 1933).

⁸⁸ BArch. Berlin NS 38/2270, unpaginiert.

⁸⁹ BArch. Berlin NS 38/2771, unpaginiert (O. A., Niederschrift der Beschlüsse der Vorstandssitzung in Berlin, 14. November 1933).

⁹⁰ BArch. Berlin R 8088/1152, Bll. 84f.; vgl. im selben Bestand/1060, Bl. 132.

⁹¹ BArch. Berlin R 4901/912, Bl. 112 (Reichsstudentenwerk, Rundschreiben A Nr. 70/1937 an die örtlichen Studentenwerke, 27. November 1937); im selben Archiv NS 38/3635, unpaginiert (der Reichsbeauftragte für das Winter-Hilfswerk an Gustav Adolf Scheel, 9. Juni 1938).

2. Das Reichsstudentenwerk in der NS-Diktatur

2.1. „Gleichschaltung“, „Führerprinzip“ und „Säuberungen“



Winterhilfswerk des deutschen Volkes 1936-1937, Holzschnitt mit Vers
Illustration: H. Finsterer, erschienen in: Dame 25, 1936
Quelle: ullstein bild/ullstein bild

Der hier aufgezählte Reigen an sich neu vernetzenden Personen und Institutionen zeigt den Ämterwirrwarr eines dual mit Staats- und Parteiorganisationen jonglierenden Machtapparats mit unklaren Verteilungen von Kompetenzen und zahlreichen Rivalitäten der Beteiligten untereinander.

Umformungen im Sinne der NS-Diktatur, wie etwa die des Deutschen Studentenwerkes e. V., vollziehen sich in einem derart amorphen Umfeld von Behörden, Verbänden und NS-Organisationen im Bereich von Wissenschaft und Bildung, die

ihrerseits „gesäubert“, „gleichgeschaltet“ und im Sinne des „Führerprinzips“ umgestaltet werden. Struktureller Wandel und inhaltliche Anpassung der einzelnen Organisation und ihrer personellen Träger sind in diesem Netzwerk eng miteinander verknüpft.

Die Einsetzung neuer NS-Funktionäre ist zumeist verzahnt mit der Verdrängung altgedienter, als nicht „NS-konform“ geltender Mitarbeiter im Apparat des Studentenwerkes. Reinhold Schairer und Hans Sikorski scheiden so am 12. Juni 1933 auf Beschluss des Reichsinnenministers Frick aus der Geschäftsführung des Deutschen Studentenwerkes aus.⁹²

Schairer scheint über Frankreich 1934 nach London emigriert zu sein. Er wird dort durch die Auslandsabteilung der NSDAP in Zusammenarbeit mit der sächsischen Gestapo beobachtet. Offenbar verhält Schairer sich bei öffentlichen Auftritten außerhalb Deutschlands zurückhaltend, was die Kritik an der NS-Diktatur betrifft. Teile seiner Unterlagen, die die Arbeit für die Wirtschaftshilfe betreffen, werden durch die Dresdener Polizei nicht für die Ausfuhr über die Reichsgrenzen freigegeben.⁹³

Auch Heinrich Merkel, Geschäftsführer der Darlehenskasse des Deutschen Studentenwerkes, muss, da er eine jüdische Großmutter zu seinen Vorfahren zählt, im Sommer 1933 aus dem Amt scheiden.⁹⁴

Nach der Absetzung Hans Sikorskis wird der Nationalsozialist Hanns Streit⁹⁵ Leiter des Deutschen Studentenwerkes e. V.⁹⁶ Nach dem Studium der Staatswissenschaften war Streit 1925 Leiter des Studentenwerkes Berlin. 1931 promovierte er mit einer Darstellung des Deutschen Studentenwerkes e. V. Im gleichen Jahr trat er in die NSDAP ein.⁹⁷

Bereits Ende 1933 meldet Streit dem kommissarischen Leiter der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft, Friedrich Schmidt-Ott: „Die Arbeit der Studentenwerke im ersten Jahre

⁹² BArch, Berlin R 73/297, Bl. 33, vgl. Bl. 34. Vgl. detailliert: Im selben Archiv R 4901/1047, Bll. 110, 212-224, 239-245, 325; im selben Archiv NS 38/2773, o. P. (Abschrift BAK: Zg I 104/59 – EAP 253-d/61/ zu Schreiben vom 5. Mai und vom 2. Juni 1933).

⁹³ BArch, Berlin R 4901/892, Bll. 135-137, 144, 263f.; im selben Bestand/893, Bll. 34f.

⁹⁴ BArch, Berlin R 4901/1047, Bll. 153-159, 332-344, 400-403. Vgl. DSW (Nürnberger Nachrichten, 12. Februar 1960), die Ausgabe würdigt Merkel zu dessen 60. Geburtstag. Auf S. 13 u. a. mit einer Würdigung durch Hans Sikorski zur gemeinsam erlittenen Herausdrängung aus dem Deutschen Studentenwerk.

⁹⁵ BArch Berlin NS 38/2784, unpaginiert (Erich Schrader an Gustav Bebermeyer, 9. Oktober 1933) zum Interesse Streits an der „Hochschulreform“.

⁹⁶ BArch, Berlin R 73/297, Bl. 3 (hier: Stand Dezember 1934).

⁹⁷ Streit, Studentenwerk.

2. Das Reichsstudentenwerk in der NS-Diktatur

2.1. „Gleichschaltung“, „Führerprinzip“ und „Säuberungen“

des neuen Deutschland hat gemäß dem Auftrage der Reichsregierung die Grundlinien für den Umbau und Ausbau des studentischen Selbsthilfewerkes herausgestellt. Es gilt, im neuen Jahre den Bau in allen Teilen zu vollenden und zu einer festen Einheit wachsen zu lassen ... Sie [die Studentenwerke; d. Verf.] helfen damit zu ihrem Teile am nationalsozialistischen Aufbau in Deutschland“.⁹⁸

Hanns Streit
Quelle: DSW 4, S. 181



⁹⁸ BArch. Berlin R 73/297, Bl. 38.

2. Das Reichsstudentenwerk in der NS-Diktatur

2.2. Das Reichsstudentenwerk bis zum Zweiten Weltkrieg

Auch nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten gibt es Förderangebote des Reichsstudentenwerks für angehende Akademiker/-innen, allerdings mit erheblichen Unterschieden gegenüber der Praxis der Weimarer Zeit.

■ Förderung und Ausgrenzung

Zunächst recht unscheinbar wirken kleine Anweisungen, wie seit 1933 Anträge bei der Darlehenskasse des Deutschen Studentenwerks e. V./des Reichsstudentenwerks zu stellen seien. Antragsteller haben demnach ihre mögliche Teilnahme am Weltkrieg ebenso anzugeben wie ihre Religionszugehörigkeit. Diese außerwissenschaftlichen Kriterien ermöglichen es den Entscheidern rasch, Juden von einer Förderung auszuschließen.⁹⁹ Hiermit einher geht der auch normativ vorgesehene schrittweise Ausschluss von Juden aus der Förderung der Studienstiftung des deutschen Volkes im Deutschen Studentenwerk Ende 1933.¹⁰⁰ Juden, die schon aus der Deutschen Studentenschaft als „Nichtarier“ ausgeschlossen worden sind, sollen laut einem Vorstandsbeschluss des Studentenwerks vom 23. November 1933 „zur Abwicklung der Unterstützungspflicht“¹⁰¹ mit bis zu 3.000 Reichsmark abgefunden werden, falls ihr Vater im Weltkrieg gefallen oder an einer Kriegsverletzung gestorben ist. Die ursprünglich zugesagte Förderung soll nur aufrechterhalten werden, wenn die in der Förderung befindliche Person, Aussichten hat, den eigenen Beruf auszuüben. Dies erweist sich angesichts zunehmender Berufsverbote für Juden jedoch als leere Phrase. Diese Form der frühen Ausgrenzung von Juden aus der akademischen Förderung korrespondiert also auf unheilvolle Weise mit der zunehmenden Zahl an Berufsverboten auch in akademischen Berufen.

Der Bezug auf den möglichen Tod des Vaters infolge des Weltkriegs erinnert an die zwischen 1933 und 1935 geltenden Einschränkungen von Berufsverboten für jüdische Mitarbeiter/-

Deutsche Studenten, Freistudenten u. Korporierte!
Her zu uns
in die neue Front!
Wir kämpfen

gegen die **Überfremdung** der deutschen Hochschule
 gegen ihre **Bedrängung** durch Privatkapital und politische Eingriffe
 gegen die **zeitige** Interessenskonzentration einzelner Verbände und Gruppen
 für die **Erhaltung** des numerus clausus
 für eine **ethische, völkische Studentenschaft**, welche den Verzicht auf staatliche Anerkennung für die Lösung ihrer **kulturellen Aufgabe** in Kauf nimmt

Wir wehren uns

gegen die **Entpolitisierung** der Hochschule und wollen mit einem **verpflichtenden** Politikstudium **Politik ist werdende Schlichte**. Hochschulpolitik ist unser **primäres akademische Ansehen**, sondern ein **Lebensabschnitt** in unserem **unserer**. Kämpfe gegen die **Falsch** deutschen Wissenschaft.

Deshalb fordern wir **Ereicherung eines Amtes für Politik! Studentent** Durch eure Wahl soll ihr nicht über die **Zusammensetzung** des neuen Satz entscheiden, sondern zeigen, daß ihr nach **ein** deutsche Zukunft gläubig!

Bekennet Euch zur neuen Front!
Nationalsozialist, Deutscher Studentenbund

Liste 4

Hochschulgruppe Würzburg

November 1931: Der Nationalsozialismus ist in der Universität angekommen, hier in Würzburg
 Quelle: BArch Berlin Plak 002/035/040

innen im öffentlichen Dienst, die als Ermessenskriterien auch im Deutschen Studentenwerk Anwendung finden.¹⁰²

Seit 1935 ist Juden die Mitgliedschaft in der Reichschaft der Studierenden an deutschen Hochschulen und Fachschulen verboten. In der Wissenschaftsverwaltung diskutiert man

⁹⁹ BArch, Berlin R 149/171, unpaginiert (Rundschreiben der Darlehenskasse des Deutschen Studentenwerks e. V. Nr. 276, 24. April 1934 und Blankoantragsformular „Darlehensgesuch“). Auch die Unterscheidung nach „Frontkämpfern“ kann nach Erlass der Nürnberger Rassegesetze seit 1935 für Juden über berufliche Karrieren entscheiden. Vgl. im selben Bestand/25, unpaginiert (Deutsches Studentenwerk e. V., Unterlagen für Studienförderung, 1933 oder 1934). Vgl. in derselben Akte, unpaginiert (Satzung der Darlehenskasse des Deutschen Studentenwerks e. V., Entwurf, 24. November 1933), eine Förderung soll nur an Mitglieder der Deutschen Studentenschaft erfolgen. Vgl. im selben Archiv R 4901/1048, Bl. 4ff., hier Bl. 14 (Darlehenskasse des Deutschen Studentenwerks, Jahresbericht, 1. April 1933 bis 31. März 1934), die Darlehenskasse erfasst die Religionszugehörigkeit ihrer Darlehensnehmer: 0,18 Prozent waren 1933 danach noch jüdischen Glaubens/jüdischer Religionszugehörigkeit.

¹⁰⁰ Hier und für das Folgende: BArch, Berlin NS 38/2771, unpaginiert (Protokoll der Vorstandssitzung des Deutschen Studentenwerks in Berlin, 23. November 1933), hier: S. 1f. des Dokuments; vgl. im selben Be-

stand/2778, unpaginiert (Aktennotiz für Dr. Streit, Reise Berlin, 2. November 1933; Andreas Feickert an Karl Gengenbach, Kreisleiter Bayern der Deutschen Studentenschaft, 29. Juni 1933). Vgl. zu Feickert: im selben Archiv R 128/1003, Bl. 90f.; im selben Archiv NS 38/3614, unpaginiert ([?] Schmidt, Aktennotiz für Kamerad [?] Miller, 29. Mai 1936).

¹⁰¹ BArch, Berlin NS 38/2771, unpaginiert (Protokoll der Vorstandssitzung des Deutschen Studentenwerks in Berlin, 23. November 1933), hier: S. 2 des Dokuments.

¹⁰² BArch Berlin NS 38/2773, o. P. (Vorstandssitzung des Deutschen Studentenwerks e. V., 17. Juni 1933); vgl. je in derselben Akte, o. P. (Deutsches Studentenwerk e. V., Rundschreiben Nr. 178/33 an die Wirtschaftskörper, 22. Juni 1933; Dass., Grundsätze für die Förderung deutscher Studenten, 1933).



2. Das Reichsstudentenwerk in der NS-Diktatur

2.2. Das Reichsstudentenwerk bis zum Zweiten Weltkrieg

seither über die Begrenzung des Zugangs von sogenannten „Mischlingen“ zum Studium als weitergehendem Schritt der Verfolgung von Juden.¹⁰³

Ab 1935 muss bei der Beantragung der Reichsförderung des Reichsstudentenwerks nicht nur ein „Arier-Nachweis“, sondern auch ein Erbgesundheitsbogen vorgelegt werden, um – auch bei „Ariern“ – den Verdacht auf vermeintliche „Erbkrankheiten“ auszuschließen. Im Rundschreiben vom 21. September 1935 stellt das Reichsstudentenwerk fest: „Betri.: Biologische Auslese der Reichsförderung: In der Erkenntnis, daß für die Auslese zur Reichsförderung die schärfsten Anforderungen nach jeder Ausleserichtung zu stellen sind, wird das Ausfüllen von Ahnentafeln und Erbgesundheitsbögen vonseiten der Bewerber um Reichsförderung angeordnet.“¹⁰⁴ An die Stelle akademischer Qualifikation treten als Förderkriterien „rassische Reinheit“ und „Erbgesundheit“.

Nicht nur Juden und „Erbkranke“ werden durch das Reichsstudentenwerk ausgegrenzt. Im Rundschreiben Nr. 8 aus dem Jahre 1937 werden mit wenigen Ausnahmen auch alle kirchlichen Bildungseinrichtungen beider Konfessionen – katholischer und protestantischer – von der Betreuung durch das Reichsstudentenwerk ausgeschlossen. Die institutionelle wie auch die persönliche Förderung wird etwa bei katholischen Studenten massiv eingeschränkt. So sind studierende Ordensangehörige nun von jeglicher Förderung ausgeschlossen.¹⁰⁵

Auch Homosexuelle werden im Reichsstudentenwerk diskriminiert. So enthält ein Rundschreiben vom 1. Juni 1937 an alle örtlichen Studentenwerke eine „Warnungsliste“. In ihr wird namentlich mit Geburtsort und -datum ein Pädagogikstudent aus Jena genannt, der wegen seiner Homosexualität von allen deutschen Hochschulen auszuschließen sei.¹⁰⁶

In einem als streng vertraulich klassifizierten Rundschreiben des Reichsstudentenführers vom 17. Mai 1939 heißt es: „Nachdem unter einigen anderen Fällen auch der ehem.[alige] Rektor

der Universität München [...] zahlloser Vergehen gegen den § 175 überführt worden ist, setzt der Reichsstudentenführer alles daran, dieses Übel beim akademischen Nachwuchs, der durch unsere Erziehung geht, auszurotten [...] Der Reichsstudentenführer verlangt von den studentischen Führern, daß sie bei Verstößen gegen § 175 dafür zu sorgen haben, daß die Betroffenen sich erschießen!“¹⁰⁷

■ Förderung und Zentralisierung

Die Ausgrenzung derjenigen, die nicht als Mitglieder der rassistisch konstruierten „Volksgemeinschaft“ gelten sollen, hebt die Pluralität der Förderpraxis in der Weimarer Republik gänzlich aus. Auch das Prinzip des föderalen, pluralistischen und damit nicht zentralen Eingriffen unterliegenden Organisationsaufbaus der Studentenwerke wird in der NS-Diktatur zugunsten des „Führerprinzips“, der Weisung einer Person von „oben“ nach „unten“, beseitigt.

Bereits aus dem Sommer 1933 sind Entwürfe zu einer neuen Satzung des Deutschen Studentenwerks erhalten. Sie sehen den Sozialdienst nicht mehr unter dem Aspekt der Selbstverwaltung, sondern als ausführendes Organ des Reichsinnenministeriums. Dessen Kompetenz als Aufsichtsbehörde geht allerdings ab 1934 auf das neu geschaffene Reichswissenschaftsministerium über.¹⁰⁸

Hanns Streit bemängelt, dass das Führerprinzip nicht ausreichend berücksichtigt worden sei. Er will nur noch eine Person an der Spitze des Studentenwerks sehen.

Enno Wilhelm Tielko Heidebroek, Professor für Maschinenbau und seit Frühjahr 1933 Vorsitzender des Deutschen Studentenwerks,¹⁰⁹ erwidert, dass damit der traditionell im Deutschen Studentenwerk e. V. angelegte Dualismus einer Führung aus dem Kreis der Dozenten sowie der Studenten nicht mehr bestehen würde.¹¹⁰

¹⁰³ BArch. Berlin R 4901/864.

¹⁰⁴ BArch. Berlin R 4901/911, Bl. 148. Vgl. Kunze, Studienstiftung, S. 245, 249.

¹⁰⁵ BArch. Berlin R 4901/911, Bl. 284f.

¹⁰⁶ BArch. Berlin R 4901/912, Bl. 54f., hier: Bl. 55.

¹⁰⁷ BArch. Berlin NS 38/5478, unpaginiert (Reichsstudentenführer, Informationsdienst, 17. Mai 1939). § 175 des Strafgesetzbuchs stellte zu jener Zeit homosexuelles Verhalten unter Strafe.

¹⁰⁸ Grüttner, Studenten, S. 103. Die Unterstellung der studentischen Sozialfürsorge unter das Reichsinnenministerium wird 1934 zugunsten der Unterordnung unter das neu geschaffene Reichswissenschaftsministerium umgewandelt.

¹⁰⁹ Schlömer, Ära, hier: S. 63.

¹¹⁰ Vgl. hierzu auch: BArch. Berlin NS 38/2771, unpaginiert (Enno Heidebroek, TH Dresden, an Wilhelm Frick, Reichsinnenminister, 3. Februar 1934), Heidebroek legt Frick den Entwurf der zukünftigen Satzung des Deutschen Studentenwerks zur Genehmigung vor. Vgl. die Unterlagen ab 1934/1935 in: BArch. Berlin NS 38/2771; im selben Archiv R 8088/1060, Bl. 8f. (Enno Heidebroek an den Führer des Reichsverbands der Deutschen Hochschulen und Rektor der Universität Würzburg, Herwart Fischer, 24. Februar 1934).

2. Das Reichsstudentenwerk in der NS-Diktatur

2.2. Das Reichsstudentenwerk bis zum Zweiten Weltkrieg

Der neue Verfassungsentwurf sieht zwar immer noch studentische Vertreter im Verwaltungsrat des Studentenwerks vor, wengleich diese nun in der Unterzahl wären. Vor allem aber soll er die Einsetzung beliebiger NS-konformer Funktionäre in diesem zentralen Leitungsgremium ermöglichen. So heißt es gegen Ende einer Aufzählung für die zukünftige Besetzung dieses Gremiums: „Der Verwaltungsrat setzt sich zusammen aus: ... 4. bis zu 3 Persönlichkeiten aus dem Deutschen Volke.“¹¹¹

1934 weist Wilhelm Heidebroek auch gegenüber Herwart Fischer, dem „Führer“ des Reichsverbands der Deutschen Hochschulen und Rektor der Universität Würzburg, auf seine Zweifel angesichts der Zentralisierungsbestrebungen bei der studentischen Sozialfürsorge hin. Dennoch: Auch äußerlich vollzieht sich der hier beschriebene Wandel: Das Deutsche Studentenwerk e. V. fungiert seit 1934 als „Reichsstudentenwerk“ und passt seine zentralisierte Förderung inhaltlich dem Gefüge des NS-Staats an, wie an verschiedenen Beispielen im Folgenden gezeigt werden kann.¹¹²

■ Das Reichsstudentenwerk

Auf dem Weg einer Verordnung des Reichsministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung vom 2. November 1934 wird das Reichsstudentenwerk zu einer Anstalt des öffentlichen Rechts.¹¹³ Damit ist der Charakter eines Selbsthilfe-Vereins¹¹⁴ zugunsten einer direkt dem staatlichen Zugriff unterliegenden Einrichtung nun rechtlich besiegelt. Bereits zu diesem Zeitpunkt zweifelt das Reichsinnenministerium allerdings an, ob es für diesen Rechtsakt nicht sofort eines Gesetzes und nicht nur einer Verordnung bedürfe.¹¹⁵

Zu jener Zeit zieht die Zentraleinrichtung akademischer Sozialfürsorge von Dresden in die Reichshauptstadt.¹¹⁶ Bezogen wird eine Villa im „Ostpreußenviertel“ des eleganten Berliner West-



Stempel des Reichsstudentenwerks, 1934 oder später
Quelle: BArch, Berlin R 4901/1056

ends. In einem Schreiben an das Reichswissenschaftsministerium und mit Bezug auf einen Brief des Reichsfinanzministeriums erläutern Hanns Streit und der Leiter der Inneren Verwaltung des Reichsstudentenwerks, [?] Scholl, am 21. Januar 1935 die Beweggründe für den Kauf der Villa in der Tannenbergallee 30. Trotz aller Schwierigkeiten auf dem Immobilienmarkt habe man eine Liegenschaft erwerben können. Das Privathaus sei zunächst günstig zu einem Preis von 140.000 RM angeboten worden. Letztlich habe man es am 24. Juli 1934 in einer Zwangsauktion sogar für nur 87.500 RM ersteigert. Auf der Immobilie lägen lediglich Belastungen von etwa 10.000 RM.

Die beträchtliche Preisabsenkung ist nicht dem Verhandlungsgeschick der Beteiligten geschuldet, sondern das Ergebnis

¹¹¹ BArch, Berlin NS 38/2771, ohne Paginierung (Hanns Streit [?], Satzung des Deutschen Studentenwerks e. V., Entwurf, 28. August 1933 = erster Entwurf in der Akte für dieses Datum). Für das Zitat: § 9 des genannten Dokuments. Offenbar dient der Entwurf als Vorlage für die am selben Tag stattfindende Vorstandssitzung. Vgl. in derselben Akte analog die Entwurfsfassungen der Satzung der Darlehenskasse des Deutschen Studentenwerks vom 29. August 1933.

¹¹² Bereits zum Juli 1933 werden die entsprechenden Publikationsorgane des Studentenwerks „gleichgeschaltet“: BArch, Berlin NS 38/2785, unpaginiert (Der Deutsche Student – Schriftleitung an das Deutsche Studentenwerk, 17. Juni 1933). Vgl. noch zur Existenz einer Evangelischen Studentenfürsorge im Wintersemester 1933/1934: BArch, Berlin NS 38/2023, unpaginiert (Evangelische Studentenseelsorge, Informationsplakat des Arbeitsausschusses der evangelischen Studentenschaft in Berlin, Wintersemester 1933/1934).

¹¹³ BArch, Berlin R 73/297, Bl. 4; vgl. im selben Archiv R 128/1023, unpaginiert (O. A., Die organisierte Selbsthilfe der Studenten. Das Reichsstudentenwerk und das Studentenwerk Berlin, in: Deutsche Allgemeine Zeitung, 5. Februar 1935). Die Verordnung: DSW (Theo Tupetz u. a., Die Deutschen Studenten-

schaften. Versuch einer knappen Darstellung ihrer Entstehung und der Bemühungen um ihre innere und äußere Ordnung sowie ein neuerlicher Diskussionsvorschlag für den Entwurf eines Gesetzes über die Studentenschaften, [Bad Godesberg 1962]), Anhang XV. Einen detaillierten Vergleich der Verordnung mit dem späteren Gesetz zum Reichsstudentenwerk bietet: Schlömer, Ära, hier: S. 77ff.

¹¹⁴ Vgl. noch: Reinhold Schairer, Die Selbsthilfe-Idee und ihre Bedeutung im studentischen Leben, in: Internationales Institut für Studentische Selbsthilfe und Gemeinschaftsarbeit (Hg.), Studentische Selbsthilfe. Berichte und Ergebnisse der Ersten Internationalen Schulungswoche für studentische Selbsthilfe, veranstaltet vom Weltstudentenwerk. Dresden, den 6. bis 14. Juli 1927, Dresden 1927, S. 23-29.

¹¹⁵ BArch, Berlin R 4901/893, Bl. 36 (Reichsinnenministerium an das Reichswissenschaftsministerium, 15. November 1934).

¹¹⁶ Zur Entscheidungsfindung: BArch, Berlin R 4901/1047, Bl. 350-352, 366f., 371-373.



2. Das Reichsstudentenwerk in der NS-Diktatur

2.2. Das Reichsstudentenwerk bis zum Zweiten Weltkrieg

eines „Arisierungs“-Raubs. Eigentümer der Villa war im Adressbuch der Stadt Berlin von 1933 noch der Generaldirektor Heinrich Richard Brinn.¹¹⁷ Der Fabrikant ließ das prachtvolle Anwesen im Berliner Südwesten erbauen. Durch die Folgen der Weltwirtschaftskrise in ökonomische Zwänge geraten, nahm er Hypotheken auf die Immobilie auf. Mit Beginn der NS-Zeit wird Brinn als Jude aus seinen Positionen in der Industrie herausgedrängt. Zunehmend mittellos, vermag er die Kredite auf seinem Haus nicht mehr zu bedienen. Im Februar 1934 wird das Zwangsversteigerungsverfahren über Gebäude und Grund eröffnet. Die Immobilie ist am 1. Januar des Jahres zu einem Marktpreis von 312.200 RM veranschlagt worden. Für 28 Prozent dieser Summe wird sie für das Reichsstudentenwerk im selben Jahr erworben.

Die Gestapo deportiert Brinn Ende 1942 in das Ghetto Theresienstadt und von dort in das Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau. Hier wird er 1944 ermordet. Nach Kriegsende dringt seine Witwe Eva Brinn vor Berliner Gerichten vergeblich auf Rückerstattung der verfolgungsbedingten Verluste, darunter dem Anwesen in Berlin-Westend. 1955 wird schlussendlich durch das Land Berlin entschieden, dass die Tannenbergallee 30 der „Studentischen Darlehenskasse e. V.“ als Rechtsnachfolgerin des Reichsstudentenwerks zufiele. Ein Jahr später verkauft der Verein das Grundstück mit dem bereits im Abriss begriffenen Haus. Neueigentümer beginnen dort mit dem Bau mehrerer Einfamilienhäuser.

Doch zurück in die Zeit des Nationalsozialismus: Die vom Reichsstudentenwerk genutzte einstige Villa Brinn muss wenige Tage vor Beginn des Zweiten Weltkriegs geräumt werden; vermutlich, um Platz für Wehrmachtsstellen zu schaffen. Das Reichsstudentenwerk zieht zunächst in die Hardenbergstraße 34 um.¹¹⁸ Es bleibt unklar, ob eine Rückkehr in das Westend stattgefunden hat, wie in der Forschung vermutet wurde. So soll das Reichsstudentenwerk bis zum Frühjahr 1945 in der Tan-

nenbergallee geblieben sein: „behindert durch Einquartierung militärischer Stäbe und die üblichen Belästigungen des Bombenkriegs.“¹¹⁹

Der Zentralismus mit Blick auf das Reichsstudentenwerk als Anstalt des öffentlichen Rechts berührt nicht nur den Charakter der Sozialfürsorge für Studierende auf Reichsebene, sondern auch das Verhältnis zwischen dem Studentenwerk auf Reichsebene und den örtlichen Studentenwerken. Die Auseinandersetzungen an der Universität in Freiburg i. B. aus dem Jahre 1937 sind hierfür ein gutes Beispiel.¹²⁰ Dort fällt der Geschäftsführer des örtlichen Studentenwerks, Dr. [?] Zeller, zunehmend durch eigenmächtiges Handeln auf: Er entlässt fristlos katholische Ordensschwwestern, die ihren Dienst in der Mensa versehen. Mittels aufgebrachter Inventarschilder erklärt er Mobiliar der örtlichen studentischen Gastronomie zum Eigentum des Reichsstudentenwerks.

In einem verwickelten Konflikt zwischen Universität, Studierende, Landes- und Reichsbehörden sowie den Stellen des Studentenwerks vor Ort und in Berlin dringt der Rektor der Freiburger Universität, der Geograf Friedrich Metz, zunächst darauf, die Autonomie der Hochschule zu wahren. Er fordert die Entlassung Zellers. Es gelingt Hanns Streit jedoch, Zeller auf seinem Posten zu halten. Denn ungeachtet möglicher Unzulänglichkeiten Zellers ist dieser im Sinne der Nationalsozialisten bemüht, den Einfluss des Katholizismus an der Hochschule zurückzudrängen. Im Zuge dieses Streits eröffnen Vertreter der Studentenschaft gleichsam einen „Nebenkriegsschauplatz“. Der Gaustudentenführer Richard Oechsle, Gernot Gather, Studentenfürher der Universität Freiburg, und dessen Amtsleiter Hans Martin Schleyer, protegert durch Reichsstudentenführer Scheel¹²¹, treffen am 29. Mai 1937 mit Rektor Metz zusammen. Oechsle kritisiert bei der Zusammenkunft die feierliche Beflaggung der Universität am Fronleichnamstag. Metz weist das zurück.¹²²

¹¹⁷ Der Eintrag zu Brinn 1933: https://digital.zlb.de/viewer/readingmode/34115495_1933/5178/ [Abruf: 28. Oktober 2019]; der Brief Streits und Scholls: BArch. Berlin R 4901/892, Bl. 77-81, bes.: Bl. 80. Vgl. für das Folgende detailliert und auch mit Aufnahmen des Hauses von innen und außen bis 1933: Nea Weissberg-Bob; Thomas Irmer, Heinrich Richard Brinn (1874-1944). Fabrikant – Kunstsammler – Frontkämpfer. Dokumentation einer „Arisierung“, Berlin 2002, bes.: S. 52ff., 86ff., 100, 109, 118f., 120, 145, 177ff.

¹¹⁸ BArch. Berlin R 4901/893, Bl. 282 (Hanns Streit an das Reichserziehungsministerium, 24. August 1939). Die neue Adresse des Reichsstudentenwerks befindet sich im Studentenhaus, in welchem das Studentenwerk Charlottenburg seinen Sitz hat, vgl. schon: Reichsstudentenwerk (Hg.), Kurzberichte aus der Arbeit des Jahres 1936, Berlin 1936.

¹¹⁹ Schlömer, Ära, hier: S. 74; vgl. hierzu: DSW (Mappe „Korrespondenz (Petersen – Schlömer) zur Vorbereitung der 40-Jahrfeier des DSW).

¹²⁰ Hier und für das Folgende: BArch. Berlin R 4901/1052. Vgl. schon ein Jahr zuvor die Querelen um die Besetzung der Geschäftsführung des Studentenwerks Berlin, im selben Bestand/1049, Bl. 60f., 88-96, 107f., 179f.

¹²¹ Detailliert: Hachmeister, Schleyer. Vgl. zu Schleyer auch Kapitel 3.2. dieser Darstellung.

¹²² Das Protokoll der Besprechung: BArch. Berlin R 4901/1052, Bl. 64.

2. Das Reichsstudentenwerk in der NS-Diktatur

2.2. Das Reichsstudentenwerk bis zum Zweiten Weltkrieg

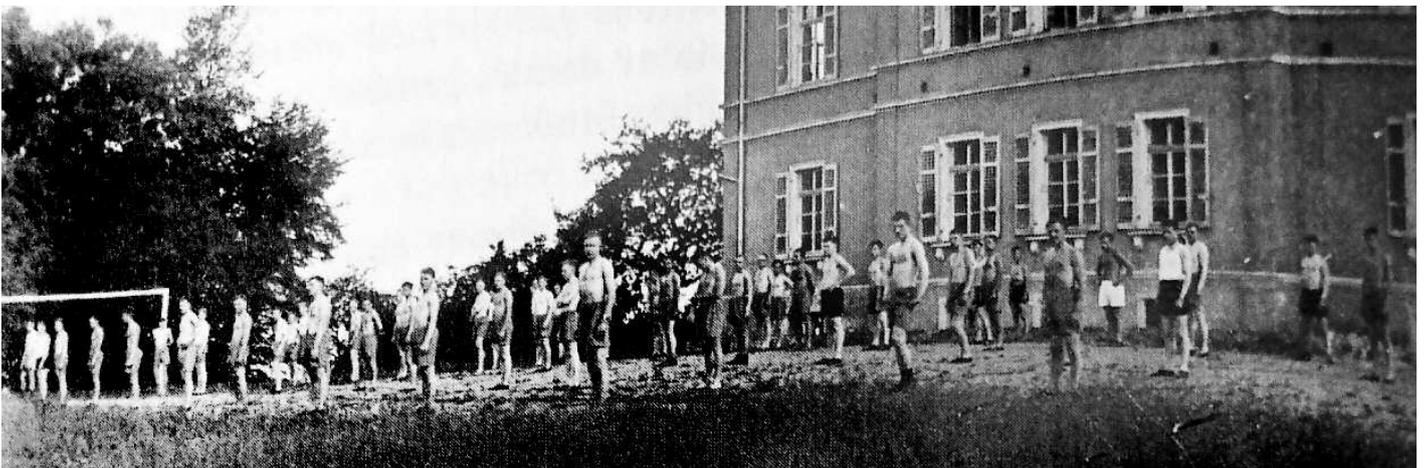
Jenseits derartiger Einzelfälle¹²³ strebt Streit gegenüber dem Reichswissenschaftsministerium bereits früh eine generell verstärkte Zugriffsmöglichkeit des Reichsstudentenwerks bei der Berufung oder Entlassung von Führungspersonal örtlicher Studentenwerke an.¹²⁴ Seit Mai 1933 entwickelt eine Arbeitsgruppe unter seiner Mitwirkung eine Standardsatzung aller örtlichen Studentenwerke, deren lokale Anwendung von der Zentrale zur Pflicht gemacht wird.¹²⁵ Die sich aus der Verordnung ergebenden Festschreibungen sollen gleichwohl auch gesetzlich normiert werden. Die Planungen zum dann 1938 erlassenen Gesetz über ein Reichsstudentenwerk setzen hierbei 1935 ein. Beteiligt sind hieran zahlreiche Behörden und NS-Organen, so etwa das Reichswissenschaftsministerium, der „Stellvertreter des Führers“, das Reichsjustizministerium sowie die Finanzministerien für Preußen und für das Reich.¹²⁶ Vorgesehen ist die Umwandlung der bisherigen Form eines eingetragenen Vereins in eine Körperschaft des öffentlichen Rechts durch ein Reichsgesetz. Begründet wird dies zunächst damit, dass etwa 90 Prozent der Fördermittel aus Reichs- und Landeskassen stammen. In Wahrheit geht es hier um politischen Einfluss: Die angestrebte Rechtsform erlaubt einen leichteren Zugriff des NS-

Staats auf den Bereich der Studentenförderung bis zur Ebene individueller Förderprozesse.¹²⁷

■ Förderung und „(Volks-)Körper“

Wie gestalten sich derartige Förderverfahren für Studierende nun?

In den Merkblättern für Förderanträge von Hoch- und Fachschülern beim Reichsstudentenwerk wird die klare ideologische Ausrichtung der Förderung deutlich: „Die Förderung des Reichsstudentenwerks an den deutschen Hochschulen ermöglicht körperlich und geistig gesunden Kräften, die durch ihre Leistungen besondere Fähigkeiten aufweisen und in ihrem Einsatz in einer Gliederung der NSDAP ihre nationalsozialistische Haltung erkennen lassen, den Zugang zur Hochschule und die Durchführung des Studiums ohne Rücksicht auf Herkunft und wirtschaftliche Lage. Die Entscheidung der Ansuchen erfolgt nicht nach Grundsätzen der Mildtätigkeit, sondern ausschließlich im Sinne einer nationalsozialistischen Auslese, die jeden Volksgenossen an den seiner Eignung und Leistung entsprechenden Arbeitsplatz stellen will.“¹²⁸



Frühspport im Kameradschaftshaus Darmstadt
Quelle: Friedhelm Golücke, *Korporation und Nationalsozialismus*

¹²³ Vgl. für Göttingen: Backhaus, *Selbsthilfe*, S. 51ff.; Gutmann, *Entwicklung*, S. 35ff.

¹²⁴ BArch. Berlin R 4901/893, Bl. 163-167 (Hanns Streit an das Reichswissenschaftsministerium, 28. August 1936).

¹²⁵ BArch. Berlin R 4901/1047, Bl. 73, 103, 105ff., 125-140, 167-170, 176f., 184f., 423f.

¹²⁶ Hier exemplarisch: BArch. Berlin R 4901/11891; im selben Bestand/893, Bl. 96ff., 126f.; im selben Bestand/894.

¹²⁷ Hierfür exemplarisch und mit der genannten fiskalischen Begründung für die angestrebte Umwandlung der Rechtsform: BArch. Berlin NS 38/2771, unpaginiert (Niederschrift über die Sitzung im Reichserziehungsministerium, betreffend Gesetz über das Reichsstudentenwerk am 4. November 1935, 26. November 1935).

¹²⁸ BArch. Berlin NS 38/1, Bl. 76f., Zitat: Bl. 77 in der Textversion für Hochschulen (Reichsstudentenwerk, Merkblätter zu Förderanträgen für Hoch- und Fachschulen, undatiert [zwischen 1934 und 1938]). Der Diskurswandel lässt sich auch gut an den diversen Denkschriften zur Gründung der Studienstiftung des deutschen Volkes aus Gründen der Begabtenförderung und eines sozialen Impetus 1925 und den entsprechenden Erwägungen zu einer (nationalsozialistischen) „Neuausrichtung“ der „Auslese“ in der Studienstiftung ab 1933 nachvollziehen: BArch. Berlin R 149/41. Vgl. zu dem im Haupttext Ausgeführten: im selben Archiv NS 38/2317, ohne Paginierung (Leiter des Amtes Politische Erziehung bei der Reichsstudentenführung, Entwurf eines Heftes für den Beratungsdienst, 7. November 1938).



2. Das Reichsstudentenwerk in der NS-Diktatur

2.2. Das Reichsstudentenwerk bis zum Zweiten Weltkrieg

Zu den nationalsozialistischen Bildungsidealen zählt auch eine paramilitärische, rasseideologische Körperbildern folgende sportliche Schulung.

Bereits in der Zeit der Weimarer Republik ist die sportliche Erziehung von Studierenden im Sinne eines „mens sana in corpore sano“ Teil des Förderangebots geworden.¹²⁹ Zuweilen hatte dies auch schon den Charakter von Wehrsport.¹³⁰

Sportliche Angebote wie auch die hiermit korrespondierende Gesundheitsfürsorge für Studierende erfahren im NS-Staat mit seinem rassistisch definierten Ideal einer „Volksgemeinschaft“¹³¹ eine gänzliche Umdeutung.¹³²

Otto Reise, Abteilungsleiter im Reichsstudentenwerk¹³³, erläutert 1938 auf einer internationalen Konferenz in Genf die Prinzipien des Gesundheitsdiensts im Reichsstudentenwerk. Die Sorge für die individuelle Gesundheit wird danach als Teil einer Verantwortung für die „Volksgemeinschaft“ definiert. Reise zitiert Hanns Streit, laut dem der studentische Gesundheitsdienst „keine ärztliche Geheimkunst, sondern ein Volksbewusstsein“ sei.¹³⁴ Konkretisiert wird diese „Gemeinschaftsbindung“ in der von Reise zitierten Gesundheitsdienstordnung von 1935.¹³⁵ Dort heißt es: „Die besondere Aufgabe des studentischen Gesundheitsdiensts liegt in der geistigen und körperlichen Auslese im Sinne der nationalsozialistischen Gesundheitspolitik.“¹³⁶ Mit dem Ziel: „eines erbgesunden [...] akademischen Nachwuchses“¹³⁷

führt der Gesundheitsdienst des Reichsstudentenwerks auch erbbiologische und rassenhygienische Pflichtuntersuchungen für Akademiker/-innen durch.¹³⁸ Geprüft wird das Vorhandensein von Erbkrankheiten, Geschlechtskrankheiten, organischen Nerven- und Gehirnkrankheiten, „Psychopathie“ sowie „dauernder Scheu oder Mangel an Willen zu Leibesübungen“.¹³⁹ Wer sportliche Betätigung vermeidet, kann exmatrikuliert werden.

Dass derartige Untersuchungen im Angesicht der ab 1940 stattfindenden Euthanasiemorde auch todbringende Konsequenzen haben können, liegt nahe. In einer Aktennotiz des Reichsstudentenwerks zu den Zielsetzungen des eigenen Gesundheitsdiensts wird die „Ausmerzung dauernd Geschädigter oder Kranker“¹⁴⁰ gefordert. Ganz in diesem Sinne ist auch folgende Formulierung in einem Entwurf zum Gesetz über das Reichsstudentenwerk aus dem neu geschaffenen Reichswissenschaftsministerium von 1935 zu verstehen: „Aufgabe des Reichsstudentenwerks ist die wirtschaftliche und gesundheitliche Betreuung des volksdeutschen Nachwuchses an den deutschen Hoch- und Fachschulen. Sein Ziel ist, eine Auslese der Tüchtigsten im Sinne nationalsozialistischer Forderungen zu treffen“.¹⁴¹

Bausteine zur „Volksgemeinschaft“ durch Förderangebote des Reichsstudentenwerks finden sich auch in anderer Form: Die Einführung von Kameradschaftshäusern der Deutschen Studentenschaft im NS-Staat wird vom Studentenwerk aktiv mitgetragen. Sie sollen die klassischen Studentenheime ersetzen

¹²⁹ Vom Spezialfall angeheender Sportwissenschaftler/-innen wird an dieser Stelle abgesehen.

¹³⁰ Grüttner, Studenten, S. 38.

¹³¹ Michael Wildt, „Volksgemeinschaft“, in: <http://docupedia.de/zg/Volksgemeinschaft> [Abruf: 19. Mai 2019].

¹³² Hier und für das Folgende: BArch. Berlin R 149/18, unpaginiert (Otto Reise, Der studentische Gesundheitsdienst in Deutschland, Bericht für die Vierte Internationale Universitätskonferenz in Genf, 6. bis 10. Juli 1938).

¹³³ BArch. Berlin R 73/297, Bl. 3 (Stand: Dezember 1934), Reise leitet die Abteilung Kameradschaftsförderung und Studienförderung; vgl. mit leicht geänderter Amtsbezeichnung: Reichsstudentenwerk (Hg.). Kurzberichte aus der Arbeit des Kriegsjahres 1939, [Berlin 1939], S. 7.

¹³⁴ BArch. Berlin R 149/18, unpaginiert (Otto Reise, Der studentische Gesundheitsdienst in Deutschland, Bericht für die Vierte Internationale Universitätskonferenz in Genf, 6. bis 10. Juli 1938), S. 1 des Referats. Streit ist bereits Ende 1933 Mitglied der Geschäftsführung des Deutschen Studentenwerks; im selben Archiv NS 38/2771, unpaginiert (O. A., Niederschrift der Beschlüsse der Vorstandssitzung in Berlin, 14. November 1933).

¹³⁵ Zu deren Planungen unter Einbindung von Reichsgesundheitsamt und NSDAP-Stellen, vgl. BArch. Berlin R 4901/874, Bl. 9-15, 149-152, 172ff.

¹³⁶ BArch. Berlin R 149/18, unpaginiert (Otto Reise, Der studentische Gesundheitsdienst in Deutschland, Bericht für die Vierte Internationale Universitätskonferenz in Genf, 6. bis 10. Juli 1938), S. 2 des Referats.

¹³⁷ BArch. Berlin R 149/18, unpaginiert (Otto Reise, Der studentische Gesundheitsdienst in Deutschland, Bericht für die Vierte Internationale Universitätskonferenz in Genf, 6. bis 10. Juli 1938), S. 4 des Referats.

Vgl. NS 38/2317, ohne Paginierung (Leiter des Amts Politische Erziehung bei der Reichsstudentenföhrung, Entwurf eines Hefts für den Beratungsdienst, 7. November 1938), zum Studienverbot für „Erbkranke“.

¹³⁸ BArch. Berlin NS 38/2787, unpaginiert (Reichsstudentenwerk, Rundschreiben A Nr. 47/35 an die örtlichen Studentenwerke, 8. März 1935), die Ergebnisse der Pflichtuntersuchungen werden in den Gesundheitsstammbüchern der Betroffenen registriert. Vgl. im selben Bestand/2771, unpaginiert (Deutsches Studentenwerk e. V., Studentischer Gesundheitsdienst. Musterordnung, Herbst 1933); im selben Archiv R 4901/911 Bl. 19 (Reichsstudentenwerk Rundschreiben an die örtlichen Studentenwerke zu Pflichtuntersuchungen, 20. Februar 1935). Vgl. in diesem Sinne schon: im selben Bestand/2778, unpaginiert (Werner Rühberg, Studentischer Gesundheitsdienst, in: Umschau in der Arbeit der studentischen Selbsthilfe-Arbeit, Oktober 1933).

¹³⁹ Zitate: BArch. Berlin R 149/18, unpaginiert (Otto Reise, Der studentische Gesundheitsdienst in Deutschland, Bericht für die Vierte Internationale Universitätskonferenz in Genf, 6. bis 10. Juli 1938), S. 4 des Referats. Vgl. im selben Archiv R 4901/874, Bl. 111ff., 216ff., 362ff., Untersuchungsberichte einzelner Hochschulen, die an das Reichsstudentenwerk übersandt worden sind.

¹⁴⁰ BArch. Berlin R 149/25, unpaginiert (Reichsstudentenwerk, Beitrag des Gesundheitsdiensts zur Berichterstattung im Völkischen Beobachter), 2. Dezember 1933.

¹⁴¹ BArch. Berlin NS 38/2771, unpaginiert (Reichs und Preußisches Ministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung an die Kanlei des Stellvertreters des Führers, 26. Oktober 1935), hier: § 2 des Dokuments. Eine vertiefende Suche nach Einzelfällen des Krankenmords, die auf Meldungen des erwähnten Gesundheitsdiensts zurückführbar sein könnten, ließe sich in den Krankenakten des Bundesarchivs Berlin nur über Namen durchführen. Diese liegen aber nicht vor.



2. Das Reichsstudentenwerk in der NS-Diktatur

2.2. Das Reichsstudentenwerk bis zum Zweiten Weltkrieg

und eine Kollektivierung der dort lebenden Jungakademiker/-innen im Sinne der NS-Ideologie befördern. Derartige Gemeinschaften gelten als „Volksgemeinschaft“ im Kleinen. Michael Grüttner spricht hier von „Kaserne, Männerbund und politischer Wohngemeinschaft“.¹⁴² Die Organisation von Arbeitsdiensten als Vorbedingung einer sogenannten Kameradschaftsförderung wie auch die schlussendliche Auswahl der als förderwürdig Betrachteten erfolgt durch das Studentenwerk.¹⁴³

■ Förderung und weitere Felder der Ideologisierung

Das Prinzip der Umdeutung oder verschärften NS-Ideologisierung bisheriger Förderpraktiken lässt sich auch in anderen Feldern ausmachen.¹⁴⁴ Hierzu zählt die Gewährung von Unterstützungsleistungen für Teilnehmer/-innen am „Reichsleistungskampf“, einem Wettbewerb der Deutschen Studentenschaft für angehende Akademiker/-innen.¹⁴⁵

Auch die bereits in der Weimarer Republik praktizierte Unterstützung von „Auslandsdeutschen“ erfährt in der NS-Zeit eine verschärfte Instrumentalisierung: Die Bildungsförderung für „Volksdeutsche“ ist zugleich Teil einer ideologisierten Argumentationskette, die vom Postulat deutschen „Volks- und Kulturbodens“ über die dort stattfindende „Kulturmission“ bis hin zu handlungsleitend werdenden Eroberungsansprüchen reicht.¹⁴⁶

Schon zu Beginn seiner Arbeit bietet das Reichsstudentenwerk im Bereich „Nebenförderung“ eine Oststudienförderung für Hoch- und Fachschüler/-innen an. „Politisch bewährten Studierenden“ soll ein Studium in Ostpreußen („im deutschen Osten“) durch Beihilfen ermöglicht werden.¹⁴⁷ Seit 1937 wird die gesamte Förderung Auslandsdeutscher durch das Reichsstudentenwerk übernommen.¹⁴⁸ Die Grenzen zwischen einer Förderung von Reichs- und Auslandsdeutschen sind dabei zuweilen fließend, denkt man etwa an die Einschaltung des Studentenwerks zur Unterstützung der sudetendeutschen Studierenden im Reich sowie in ihrer eben besetzten Heimat seit 1938.¹⁴⁹

Auch weitere Fördersparten in diesem Themenfeld sind erwähnenswert: Bei der Reichsstudentenführung existiert seit dem 1. Mai 1933¹⁵⁰ ein Amt für Ostpolitik.¹⁵¹ Es hat die Aufgabe, „den Umbruch der nationalsozialistischen Revolution auch im außenpolitischen Denken der Jugend zu bewerkstelligen.“¹⁵² Das Amt arbeitet mit dem Deutschen Studentenwerk/dem Reichsstudentenwerk zusammen. Letzteres fördert seinerseits das „Auslandsdeutschtum“ in nichtdeutschen Gebieten, etwa durch die Mitfinanzierung eines Wohnheims für deutsche Studierende im damals polnischen Poznań/Posen.¹⁵³ Das Deutsche Studentenwerk/Reichsstudentenwerk ist aber auch Anlaufstelle bei der Bitte der Reichsstudentenführung um weitere finanzielle Förderung für die in Polen vor 1939 studierenden Deutschen.¹⁵⁴ Universitäten wie etwa die in Prag dienen in diesem ideologischen Rahmen als „Bollwerk gegen das Slawentum“.¹⁵⁵

¹⁴² Grüttner, Studenten, S. 261.

¹⁴³ BArch. Berlin NS 38/3869, unpaginiert (Deutsches Studentenwerk e. V., Rundschreiben Nr. 290/34 an die Studentenwerke, 8. September 1934; Deutsches Studentenwerk e. V., Merkblatt über Hochschulförderung für Werkabiturienten, undatiert [um August 1934]; Deutsches Studentenwerk e. V., Ermittlungsbogen für Kameradschaftsförderung, undatiert [1934]).

¹⁴⁴ Hierfür auch exemplarisch: BArch. Berlin NS 38/2970, unpaginiert (Deutsche Studentenschaft, Amt III an das Studentenwerk der Universität Berlin zur Förderung von Herbert Hüttenrauch, 13. Dezember 1935). Bei der Beurteilung Hüttenrauchs wird zunächst auf seine politische Haltung hingewiesen.

¹⁴⁵ BArch. Berlin NS 38/4420, unpaginiert (Reichsführung der Deutschen Studentenschaft an die Abteilung Reichsleistungskampf im Hause, 8. September 1936; O. A., Begabten-Förderung bei Studenten, Abschrift aus der Berliner Börsenzeitung vom 30. August 1936; [?] Wassermann, Protokoll einer Besprechung wegen Förderung im Anschluss an den Reichsleistungskampf, 5. September 1936).

¹⁴⁶ Michael Burleigh, *Germany Turns Eastwards. A Study of Ostforschung in the Third Reich*, Cambridge u. a. 1988; Christian Schölzel, *Fritz Rathenau (1875-1949). On Antisemitism, Acculturation and Slavophobia. An Attempted Reconstruction*, in: Leo Baeck Institute Yearbook XLVIII (2003), S. 135-162. Vgl. BArch. Berlin NS 38/2142 zur „Ostarbeit“ der Deutschen Studentenschaft um 1935.

¹⁴⁷ BArch. Berlin NS 38/1, Bl. 76f. (Reichsstudentenwerk, Merkblätter zu Förderanträgen für Hoch- und Fachschulen, undatiert [zwischen 1934 und 1938]), Zitate je: Bl. 76f. vgl. im selben Archiv R 149/25, unpaginiert (O. A., Hochschulbesuch in Königsberg im SS 1934, vermutlich vorgesehen zur Veröffentlichung in „Der Student“, 1934); im selben Archiv NS 38/2127, unpaginiert (Der Ostreferent der Deutschen Studentenschaft an die Kreisführer, die Studentenschaftsführer und Grenzlandämter der Hochschulen, 14. März 1935); im selben Archiv R 4901/911, Bl. 16 (Reichsstudentenwerk, Rundschreiben A Nr. 37/35, 9. Februar 1935).

¹⁴⁸ BArch. Berlin R 4901/912, Bl. 68 (Reichsstudentenwerk, Rundschreiben A Nr. 39/37, 11. Juni 1937).

¹⁴⁹ BArch. Berlin R 4901/1050, o. P. (Kurator der Universität Breslau, Betrifft: Sudetendeutsche Studenten, 25. Oktober 1938).

¹⁵⁰ BArch. Berlin NS 38/2655, unpaginiert (Werner Richter/Amt für Ostpolitik, an [?] Hoffmeister, 15. Mai 1933).

¹⁵¹ BArch. Berlin NS 38/2655.

¹⁵² BArch. Berlin NS 38/2655, unpaginiert (Werner Richter, Leiter des Amtes für Ostpolitik an den Verlag Gottlieb Kern, 4. Juli 1933).

¹⁵³ BArch Berlin NS 38/2655, unpaginiert (Werner Richter, Leiter des Amtes für Ostpolitik der Deutschen Studentenschaft an Hans Sikorski [Schreibfehler im Dokument: Schikorski], 24. Mai 1933; Hans Sikorski an Werner Richter, 26. Mai 1933).

¹⁵⁴ BArch Berlin NS 38/2655, unpaginiert (Leiter des Hauptamtes für Wirtschaftsfragen der Reichsstudentenführung an das Deutsche Studentenwerk, 19. Mai 1933; Werner Richter, Leiter des Amtes für Ostpolitik bei der Reichsstudentenführung an den Vorsitzenden der Deutschen Studentenschaft in Danzig, 9. Mai 1933).

¹⁵⁵ Vgl. BArch. Berlin NS 38/2317, ohne Paginierung (vermutlich: Reichsstudentenführung/Amtsleitung, Aufriss zu einem „Handbuch des Deutschen Studenten“, Sommer 1938).



2. Das Reichsstudentenwerk in der NS-Diktatur

2.2. Das Reichsstudentenwerk bis zum Zweiten Weltkrieg

Hervorhebenswert als Begleitphänomen ist in diesem Zusammenhang auch der Bauern- und Siedlerdienst der Deutschen Studentenschaft. Reichsdeutsche Studierende können in grenznahen Regionen zu Polen bei Bauern Dienst tun und sich so Geld verdienen. In politischen Schulungsveranstaltungen sollen sie hierbei propagandistisch auf einen „Grenzkampf“ der ethnischen Deutschen mit den in den Grenzräumen lebenden Polen eingestimmt werden. Die Organisatoren erwarteten vermutlich, dass sich Teilnehmer dieses Angebots nach ihrem Dienst fest im ländlichen Grenzraum ansiedeln würden, was allerdings nur selten geschehen sein dürfte.¹⁵⁶

Vergleichbare Verformungen gegenüber der Praxis in der Weimarer Republik lassen sich auch mit Blick auf das Thema Wettbewerb feststellen: Gibt es den Gedanken des Wettstreits bereits in der Förderpraxis vor 1933¹⁵⁷, so wird dieser von nun an stärker darwinistisch verstanden. Das exkludierende Wort „Auslese“ wird im Sinne der NS-Ideologie handlungsleitend.¹⁵⁸

Die Unterstellung des Rechts unter die Vorherrschaft der NS-Ideologie belegt nicht nur der Erwerb der Zentrale des Reichsstudentenwerks in Berlin-Westend. Ab 1933 können offenbar auch einige seiner örtlichen Einrichtungen in Einzelfällen auf von den Nationalsozialisten geraubte oder durch Zwangsverkauf erhaltene Immobilien zurückgreifen.

1933 oder 1934 kann an der Universität Frankfurt am Main ein Studentenhaus eingeweiht werden. Das Gebäude in der Nähe des Campus wird auch vom SA-Hochschulamt und dem lokalen Studentenwerk genutzt. Es handelt sich, laut einer zeitgenössischen Verlautbarung, um „ein beschlagnahmtes Gebäude [...] in dem sich früher zum Teil marxistische Institute befanden.“¹⁵⁹

In Halle an der Saale wird 1933 das einstige Verlagshaus der von der KPD herausgegebenen Zeitung von der dortigen Gau-

leitung beschlagnahmt und als studentisches Kameradschaftshaus genutzt.¹⁶⁰ Über Unterlagen aus dem Archiv der Universität kann dieser Raubvorgang leider nicht mehr genau rekonstruiert werden.¹⁶¹

Nicht nur der Raub von Bauten ist ein Zeichen für die zunehmende Aufweichung rechtsstaatlicher Strukturen in der Arbeit des Deutschen Studentenwerks während der NS-Diktatur. Auch der Neubau oder die Renovierung studentischer Unterkünfte und Kameradschaftshäuser werden schon 1933 außerrechtlichen Ausschreibungskriterien der NS-Ideologie untergeordnet. In einer Publikation des Deutschen Studentenwerks vom Oktober 1933 wird hinsichtlich der Ausschreibungs- beziehungsweise Vergaberegeln darauf gedrängt, trotz aller Autarkiebestrebungen des NS-Regimes auch Baufirmen zu berücksichtigen, die teilweise aus ausländischem Kapital finanziert sind. Zur Begründung heißt es, man solle ausländische Investoren nicht verprellen. Das Weiteren wird ausgeführt: „Was die Behandlung der Firmen anlangt, deren Inhaber oder an der Geschäftsführung maßgebend beteiligte Personen nicht arischer Abstammung sind, so ist an sich nach dem Grundsatz zu verfahren, daß bei gleichwertigen Angeboten deutschstämmige Firmen zu bevorzugen sind.“¹⁶²

Statt ökonomischer Effizienz bestimmen politische und rasseideologische Kriterien die Vergabemaßstäbe.

■ Reichsstudentenführung und Reichsstudentenwerk

Das Amt des Reichsstudentenführers wird am 5. November 1936 durch einen Erlass von Rudolf Heß geschaffen,¹⁶³ dem „Stellvertreter des Führers“. Amtsinhaber wird Gustav Adolf Scheel. Dieser soll als Reichsstudentenführer Rivalitäten zwischen Deutscher Studentenschaft und dem Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund durch eine gemeinsame Führung

¹⁵⁶ BArch. Berlin R 4901/890, Bil. 144-150 (Deutsche Studentenschaft, Bericht über den Bauern- und Siedlerdienst Osten. Frühjahrseinsatz 1935, April 1935).

¹⁵⁷ Hier nur: Robert Ulich, Zum Problem der Auslese, in: Studentenwerk. Zeitschrift der studentischen Selbsthilfearbeit VI (1932), S. 26-34.

¹⁵⁸ Vgl. BArch. Berlin NS 38/1, Bil. 76f. (Reichsstudentenwerk, Merkblätter zu Förderanträgen für Hoch- und Fachschulen, undatiert [zwischen 1934 und 1938]); vgl. im selben Bestand/2787, unpaginiert (Reichsstudentenwerk an Deutsche Studentenschaft, nebst Anlagen, 6. April 1935). Vgl. BArch im selben Archiv R 76-IV/21, o. P. (Reichsuniversität Straßburg, Gutachten zur Diplomarbeit von Gretel Keller, Die Förderung der sozialen Ausleseprozesse durch Lenkung des Begabtenwachstums, 14. Februar 1945). Vgl. jedoch schon: R 149/168, unpaginiert (Heinrich G. Merkel, Darlehenskasse und Auslese, Referat, gehalten auf der Tagung des Deutschen Studentenwerks e. V. in Würzburg, Oktober 1929).

¹⁵⁹ BArch. Berlin R 149/25, unpaginiert (O. A., Meldung, vermutlich zur Publikation in „Der Student“ vorsehen, 1933 oder 1934).

¹⁶⁰ BArch. Berlin NS 38/2778, unpaginiert (Umschau in der Arbeit der studentischen Selbsthilfe-Arbeit, Oktober 1933).

¹⁶¹ Vgl. UAHW, Rep. 6, Nr. 3080; Anja Bugaiski/Universitätsarchiv Halle an der Saale, Mail an den Verfasser, 10. Januar 2020.

¹⁶² BArch. Berlin NS 38/2778, unpaginiert (Umschau in der Arbeit der studentischen Selbsthilfe-Arbeit, Oktober 1933).

¹⁶³ Zum Interesse von Heß an Wissenschaftspolitik: Grüttner, Studenten, S. 89.



2. Das Reichsstudentenwerk in der NS-Diktatur

2.2. Das Reichsstudentenwerk bis zum Zweiten Weltkrieg

in seiner Person unterbinden.¹⁶⁴ Längerfristig gilt es jedoch auch, den gesamten universitären Bereich, darunter – wie sich zeigen wird – auch das Reichsstudentenwerk, stärker der NSDAP anzugliedern.¹⁶⁵ In diesem Sinne wird für die Verwaltung des Reichsstudentenführers im April 1937 ein Hauptamt der NSDAP mit Dienststellen in München, der „Stadt der Bewegung“, und Berlin als Reichshauptstadt eingerichtet.¹⁶⁶

■ Auf dem Weg zur Übernahme des Reichsstudentenwerks

In Ausarbeitungen, die 1936 an Reichswissenschaftsminister Bernhard Rust übermittelt werden, umreißt Gustav Adolf Scheel, der eben zum Reichsstudentenführer ernannt worden ist, sein Verständnis dieses Amtes. Deutlich werden dabei sein persönlicher Ehrgeiz, sein Verständnis der Organisation von Wissenschaft im Allgemeinen sowie seine Pläne für die zukünftige Stellung des Reichsstudentenwerks im Besonderen.¹⁶⁷

Scheel strebt mit dem neu zu schaffenden Amt des Reichsstudentenführers einen zentralisierten Zugriff auf die Studentenschaft an; kurz, er möchte die Leitung aller studentischen Organisationen in seiner Hand vereinen. Der Kampf um das Reichsstudentenwerk ist somit Teil eines strategisch umfassenderen Prozesses. Die von Scheel vorgeschlagene Doppelunterstellung des Reichsstudentenwerks unter Reichswissenschaftsministerium und NSDAP folgt seinem gänzlich „politisierten“ Wissenschaftsverständnis. Hierzu zählen der Einfluss „klassischer“ Reichsbehörden gemeinsam mit rein ideologisch ausgerichteten Organisationen wie der NSDAP auf die Arbeit in der Sozialfürsorge für Studierende.

Mit Netzwerkarbeit und klaren Worten in seinem Memorandum empfiehlt Scheel sich für das angestrebte Amt.¹⁶⁸ Zur künftigen Rolle des Reichsstudentenwerks führt er aus: „Die Ernennung zum Reichsstudentenführer muß verbunden sein mit dem Auftrage, eine neue studentische Verfassung vorzulegen, die geeignet ist, in der Vereinigung der Organisationen von Partei und Staat die Erfahrungen der politischen und fachlichen Arbeit in rechtlich bindende Normen zu bringen. In dieser Verfassung muß auch die Stellung des Reichsstudentenwerks als eines mit der Arbeit und Zielsetzung der Gesamtstudentenschaft auch organisatorisch verbundenen Glieds enthalten sein.“¹⁶⁹

Ganz in dem hier zitierten Sinne zieht Scheel seine Fäden.¹⁷⁰ Als bekannt wird, dass Hanns Streit als Leiter des Reichsstudentenwerks Ende November 1936 eine Reise nach Riga und Dorpat antreten will, um dort mit volksdeutschen Institutsleitern Verhandlungen über den Aus- und Aufbau von studentischen Betreuungsangeboten zu führen, regen sich seitens der Verwaltung des neu ernannten Reichsstudentenführers wie auch im Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund Widerstände. Man befürchtet, der ohne Begleitung reisende Streit könne die Position des Reichsstudentenwerks durch den Aufbau von Netzwerken im Ausland allzu sehr stärken.

Auch gegenüber dem als schwach geltenden¹⁷¹ Reichswissenschaftsminister Rust kämpft Scheel um seine zukünftige Position mit Blick auf das in der Planung begriffene Gesetz zum Reichsstudentenwerk.¹⁷² Ende 1936 beschwert Scheel sich beim Reichswissenschaftsministerium, dass seiner Position als Führer der deutschen Studentenschaft im Entwurf des Gesetzes zum Reichsstudentenwerk viel zu wenig Rechnung getragen werde.

¹⁶⁴ Zum Amtsantritt Scheels als Führer der Deutschen Studentenschaft: BArch. Berlin NS 38/3614, unpaginiert (Der Organisationsleiter der Deutschen Studentenschaft an die Amtsleiter und Sekretärinnen im Hause, 10. November 1936; Deutsche Studentenschaft, Protokoll der Amtsleitersitzung, 12. November 1936; Deutsche Studentenschaft, Die Deutsche Studentenschaft begrüßt ihren neuen Reichsführer, undatiert [vermutlich erste Hälfte November 1936]). Zur Entstehung von Deutscher Studentenschaft und Nationalsozialistischem Deutschen Studentenbund: Meissner, Findbücher, S. Xlf. - Vgl. NS 38/1, Bl. 9f. Offenbar wird noch 1938 darüber gestritten, welchem der beiden Studentenbünde eine dem Reichsstudentenführer gleiche Position innerhalb der Hierarchie in der NSDAP zukäme. Vgl. in derselben Akte, Bl. 15, 64ff., 68ff., 74ff.

¹⁶⁵ Es kommt zu weiteren Unterstellungen: 1938 folgt neben dem Reichsstudentenwerk der NS-Altherrenbund, 1944 auch der NS-Dozentenbund. Vgl. BArch. Berlin NS 38/1, Bl. 65.

¹⁶⁶ Vgl. den Geschäftsverteilungsplan von 1938 vor der Unterstellung des Reichsstudentenwerks, in: BArch. Berlin NS 38/1, Bl. 11-14. Vgl. Grüttner, Studenten, S. 94, 96. Er legt dar, durch Scheel und mit Hilfe von Heß sei der NSDStB stärker und der Einfluss des Reichserziehungsministeriums schwächer geworden.

¹⁶⁷ Hier und für das Folgende: BArch. Berlin NS 38/1, nach Bl. 85: unpaginierter Teil der Akte an deren Ende (Gustav Adolf Scheel, Die Neuordnung des deutschen Studententums, vermutlich 1936; Geschäftsverteilungspläne, die der genannten Denkschrift Scheels zugeordnet gewesen sein dürften). Vgl. die Abschrift selben Bestand/2278.

¹⁶⁸ Hierzu auch: BArch. Berlin R 4901/894.

¹⁶⁹ Hier und für das Folgende: BArch. Berlin NS 38/1, nach Bl. 85: unpaginierter Teil der Akte an deren Ende (Gustav Adolf Scheel, Die Neuordnung des deutschen Studententums, vermutlich 1936; Geschäftsverteilungspläne, die der genannten Denkschrift Scheels zugeordnet gewesen sein dürften), S. 1f. der Denkschrift. Im weiteren Verlauf des Textes lässt sich Scheel weiter über Details der Sozialfürsorge für Studenten aus.

¹⁷⁰ Hier und für das Folgende: BArch. Berlin NS 38/2771, unpaginiert (Nationalsozialistischer Deutscher Studentenbund, Gaustudentenführung Königsberg an Ernst Horn als stellvertretenden Reichsstudentenführer, 18. November 1936; Reichsstudentenführung, Amt für Wirtschaft und Sozialfragen an Hanns Streit, am 20. und am 23. November 1936; Reichsstudentenführung, Amt für Wirtschaft und Sozialfragen an den Gaustudentenführer in Königsberg [?] Rother, 23. November 1936). Vgl. R 4901/893, Bl. 211.

¹⁷¹ Grüttner, Studenten, S. 88. Vgl. Anne C. Nagel, Hitlers Bildungsreformer. Das Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung 1934-1945, Frankfurt a. M. 2012, S. 40ff. (zur Person des eher konzeptionslosen Ideologen Rust), 242, 255ff. (zum Kampf Rusts mit anderen um die Kontrolle des Wissenschaftsbetriebs).

¹⁷² Hier und für das Folgende: BArch. Berlin NS 38/2771, unpaginiert (Gustav Adolf Scheel an Bernhard Rust, 2. Dezember 1936).

2. Das Reichsstudentenwerk in der NS-Diktatur

2.2. Das Reichsstudentenwerk bis zum Zweiten Weltkrieg

Ebenfalls zum Jahresende 1936 wechselt Scheel innerhalb der Reichsstudentenführung Personal aus, welches auch wichtige Verbindungen zum Reichsstudentenwerk zu unterhalten hat. Er ernennt eine neue Leitung des Wirtschafts- und Sozialamts bei der Reichsstudentenführung.¹⁷³ Damit erreicht Scheel, dass die ihm zuarbeitenden Mitarbeiter in dieser Abteilung der Reichsstudentenführung Einfluss auf Entscheidungsprozesse über Förderungen im Reichsstudentenwerk ausüben können.¹⁷⁴ Der neu ernannte Leiter des Wirtschafts- und Sozialamts der Reichsstudentenführung, Heinz Franz, beschwert sich so kurz nach seiner Ernennung umgehend bei Hanns Streit über die als unkollegial, weil fehlende Darstellung der personalpolitischen Wechsel innerhalb der Reichsstudentenführung in Publikationen des Reichsstudentenwerks.¹⁷⁵



Gustav Adolf Scheel
Quelle: DSW 4, S. 179

All dies dient der Einschüchterung Streits, den Scheel als Konkurrenten bei der anstehenden „Übernahme“ des Reichsstudentenwerks betrachtet.¹⁷⁶ Eine derartige Gesamtstrategie des im Netzbau befähigten Scheels offenbart ein Brief von ihm an den SA-Obersturmbannführer Werner Trumpf aus dem Jahr 1937: „Mir scheint die Zeit gekommen, daß in der Frage ‚Studentenwerk‘ Fraktur gearbeitet werden muss. Ich denke daran, das Studentenwerk für meine Person zu verlangen. Man wird nicht nachweisen können, daß Streit geeigneter ist als ich.“¹⁷⁷

Seine Kompetenzen überschreitend, formuliert Gustav Adolf Scheel noch vor der Unterstellung des Reichsstudentenwerks unter die Reichsstudentenführung in einem Schreiben an Reichswissenschaftsminister Bernhard Rust Forderungen für den Etat der studentischen Sozialfürsorge im Haushalt 1937/1938.¹⁷⁸

■ Zwei lange Jahre bis zur Übernahme des Reichsstudentenwerks

Weshalb aber dauert es trotz dieser Machtfülle und dieses Einflusses zwei Jahre, bis Scheel das Reichsstudentenwerk unterstellt wird?

Dies lässt sich nicht allein durch die bereits geschilderten langwierigen Diskussionen über das entsprechende Gesetz erklären. Hinzu kommt ein Machtkonflikt zwischen dem als schwach geltenden Rust und dem aufstrebenden Scheel.¹⁷⁹ Auch das Desinteresse Hitlers am akademischen Bereich und der späte Beginn einer NS-Hochschulpolitik nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten könnten hier verzögernd gewirkt haben.¹⁸⁰ Obwohl sich die Akzeptanz des Nationalsozialismus in der deutschen Gesellschaft rasch ausbreitet¹⁸¹, könnten Scheel und andere auch befürchtet haben, ein zu schneller „Umbau“

¹⁷³ BArch. Berlin NS 38/2771, unpaginiert (Gustav Adolf Scheel an Hanns Streit, 4. Dezember 1936). Vgl. bei: Franz-Willing, *Leben*, S. 36, die unsichere Angabe, das Reichsstudentenwerk habe unter Scheels Leitung etwa 560 Mitarbeiter umfasst.

¹⁷⁴ BArch. Berlin R 4901/912, Bl. 8 (Reichsstudentenwerk, Rundschreiben A Nr. 9/37 an die örtlichen Studentenwerke, 28. Januar 1937).

¹⁷⁵ BArch. Berlin NS 38/2771, unpaginiert (Heinz Franz an Hanns Streit, 8. Januar 1937). Zu Heinz Franz: Grüttner, *Studenten*, S. 507.

¹⁷⁶ Hier und für das Folgende: BArch. Berlin NS 38/2771, unpaginiert (Gustav Adolf Scheel an SA-Obersturmbannführer Werner Trumpf, 1. Februar 1937; Werner Trumpf an Gustav Adolf Scheel, 2. Februar 1937).

¹⁷⁷ BArch. Berlin NS 38/2771, unpaginiert (Gustav Adolf Scheel an SA-Obersturmbannführer Werner Trumpf, 1. Februar 1937). Vgl. im selben Bestand/3614, unpaginiert (Fritz Kubach an Werner Trumpf, 12. November 1936), Trumpf ist Leiter der Verbindungsstelle des Reichsstudentenführers in Berlin.

¹⁷⁸ BArch. Berlin R 4901/870, Bl. 45f. (Gustav Adolf Scheel an Bernhard Rust, 17. Februar 1937).

¹⁷⁹ Zu Rusts Rivalität mit dem Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund, vgl.: Giles, *Students*, S. 172.

¹⁸⁰ Grüttner, *Studenten*, S. 86ff.; Nagel, *Hitlers Bildungsreformer*, S. 281.

¹⁸¹ Vgl. Giles, *Students*, S. 9. Giles führt diese Politisierung auf eine Art soziales Nischendasein der überwiegend aus Mittelstand und Oberschicht stammenden Jungakademiker zurück.



2. Das Reichsstudentenwerk in der NS-Diktatur

2.2. Das Reichsstudentenwerk bis zum Zweiten Weltkrieg

der Verwaltung des Reichsstudentenwerks mit seinen etwa 1.100 Mitarbeitern¹⁸² im Sinne des Regimes würde Teile der Studentenschaft überfordern. Einige Formulierungen in der erwähnten Denkschrift Scheels von 1936 legen diesen Schluss nahe. Mit Blick auf die historische Entwicklung der studentischen Selbsthilfe und das Ziel eines ganzheitlichen Wissenschaftsverständnisses im Sinne einer nationalsozialistischen Weltanschauung schreibt Scheel: „Die Mitarbeit an der organisatorischen Neuordnung der Hochschule und der Gestaltung der Studien wurde zum sinnvollsten Aufgabengebiet der DSt [Deutsche Studentenschaft; d. Verf.]. Noch hütet [m]an sich davor, diese Arbeitsgebiete zu ‚politisieren‘. Eine Zusammenarbeit mit ehemaligen studentischen Führern, Dozenten und Vertretern von Ministerien u. a. wird angestrebt.“¹⁸³

1938 setzt dann eine neue Stufe der Zentralisierung der reichsweiten Förderung von Studierenden durch das Reichsstudentenwerk ein.¹⁸⁴ Alle entsprechenden Einrichtungen an Hochschulen werden dem Reichsstudentenwerk direkt unterstellt. Das Reichsstudentenwerk selbst ist zudem von nun an eine weisungsgebundene Unterorganisation der Reichsstudentenführung.

Unter der zentralen Steuerung aller studentischen Organisationen durch das neu geschaffene Amt des Reichsstudentenführers fungiert es nun als „Selbsthilfe- und Wirtschaftsorganisation des Deutschen Studententums. Ihm obliegt vor allem die Förderung befähigter Studenten“,¹⁸⁵ wie es im Entwurf einer Broschüre der Reichsstudentenführung für Abiturient/-innen heißt. Zugespitzt formuliert: Das Reichsstudentenwerk dient noch als Verteiler von Geldflüssen nach Maßgabe einer „Befähigung“ von Studierenden, die sich vorrangig nach deren geistiger

Nähe zum 25-Punkte-Programm der NSDAP bemisst.¹⁸⁶ Die propagierte „Selbstverwaltung“ kaschiert lediglich verbal den Durchgriff der NS-Diktatur mittels des Reichsstudentenführers.

Diese direkte Unterordnung des Reichsstudentenwerks unter den Reichsstudentenführer entspricht der schon vor dem Krieg beginnenden Praxis, Förderantrags- und Genehmigungsverfahren dem Verwaltungsapparat der Reichsstudentenführung und den ihr unterstellten Einheiten zu überlassen. Die operative materielle Umsetzung der Förderung bleibt dann dem Reichsstudentenwerk überlassen.¹⁸⁷

Im Bereich des Ausgleichsdienstes für Abiturient/-innen kann dies exemplarisch gut gezeigt werden. Dieser Dienst wird von Absolvent/-innen mit Hochschulreife versehen, die als nicht tauglich für Arbeits- und/oder Wehrdienst gelten. Die Beauftragten der Deutschen Studentenschaft beurteilen die Teilnehmer/-innen am Ausgleichsdienst oder holen von deren Arbeitgebern Zeugnisse ein. Auf Grundlage dieser Bewertungen fördert dann das Reichsstudentenwerk die ausgewählten studierwilligen Abiturient/-innen nach dem Ausgleichsdienst.¹⁸⁸

■ Reichsstudentenwerk und Gustav Adolf Scheel

Wer ist der Mann, der das Reichsstudentenwerk von nun an maßgeblich führen soll?

Gustav Adolf Scheel, im November 1936 von Rudolf Heß und Reichswissenschaftsminister Bernhard Rust¹⁸⁹ zum Reichsstudentenführer ernannt,¹⁹⁰ ist seit Ende der 1920er-Jahre Nationalsozialist. Er studiert seit 1928 zunächst Nationalökonomie,

¹⁸² Hachmeister, Schleyer, S. 157.

¹⁸³ Hier und für das Folgende: BArch, Berlin NS 38/1, nach Bl. 85: unpaginierter Teil der Akte an deren Ende (Gustav Adolf Scheel, Die Neuordnung des deutschen Studententums, vermutlich 1936; Geschäftsverteilungspläne, die der genannten Denkschrift Scheels zugeordnet gewesen sein dürften), S. 12 der Denkschrift. Unwahrscheinlich erscheint hingegen, dass der Verdacht auf finanzielle Unregelmäßigkeiten beim Führungsdienst des Reichsstudentenwerks während der Sommerolympiade 1936 als Grund für die zeitlich verzögerte Eingliederung diene. Hierzu: BArch, Berlin NS 38/1482. Der Führungsdienst bot Studierenden Verdienstmöglichkeiten als Stadt-/Touristenführer bei Museen, bei der Organisation „Kraft durch Freude“ oder bei Großveranstaltungen wie den Olympischen Spielen. Vgl. zum Verständnis Scheels von Wissenschaft und studentischer Ausbildung im selben Bestand/3667, unpaginiert (Fritz Kubach an diverse „Parteigenossen“ in der Reichsstudentenführung, 4. Juni 1938 nebst einem Entwurf von Gustav Adolf Scheel für seine Rede auf dem anstehenden ersten Reichsstudententag).

¹⁸⁴ Hier und für das Folgende: BArch, Berlin NS 38/1, 26-29 (Gesetz über das Reichsstudentenwerk, 6. Juli 1938, erlassen von Adolf Hitler mit rückwirkender Geltung ab 1. April des Jahres).

¹⁸⁵ BArch, Berlin NS 38/2317, ohne Paginierung (Leiter des Amtes Politische Erziehung bei der Reichsstudentenführung, Entwurf eines Hefts für den Beratungsdienst, 7. November 1938), S. 4f. des Dokuments.

¹⁸⁶ Vgl. BArch, Berlin NS 38/2317, ohne Paginierung (Leiter des Amtes Politische Erziehung bei der Reichsstudentenführung, Entwurf eines Hefts für den Beratungsdienst, 7. November 1938), S. 7 des Dokuments.

¹⁸⁷ Ein gutes Beispiel hierfür ist schon die Vorstudienausbildungsförderung: BArch, Berlin NS 38/1, Bl. 82f. Vgl. allerdings Pläne zu einer zentralen Kartotheke für die berufliche Förderung Studierender im Reichsstudentenwerk: BArch, Berlin NS 38/2786, unpaginiert (Gerhard Krüger [?], Protokoll einer Beratung mit der Leitung des Reichsstudentenwerks, 23. September 1935).

¹⁸⁸ BArch, Berlin NS 38/2779, unpaginiert (Otto Reise, Reichsstudentenwerk an das Hauptamt III der Deutschen Studentenschaft, 3. Juni 1936, nebst beigelegtem Prüfformular); vgl. im selben Bestand/2304, unpaginiert (Reichsstudentenwerk, Merkblatt über Arbeits-, Wehr- und Ausgleichsdienst, undatiert [1942]).

¹⁸⁹ BArch, Berlin NS 38/1, Bl. 35. Vgl. zu Konflikten zwischen Frick und Heß mit Bezug auf die Tätigkeitsfelder des Deutschen Studentenwerks/Reichsstudentenwerks schon: BArch, Berlin NS 38/2771, unpaginiert (Hanns Streit, Niederschrift über das Telefongespräch mit Dr. Stäbel, 20. März 1934).

¹⁹⁰ Vgl.: Grüttner, Studenten, S. 94ff., 511f.; Birgit Arnold, „Deutscher Student, es ist nicht nötig, daß Du lebst, wohl aber, daß Du Deine Pflicht gegenüber Deinem Volk erfüllst.“ Gustav Adolf Scheel, Reichsstudentenführer und Gauleiter von Salzburg, in: Michael Kißener u. a. (Hg.), Die Führer der Provinz. NS-Biographien aus Baden und Württemberg, Konstanz 1997, S. 567-594; Philipp T. Haase, Gustav Adolf Scheel. Studentenfürer, Gauleiter, Verschwörer. Ein politischer Werdegang, in: Wolfgang Prose (Hg.), Täter, Helfer, Trittbrettfahrer, Bd. 8, Gerstetten 2018, S. 295-325. Vgl. als „Materialsteinbruch“ weitere biografische Details in der revisionistischen Biografie: Franz-Willing, Leben. Hier wird Scheel als Retter verfolgter Juden, Humanist, Gegner von Christenverfolgung im NS sowie als Mitglied eines Demokratie-sichernden SD gezeichnet; vgl. im genannten Werk: S. 16, 26f., 34f., 41, 47f.



2. Das Reichsstudentenwerk in der NS-Diktatur

2.2. Das Reichsstudentenwerk bis zum Zweiten Weltkrieg

Theologie sowie Rechtswissenschaft.¹⁹¹ Seit 1929 ist Scheel Mitglied des NSDStB, 1930 tritt er der SA und der NSDAP bei. An der Universität Heidelberg, kurzzeitig auch in Tübingen, belegt er zudem Veranstaltungen in Medizin und beendet dieses Studium 1934 mit einer Promotion. Seit 1933 lenkt er von Heidelberg aus die Deutsche Studentenschaft im Kreis Baden-Pfalz-Hessen.¹⁹² Im Jahr darauf wird er Mitglied der SS und hauptamtlicher Mitarbeiter des SD. Von 1935 bis 1939 leitet er von Stuttgart aus den SD-Oberabschnitt Südwest. 1936 vereint er als neu ernannter Reichsstudentenführer¹⁹³ die Leitung der Deutschen Studentenschaft sowie des Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbunds.¹⁹⁴ 1940 wird er zudem Befehlshaber von SIPO (der Sicherheitspolizei) und SD im Elsass, wo er an der Deportation von Juden beteiligt ist.¹⁹⁵ Im Jahr darauf wird er Gauleiter und Reichsstatthalter in Salzburg.¹⁹⁶ In seinem Politischen Testament vom 29. April 1945 sieht Hitler in Scheel sogar den zukünftigen Kultusminister des Reichs.¹⁹⁷

Scheels Karriere ist von zwei Momenten bestimmt. Erstens häuft er, ähnlich vielen anderen NS-Amtsträgern, verschiedenste Funktionen an. Sein Ziel ist es, die Kontrolle des NS-Systems über den Wissenschaftsbereich möglichst in seiner Person zu bündeln. Ende 1938 ist Scheel mit seinen verschiedenen Funktionen und Ämtern im Gefüge des NS-Staates bereits unanfechtbar positioniert: Als gegen ihn nicht mehr rekonstruierbare Vorwürfe laut werden, kann er es sich leisten, in einem Schreiben an Adolf Hitler selbst ein klärendes Parteigerichtungsverfahren zu verlangen.¹⁹⁸ Zweitens: Um das Ziel der Kontrolle über den Wissenschaftsbetrieb zu erreichen, aber auch um den SS-Verfolgungsapparat zu stärken, betätigt sich Scheel als befähigter Netzwerker.¹⁹⁹ Seine akademischen Kameradschaften aus Heidelberg, seine Kontakte aus dem Kreis der SS und des SD nutzt er, um in wechselwirksamen Prozessen durch „Nach-

wuchsförderung“ eine eigene Anhängerschaft in zentralen Positionen zu wissen.

■ Reichsstudentenführer und Förderpraxis für Studierende

Wie sieht Scheels Verständnis von Studententum und Hochschulpolitik aus?

Dies offenbart eine Rede, die er auf einer Pressekonferenz am 8. Juli 1938 hält.²⁰⁰ Scheel nennt drei Grundsätze: Wichtig seien „Kameradschaftserziehung“, für ihn die Kleinform der „Volksgemeinschaft“, und die nationalsozialistische Gesinnung der Studierenden. Als dritten Punkt erwähnt Scheel die „sozialistische Auslese“. In seinem Verständnis ist hiermit die Bildung von akademischen Eliten für Politik und Wirtschaft gemeint. Scheel nennt vor den Journalisten exemplarisch den Diplomatischen Dienst.

Seine Auffassung von Wissenschaft, Studententum und so auch der Förderpraxis geht über die Einbindung des zu fördernden Studenten in die rasseideologisch definierte „Volksgemeinschaft“ und in das Gefüge der NS-Diktatur hinaus, wie sie etwa der NSDAP-Parteiideologe Alfred Rosenberg ausdrückt: „[Es] wird die Hochschule ein Hort nationalsozialistischer Weltanschauung sein.“²⁰¹ Denn in seiner NS-Karriere greift Scheel nach einem weiteren Amt: Seit Ende 1935 ist er – wie erwähnt – Leiter im SD-Oberabschnitt Südwest. Hier fördert er zielgerichtet Mitarbeiter, die er kurz darauf als Führungspersonal für das Reichssicherheitshauptamt (RSHA) und seine Ämter einzusetzen vermag. Zu ihnen gehört auch das SS-Mitglied Franz Alfred Six, der gemeinsam mit Scheel an der Universität Heidelberg studiert hat.²⁰²

¹⁹¹ Hier und für das Folgende zu Scheel: Michael Wildt, *Generation des Unbedingten. Das Führungskorps des Reichssicherheitshauptamts*, aktualisierte Neuauflage, Hamburg 2003, S. 172ff., 364ff. Vgl. BArch. Berlin NS 38/1, Bl. 35 (Heinrich Himmler, Gratulation wegen der Ernennung zum Reichsstudentenführer an Gustav Adolf Scheel, 7. November 1936). Vgl. Friedhelm Golücke (Hg.), *Korporationen im Nationalsozialismus*, Schernfeld 1989, S. 180ff.

¹⁹² BArch. Berlin R 129/1038, unpaginiert (Oskar Stäbel, Rundschreiben A 2/1933-34, 25. Oktober 1933).

¹⁹³ Zum organisatorischen Aufbau: Gustav Adolf Scheel, *Die Reichsstudentenführung. Arbeit und Organisation des deutschen Studententums*, Berlin 1938.

¹⁹⁴ BArch. Berlin NS 38/2252, unpaginiert (Bernhard Rust an Gustav Adolf Scheel, 7. Dezember 1936). Zu den Konflikten zwischen beiden Studentenvereinigungen vgl. auch im selben Bestand/4068, unpaginiert (O. A., Protokoll der Amtsleiterbesprechung bei der Deutschen Studentenschaft, 24. September 1936).

¹⁹⁵ Wildt, *Generation*, S. 526-528.

¹⁹⁶ Vgl. Wildt, *Generation*, S. 173: Scheel ist zunächst Höherer SS- und Polizeiführer (HSSPF) in Salzburg. Er gibt diese Funktion jedoch zugunsten derjenigen des Gauleiters und des Reichsstatthalters auf. Vgl. BArch. Berlin R 43-II/1390 c, Bl. 2-25, 30, 32, 36.

¹⁹⁷ Wildt, *Generation*, S. 732. Vgl. Nagel, *Hitlers Bildungsreformer*, S. 357ff.

¹⁹⁸ Vgl. BArch. Berlin NS 10/66, Bl. 18 (Gustav Adolf Scheel an Adolf Hitler, 13. Dezember 1938). Vgl. im selben Archiv R 4901/1583, bes.: Bl. 106-108, zu einer Eingabe Gustav Scheels an Adolf Hitler vom 14. April 1937. Scheel setzt sich für eine Begnadigung des wegen Fahrens unter Alkoholeinfluss, Körperverletzung und Fahrerflucht in Haft sitzenden Andres Feickert mit ein. Feickert wird in der Folge unter Bewährungsaufgaben vorzeitig aus dem Gefängnis entlassen. Vgl. Grüttnner, *Studenten*, S. 507.

¹⁹⁹ Hier und für das Folgende: Wildt, *Generation*, S. 84, 170ff., 178f.; Hachmeister, Schleyer, S. 89ff., 100ff., 136ff.

²⁰⁰ BArch. Berlin R 149/18, ohne Paginierung ([?] Pohle, Rede von Dr. Scheel, Reichsstudentenführer, auf der Presse-Konferenz am 8.7.1938, 9. August 1938).

²⁰¹ BArch Berlin NS 38/2260, Bl. 1f. (Alfred Rosenberg, *Das Ziel der deutschen Hochschule*, Typoskript, um 1938), hier: Bl. 2. Vgl. schon BArch. Berlin NS 38/4161, unpaginiert (Adolf Hitler, Studentenschaft und Politik. Zum Kampf um die deutsche Studentenschaft, 1927, publiziert durch den Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund: 1937).

²⁰² Vgl. die Vielzahl an Mitarbeitern mit SS-Zugehörigkeit, die Scheel als zukünftiges Führungspersonal im Reichsstudentenwerk bereits im November 1936 vorschlägt: BArch. Berlin R 4901/894, Bl. 93f. Erwähnenswert ist in diesem Kontext zudem Martin Sandberger, Mitglied der SS und Beauftragter des Reichsstudentenführers für Verfassungsfragen. Vgl. im selben Archiv NS 38/3635, unpaginiert (Gustav Adolf Scheel an Rudolf Baessler, Gaustudentenführer in Stuttgart, 23. Mai 1938).

2. Das Reichsstudentenwerk in der NS-Diktatur

2.2. Das Reichsstudentenwerk bis zum Zweiten Weltkrieg

Scheel und Six veröffentlichen schon im Oktober 1934 jeweils einen Aufsatz zur Neugestaltung des Ausbildungswesens für Studierende in den Süddeutschen Monatsheften.²⁰³ Beide fordern in ihren Ausführungen eine gänzliche Umformung der Hochschullandschaft im Sinne des NS-Staats. „Auslese“ soll sich dabei bereits im Konstrukt der „Volksgemeinschaft“ vollziehen. Die angestrebte Gemeinschaftsbindung im NS-Rassestaat wird dabei vor allem von Scheel aus dem Erlebnis des Ersten Weltkriegs hergeleitet.²⁰⁴

Six fordert seit 1939 ein Amt für die weltanschauliche Gegenforschung im RSHA.²⁰⁵ Bereits zuvor ist sein Wissenschaftsverständnis darauf ausgerichtet, akademisches Personal für eine Art Thinktank im RSHA zu gewinnen. In diesem Sinne dürfte seine Beantragung von Forschungsgeldern für den Aufbau eines Instituts zur politischen Zeit- und Geistesgeschichte an der Universität Berlin bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft zu verstehen sein.²⁰⁶ In dem von Reichsstudentenwerk und Deutscher Studentenschaft gemeinschaftlich herausgegebenen „Deutschen Hochschulführer“ von 1935 äußert er sich erneut zum Verständnis von Studium und Wissenschaft im NS-Staat: „Um die deutsche Hochschule wieder zu ihrer alten Stellung in Volk und Staat zurückzuführen, wird ihr eine politische Aufgabe gestellt. Dazu ist notwendig, daß die deutsche Hochschule in dem Kampf und der Not des Volkes steht und eine unmittelbare Berührung mit Mensch und Boden besitzt, in dem sie liegt, eben mit der Landschaft. Erst aus dieser gegenseitigen Verbundenheit kann die deutsche Hochschule wieder zum politischen und geistigen Kraftquell eines politischen Raumes werden.“²⁰⁷



Propagandafoto: Studenten in Frankfurt a. M. auf dem Weg zum Reichsparteitag der NSDAP in Nürnberg, 1938
Quelle: JB, S. 50

Zu jener Zeit wird Six, damals Hauptamtsleiter für Presse, Buch und Propaganda, auch Beauftragter zur Gründung der Gruppe „Film Nationalsozialistischer Studenten“ bei der Deutschen Studentenschaft.²⁰⁸

Six und Scheel fordern nicht nur eine radikale Politisierung jedweder Wissenschaft im Sinne der NS-Ideologie. Der akademische Betrieb dient den beiden Funktionären der SS, die selbst nur wenige Angebote an Studenten macht²⁰⁹, als Kaderschmiede für das sich elitär verstehende Personal des RSHA und seines Verfolgungsapparats.²¹⁰ In diesem Sinne fordert Scheel 1938 von den Studenten: „Lebe dem Führer nach!“²¹¹ Was das seiner Ansicht nach bedeutet, führt er wenige Zeilen später aus: „Im Lebenskampf unseres Volkes um seine Zukunft sind drei große Aufgaben gestellt. Der Kampf gegen die weltanschaulichen Gegner des Nationalsozialismus, der Kampf des deutschen Volkstums an den

²⁰³ BArch. Berlin NS 38/3569, unpaginiert (Gustav Adolf Scheel, Student und Hochschule, sowie Franz A. Six, Die Studentenschaft als Träger der Hochschulrevolution, jeweils in: Süddeutsche Monatshefte Oktober (1934), S. 15-19 (Scheel), 19-24 (Six), hier und für das Folgende. Vgl. im selben Archiv R 8088/1152, unpaginiert (Franz A. Six, Die Deutsche Studentenschaft 1919-1935, in: Dst. Pressedienst, 14. März 1935); vgl. im selben Archiv R 4901/912, Bl. 21.

²⁰⁴ Vgl. dies auch bei: Franz Alfred Six – BArch. Berlin R 128/1003, Bl. 125; Andreas Feickert – im selben Archiv R 8088/1152, Bl. 23f., 36-38.

²⁰⁵ Wildt, Generation, S. 364ff.

²⁰⁶ BArch. Berlin R 73/14779.

²⁰⁷ BArch Berlin NS 38/2072, unpaginiert (Franz A. Six, Geschichte und Aufgaben der Deutschen Studentenschaft, undatiert [um 1934/1935], hier: S. 4 des Typoskripts. Vgl. im selben Bestand/2407, Bl. 1ff., der Text ist 1935 im Deutschen Hochschulführer erschienen. Vgl. im selben Bestand/2127, unpaginiert (Franz A. Six, Front junge Wissenschaft. Der wissenschaftliche Arbeitsplan der Deutschen Studentenschaft, undatiert [1934]). Vgl. im selben Bestand/2780, unpaginiert, zu Überlegungen von Six zu einer Tagung über Fragen der Begabtenförderung vom 23.-27. April 1935 in Freiburg i. B. Vgl. die Artikel von Six zum Hochschulwesen, in: im selben Bestand/3771. Vgl.: Jarausch, Studenten, S. 200f.

²⁰⁸ BArch. Berlin NS 38/2142, unpaginiert (Reichsführer der Deutschen Studentenschaft an den Hauptamtsleiter für Presse, Buch und Propaganda, Franz A. Six, 8. Dezember 1934).

²⁰⁹ Vgl. BArch. Berlin NS 21/760, zur Gründung des Studentenkampfschutzes Germanien durch die Stiftung „Deutsches Ahnenerbe e. V.“ 1936. Vgl. zu Bemühungen ab 1942, das „Ahnenerbe“ zur zentralen Wissenschaftseinrichtung der SS vor allem in Konkurrenz zu Einrichtungen der NSDAP werden zu lassen: BArch. Berlin NS 21/943.

²¹⁰ Vgl. etwa: Wildt, Generation, S. 84, 170ff., 178f. Hier und für das Folgende: BArch. Berlin NS 38/1, nach Bl. 85: unpaginierter Teil der Akte an deren Ende (Gustav Adolf Scheel, Die Neuordnung des deutschen Studententums, vermutlich 1936; Geschäftsverteilungspläne, die der genannten Denkschrift Scheels zugeordnet gewesen sein dürften), siehe S. 9ff. der Denkschrift. Unter den Personalsvorschlägen für die zukünftigen Leitungspositionen beim Reichsstudentenführer finden sich zahlreiche höhere SS-Angehörige, darunter auch Six. Vgl. im selben Bestand/2317, unpaginiert (Reichsfachgruppenleiter Kulturwissenschaft beim Reichsstudentenführer zu zwei Texten von Friedrich Murawski über den Katholizismus zur Publikation in „Kameradschaft“ an das dortige Amt Politische Erziehung, 30. April 1938). Der seinerzeitige SS-Obersturmführer Friedrich Murawski ist von 1941 bis 1943 Leiter des Referats VII B 2 im RSHA (Politische Kirche) unter Franz A. Six. Die Abhandlungen sind in der Akte nicht überliefert. Vgl. in derselben Akte (Leiter des Amts Wissenschaft und Forschung beim Reichsstudentenführer an das Rechts- und Gerichtsamt der NSDAP, 21. September 1937). Der Verfasser des Schreibens verweist auf eine übersandte Abhandlung des RFSS, die in der Akte jedoch fehlt. Vgl. im selben Bestand/2970, unpaginiert (Deutsche Studentenschaft, Hauptamt für Wissenschaft an Franz A. Six, 8. Januar 1935): Übersandt wird das Programm einer Tagung an der Universität Heidelberg am 26./27. Januar 1935 zum Thema „Hochschulauslese“. Zu Beginn der Tagung soll Six über „Grundsätzliches zur Hochschulauslese“ referieren. Dr. [?] Segler soll einen Vortrag mit dem Titel „Auslesegrundsätze der SS“ halten. Vgl. im selben Archiv NS 38/3714, unpaginiert (Fritz Kubach an SS-Hauptführer Arnold Brüggemann, 14. November 1936). Kubach schildert, dass Scheel Franz, Six und andere in sein Amt als Reichsstudentenführer „mitgenommen“ habe. Nun solle auch Brüggemann zu diesem Kreis zählen. Im selben Bestand/5478, unpaginiert (Reichsstudentenführer, Informationsdienst, 17. Mai 1939).

²¹¹ Gustav Adolf Scheel, Die Reichsstudentenführung. Arbeit und Organisation des deutschen Studententums, Berlin 1938, S. 13.



2. Das Reichsstudentenwerk in der NS-Diktatur

2.2. Das Reichsstudentenwerk bis zum Zweiten Weltkrieg

deutschen Grenzen, insbesondere im Osten und im Ausland, und schließlich die Verwirklichung des Sozialismus in der Volksgemeinschaft.“²¹² Der angehende Akademiker wird in dieser Vorstellungswelt zum staats- und parteitreuen Kämpfer gegen vermeintliche Feinde von innen und außen.

■ Reichsstudentenführer und Verfolgungspraxis

Nicht nur die Unterstützung von Nachwuchskadern für den Verfolgungsapparat ist Gustav Adolf Scheel also wichtig, sondern auch die Verfolgung selbst. In einer Ansprache auf einer Kundgebung des NS-Altherrenbunds am 23. Juni 1938 auf dem Deutschen Studententag in Heidelberg äußert er sich befriedigt über die Ausgrenzung Anderdenkender: „Es ist mir eine Freude und Genugtuung, dass unter die Bereinigung der abseitsstehenden Kräfte des Altherrentums in diesen Tagen ein endgültiger Schlußstrich gezogen wurde. Der Reichsführer SS und Chef der deutschen Polizei hat am Vormittag des ersten Tages unseres ersten Großdeutschen Studententages sämtliche katholischen Studentenverbände und Altherrenverbände mit ihren sämtlichen Untergliederungen verboten und ihre Wiedererichtung unter Strafe gestellt. Ihr Vermögen wird der Aufbauarbeit unseres nationalsozialistischen Studententums zufließen [...] Ich danke in dieser Stunde ganz besonders dem Reichsführer SS, daß er diesen historischen Schlußstrich in diesen Tagen gezogen hat.“²¹³

Im selben Jahr erklärt Scheel zu den Umgestaltungen im akademischen Bereich seit 1933: „Wir lehnten [...] den ganzen bürgerlich-dünkelhaften Schwindel parlamentarischer Schwätzererei ab und wollten nichts anderes, als ihre Vertreter zum Teufel jagen. Unser Ehrgeiz war [...] diese Hochschule von

Grund auf zu säubern und nach den Grundsätzen unserer Weltanschauung zu erneuern.“²¹⁴

Zur Bekämpfung von Gegnern des Nationalsozialismus, besser: Gegnern des von ihm vertretenen SS-Netzwerks, sorgt Scheel um 1944 zudem auch im Bereich der Reichsstudentenführung wie auch beim NS-Dozentenbund für eine eigens hierzu beauftragte Person.²¹⁵ Scheels Beteiligung an der Erstellung einer reichsweiten Dozentenkartei, die seinem Zugriff untersteht, deutet in die gleiche Richtung.²¹⁶

Viele Veränderungen, die sich in der Umgestaltung der Wissenschaft durch die NS-Diktatur ausmachen lassen, können auch für den hiermit vernetzten Bereich der Studentenförderung festgestellt werden. Hierzu zählen: politische „Säuberung“, die Einführung des „Führerprinzips“ im Zuge einer „Gleichschaltung“ sowie die Orientierung an rasseideologisch definierten „völkischen“ Förder-Kriterien im Sinne des Rahmenkonstrukts einer „Volksgemeinschaft“, die in der Verfolgung von Menschen handlungsleitend werden.²¹⁷ Diese Prozesse führen zur Vermischung von Herrschaftszugriffen staatlicher und parteilicher Organe wie auch zu den im NS-Staat typischen Hierarchie- und Kompetenzkonflikten.²¹⁸

²¹² Scheel, Reichsstudentenführung, S. 13f.

²¹³ BArch. Berlin NS 38/3786, unpaginiert (Gustav Adolf Scheel, Rede vor dem NS-Altherrenbund, 23. Juni 1938), Zitat, S. 6 des Dokuments. In der Akte finden sich weitere Reden Scheels. In die Richtung einer Zusammenarbeit mit der SS bei der Verfolgung von Kirchenleuten weist auch ein Brief des SS- und SD-Mitglieds Albert Prinzing von der Universität Heidelberg an Gustav Adolf Scheel vom 12. November 1937 hin: Bundesarchiv Berlin NS 38/3637, unpaginiert.

²¹⁴ BArch. Berlin NS 38/3786, unpaginiert (Gustav Adolf Scheel, Rede auf der Kundgebung des NSDStB. Während des NSDAP-Reichsparteitags, undatiert [zwischen 5. und 12. September 1938]), Zitat, S. 8 des Dokuments.

²¹⁵ BArch. Berlin R 26-III/42, Bl. 8.

²¹⁶ BArch. Berlin R 26-III/42.

²¹⁷ Exemplarisch: BArch. Berlin NS 38/2786, unpaginiert (Andreas Feickert an das Deutsche Studentenwerk e. V., 23. November 1934; Andreas Feickert, Reichsführer der Deutschen Studentenschaft, an Gerhard Adam, Mitglied der Leitung des Reichsstudentenwerks, 18. März 1935).

²¹⁸ Exemplarisch: BArch. Berlin NS 38/2786, unpaginiert (Siegfried Richter an [?] Sinapius, undatiert [Frühjahr 1933]; Martin Lehmann an Gerhard Krüger, 13. April 1933). Die genannten und weitere Dokumente in der Akte belegen, wie in der Universität Berlin unter Studenten und Amtsträgern studentischer und akademischer Organe mit Beteiligung des Deutschen Studentenwerks e. V. ein vielschichtiger Konflikt um die Frage einsetzt, ob Einrichtungen wie etwa die Studienstiftung des deutschen Volkes ausreichend „gesäubert“ worden seien. Vgl.: Peter Lundgreen, Hochschulpolitik und Wissenschaft im Dritten Reich, in: Ders.: Wissenschaft im Dritten Reich, Frankfurt a. M. 1985, S. 9-30; Michael Wildt, „Volksgemeinschaft“, in: <http://docupedia.de/zg/Volksgemeinschaft> [Abruf: 19. Mai 2019].

3. Das Reichsstudentenwerk im Zweiten Weltkrieg

3.1. Die Militarisierung der Förderung



SA-Studenten in Münster, vermutlich 1933
Quelle: Chronik des Studentenwerks Münster 1922-1997, S. 19

Die Gesellschaft im nationalsozialistischen Deutschland ist seit 1933 einer zunehmenden Militarisierung unterworfen. Das gilt auch für die Handlungsfelder des Reichsstudentenwerks. Diese Tendenz verstärkt sich seit Beginn des Zweiten Weltkriegs im September 1939.

Schon vor Eintritt von Kampfhandlungen unterstützt das Reichsstudentenwerk Studierende, die kriegsbedingt von sozialen Erschwernissen betroffen sind.²¹⁹ Bei Studierenden, die an der Westgrenze des Reichsgebiets in Aufmarschzonen der Wehrmacht ihren Aufenthaltsort räumen müssen, wird auf den Nachweis der nationalsozialistischen Gesinnung und/oder der akademischen Befähigung als Voraussetzungen einer Förderung verzichtet.²²⁰ Die seit 1933 forcierte Betonung von Sport und

Kameradschaft erweist sich als passgenau für den verstärkten Einsatz von Studenten beim Militär seit 1939. Allerdings treten Fragen der (Un-)Vereinbarkeit von Studium und Frontdienst in den Vordergrund.²²¹

■ Ämter und Propaganda

Auch während des Zweiten Weltkriegs bekleidet Gustav Adolf Scheel weiterhin das Amt des Reichsstudentenführers.²²² Das Tagesgeschäft überlässt er jedoch zu jener Zeit eher seinem Stellvertreter Fritz Kubach.²²³ Der Mathematiker und Wissenschaftshistoriker Kubach stammt ebenfalls aus Scheels Netzwerk an der Universität Heidelberg wie aus den Verbindungen im SD der SS.²²⁴ Der bisherige Leiter des Amtes Wissenschaft und

²¹⁹ Einen guten Überblick über die Arbeit des Reichsstudentenwerks bietet: Reichsstudentenwerk (Hg.), Bericht über die Arbeit im Kriege, Berlin 1941.

²²⁰ BArch. Berlin R 4901/914, Bl. 70f. (Reichsstudentenwerk, Rundschreiben Nr. 75/39 an alle örtlichen Studentenwerke, 23. Oktober 1939).

²²¹ BArch. Berlin NS 38/2119, unpaginiert (Fritz Kubach, Feldpostgrundbrief, 25. September 1940). Dies gilt etwa für die vor dem Studium ableistbare Wehrzeit oder Fragen zu Beurlaubungen vom Militär.

²²² Vgl. Texte von Scheel und Presseberichte über ihn aus der Zeit des Zweiten Weltkriegs, in: BArch. Berlin R 4902/1421; im selben Archiv R 8034-III/403.

²²³ BArch. Berlin R 4901/914, Bl. 136 (Reichsstudentenwerk, Rundschreiben Nr. 45/40, 7. Juni 1940).

²²⁴ Grüttner, Studenten, S. 509. Kubach promoviert über Johannes Kepler als Mathematiker. Vgl. zur Förderung einer von Kubach mit herausgegebenen Gesamtausgabe der Werke von Nikolaus Kopernikus durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft seit 1942: BArch. Berlin R 73/12464. Vgl. zur Universität Heidelberg als personellem Referenzpunkt Scheels: Franz-Willing, Leben, S. 15.



3. Das Reichsstudentenwerk im Zweiten Weltkrieg

3.1. Die Militarisierung der Förderung

Facherziehung bei der Reichstudentenführung²²⁵ fungiert 1940/1941 als der bevollmächtigte Vertreter des Reichsstudentenführers im Kriege.²²⁶

Ein wichtiges Propaganda- und Informationsmittel stellen in dieser Zeit die Feldpostrundbriefe der Reichsstudentenführung dar. So schreibt Kubach in einer dieser Postillen enthusiastisch: „Als Wichtigstes darf ich Euch mitteilen, daß der Reichsstudentenführer, unser Kamerad Scheel, seit kurzem, nach abgeschlossener Grundausbildung aus der Luftwaffe beurlaubt ist und neue Aufgaben als Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD im besetzten Gebiet Frankreichs übernommen hat. Kamerad Scheel wurde außerdem zum Unterarzt befördert. Wir beglückwünschen ihn alle recht herzlich hierzu und wünschen ihm für seine neuen großen Aufgaben vollen Erfolg.“²²⁷

Scheel ist derweil bemüht, seine Position als zukünftiger Gauleiter von Salzburg auszubauen. Am 15. Oktober 1941 plädiert er gegenüber dem Reichsführer SS, Heinrich Himmler, dafür, die Führung „seines“ Gaus mit der vakanten Gauleitung von Kärnten zusammenzulegen. Die Antwort Himmler fällt eindeutig ablehnend aus: „Lieber Scheel, ... Legen Sie lieber Ihre Finger auf eine glühende Herdplatte, bevor Sie sich um die Frage Kärnten oder Salzburg auch nur in Gedanken kümmern. [...] Es ist ausdrückliches auf mehrmalige Frage und auf mehrmalige Vorschläge ausgesprochenes Gesetz und klarer Wille des Führers, daß der kleine Gau Salzburg bleibt.“²²⁸ Am 24. November 1941 wird Scheel seiner Stellung als Höherer SS und Polizeiführer Alpenland enthoben und zum Gauleiter von Salzburg ernannt.²²⁹

Trotz seiner neuen Aufgabe findet er im Verlauf des Kriegs noch Zeit, eigenhändig einige der erwähnten Feldpostrundbriefe der Reichsstudentenführung zu verfassen. 1943 gibt er Durchhalteparolen aus: „So kann ich Euch heute in meinem Feld-

postbrief meinen unmittelbaren Eindruck vom Führer weitergeben, den ich [...] empfangen habe. Der Führer ist von größter Siegeszuversicht erfüllt und strahlt eine ungeheure Glaubenskraft auf alle aus, die bei ihm sind.“²³⁰ In Reden und Presseartikeln der späten Kriegszeit erweist sich Scheel erneut als glühender Nationalsozialist, Antisemit und Kommunistenhasser. In seinen Plädoyers für den „Endsieg“ schreckt er nicht davor zurück, vermeintlichen „Drückebergern“ die Hinrichtung anzudrohen.²³¹

Sein Stellvertreter Kubach, zu jener Zeit auch Oberbereichsleiter der NSDAP, entwickelt im Dialog mit Wolfram Heinrich Friedrich Sievers, dem Reichsgeschäftsführer der SS-Stiftung „Ahnenerbe“, die Idee von „Soldatenbriefen“.²³² Analog zu den Feldpost-rundbriefen überlegt man, Abiturienten wie Studenten in Wehrmachts- und SS-Einheiten kurze Bildungsinformationen aus verschiedenen Disziplinen zukommen zu lassen. Es wird erwogen, die Lektüre dieser Hefte auf spätere Studienleistungen anzurechnen. Kubach fungiert im Auftrag von Scheel schließlich als Herausgeber der Studienführer der Schriftenreihe zur Einführung in das gesamte wissenschaftliche Studium, die im Heidelberger Verlag Carl Winter erscheint. Als Gesamtherausgeber unterstehen ihm einzelne Editoren für bestimmte Wissenschaftsfelder. Im Bereich der Geisteswissenschaften ist dies Walther Wüst, von 1937 bis 1939 Präsident der von der SS gegründeten Forschungsgemeinschaft Deutsches Ahnenerbe e. V.

■ Veränderungen in den Kriegsjahren

Das Reichsstudentenwerk führt in der Kriegssituation weitere Förderinstrumente für die im Kriegsdienst stehenden Studenten ein, beziehungsweise kombiniert seine Förderangebote mit den Erfordernissen der massenhaften Einberufungen zur Wehrmacht. Ein gutes Beispiel hierfür ist der Ausbau des seit 1934 existenten „Langemarck-Studiums“.²³³ Anknüpfend an den Langemarck-Kult der Zwischenkriegszeit soll sich dieses Stipendium

²²⁵ Vgl. schon in dieser Funktion zu Sondervollmachten: BArch. Berlin NS 38/3714, unpaginiert (Gustav Adolf Scheel an Fritz Kubach, 8. Januar 1937). Kubach erhält die Vollmacht zur Beurteilung aller Rektorenstellen an Universitäten im Reich.

²²⁶ BArch. Berlin NS 21/943, unpaginiert (SS-Hauptsturmführer Fritz H. Schwalm, Vermerk zur Unterredung mit SS-Obersturmbannführer Rössner, 23. Februar 1945).

²²⁷ BArch. Berlin NS 38/2119, unpaginiert (Fritz Kubach, Feldpostrundbrief, 20. Juli 1940).

²²⁸ BArch. Berlin NS 19/2229, Bll. 2f., Zitat: Bl. 3 (Gustav Adolf Scheel an Heinrich Himmler, 15. Oktober 1941; Heinrich Himmler an Gustav Adolf Scheel, 22. November 1941). Vgl. in derselben Akte, Bll. 4

²²⁹ BArch. Berlin NS 19/2229, Bll. 8, 10. Vgl. in derselben Akte, Bll. 27-29. Vgl. im selben Archiv R 4901/915,

Bll. 163, 205, zur kurz darauf stattfindenden 20-Jahrfeier des Studentenwerks, auf der auch Joseph Goebbels spricht.

²³⁰ BArch Berlin NS 38/2304, unpaginiert (Gustav Adolf Scheel, erster Feldpostbrief des Reichsstudentenführers, 1. Mai 1943).

²³¹ Vgl. hierzu die Sammlung von Artikeln und Reden Scheels aus den späten Kriegsjahren: BArch. Berlin R 8034-III/403, Bll. 101ff.

²³² BArch. Berlin NS 21/296, hier und für das Folgende.

²³³ BArch. Berlin NS 38/1, Bll. 84f. (Reichsstudentenführung, Merkblatt zum Langemarck-Studium, undatiert [zwischen 1939 und 1945]); vgl. im selben Archiv R 4901/14456, Bl. 104.

3. Das Reichsstudentenwerk im Zweiten Weltkrieg

3.1. Die Militarisierung der Förderung

an Nichtabiturienten wenden, die sich als überzeugte Nationalsozialisten erwiesen haben. Vorgeschlagen von politischen und/oder militärischen Stellen, erhalten die ausgewählten 17- bis 24-Jährigen im Anschluss an eine Vorstudienförderung die Möglichkeit zum Besuch einer Parteihochschule. In einem Rundschreiben des Reichswissenschaftsministeriums an Behördenstellen der Schul- und Wissenschaftsverwaltung, an die Parteikanzlei der NSDAP, die Reichsstatthalter und die Reichsstudentenführung vom 2. April 1942 heißt es zur Zielgruppe der Langemarck-Förderung: „Während [...] die Hauptschule oder Aufbauschule im 10. bzw. 12. Lebensjahr eine Begabtenlenkung vorsieht, erfaßt das Langemarck-Studium vornehmlich spätreifende Menschen (im Alter von 18 bis 25 Jahren), die gerade im nordisch bestimmten deutschen Volk besonders zahlreich und wertvoll sind.“²³⁴ Die rasseideologische „Aufladung“ der Langemarck-Förderlinie ist hier unübersehbar. In Analogie zu Angehörigen der SS bedürfen Langemarck-Studenten vor der Eheschließung einer Genehmigung durch den Fördergeber.²³⁵ Dies erstaunt umso weniger, wenn man sich vergegenwärtigt, dass der SD des Reichssicherheitshauptamts Mitarbeiter zur Weiterbildung in die Curricula des Langemarck-Studiums implementiert.²³⁶

Die rassistische Aufladung zeigt sich auch in der dem Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums²³⁷, Heinrich Himmler, eingeräumten Mitwirkung an der Auswahl von Volksdeutschen, die über ihre Einstufung in der Deutschen Volksliste²³⁸ unterschiedliche Zugangsmöglichkeiten zur Langemarck-Förderung erhalten. Polen sind danach in den besetzten Gebieten ihres Landes von Studium und Förderung ausgeschlossen.²³⁹ Das Reichsstudentenwerk ist als Fördermittelgeber am programmatischen Inhalt der Langemarck-Studien beteiligt. Zu den schulisch aufgebauten Curricula gehören auch paramilitärische Elemente wie etwa das Exerzieren.²⁴⁰

Im Februar 1941 ernennt Reichswissenschaftsminister Bernhard Rust Gustav Adolf Scheel zum Inspekteur des Langemarck-Stu-

diums. Sein Stellvertreter wird der Althistoriker und Nationalsozialist Ulrich Gmelin.²⁴¹

Das Instrument der Langemarck-Förderung durch das Reichsstudentenwerk gewinnt im Krieg zentrale Bedeutung: Durch die Erweiterung des Kreises der Personen, die für eine Fachausbildung als kompetent und förderwürdig deklariert werden, versucht man dem erkennbar werdenden Fachkräftemangel vorzubeugen, der durch die Einberufung studierender und/oder examinierter Akademiker entsteht.

Langemarck-Studenten in einem Ausleselager, um 1941
Quelle: DSW 4, S. 186



²³⁴ BArch. Berlin R 4901/14456, Bl. 104.

²³⁵ DSW (Aktenordner Reichsstudentenwerk Rundschreiben Abt. Förderung .../Reichsstudentenwerk, Vermerk für Reifö, 28. Januar 1943).

²³⁶ DSW (Aktenordner Reichsstudentenwerk Rundschreiben Abt. Förderung .../SS-Sturmabführer Walter Edmund Ott an das Reichsstudentenwerk/SS-Obersturmführer [?] Baessler, 12. März 1940).

²³⁷ Das 1939 geschaffene Amt dient der Koordination von Umsiedlungsvorgängen im Reich und den von Deutschland besetzten Gebieten. Es umfasst die „Heimholung“ ethnischer Deutscher ins Reichsgebiet ebenso wie die Vertreibung Ansässiger in okkupierten Territorien zugunsten der Ansiedlung Deutscher dort.

²³⁸ Durch Aufnahme in die Deutsche Volksliste erwarben zunächst im besetzten Polen Lebende das Anrecht auf die deutsche Staatsangehörigkeit. Politische und/oder rassistische Kriterien waren hierfür zu „erfüllen“.

²³⁹ BArch. Berlin R 4901/14456, Bl. 195ff. (Der Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung an den Reichsführer SS zu der am selben Tag stattgefundenen Besprechung mit Vertretern beider Amtsstellen, nebst Anlagen, 22. August 1942).

²⁴⁰ Hierzu und mit weiteren Details die Materialsammlung zu Absolventen des Langemarck-Studiums an der Universität Heidelberg im Jahr 1941 in: BArch. Berlin NS 38/1348, unpaginiert. Vgl. im selben Bestand/2119, unpaginiert (Fritz Kubach, Feldposttrundbrief, 25. September 1940), S. 2f. des Dokuments.

²⁴¹ BArch. Berlin R 4901/22, Bl. 1ff. Zu Ulrich Gmelin: Grüttner, Studenten, S. 507f.

3. Das Reichsstudentenwerk im Zweiten Weltkrieg

3.1. Die Militarisierung der Förderung

Auch andere Angebote tragen der Kriegssituation Rechnung. Der Beratungsdienst des Reichsstudentenwerks verweist in einem Merkblatt auf die Möglichkeit der Fernimmatrikulation für studierwillige Soldaten²⁴², die ihren Antrag dafür beim Reichsstudentenwerk einreichen sollen.²⁴³

Sogenannte „Studienurlauber“, die von der Front kommend ein Studium aufnehmen oder fortführen, werden vom Reichsstudentenwerk im Zusammenwirken mit Reichserziehungsministerium, Wehrmacht, Studentenführung sowie Nationalsozialistischem Deutschen Studentenbund sozial und ökonomisch betreut. Das Reichsstudentenwerk unterstützt die zeitweilige von der Front Kommenden mit Beihilfen (etwa für Familien), Beratungen, Hilfe bei der Quartiersuche oder speziellen Angeboten für Kriegsversehrte.²⁴⁴ Angesichts von Papierknappheit, den durch Bombenangriffe zerstörten Bibliotheken und der eingeschränkten Mobilität Studierender während des Kriegs beginnt das Reichsstudentenwerk zusammen mit dem Soldatendienst sowie dem Amt Wissenschaft und Facherziehung beim Reichsstudentenführer mit der Sammlung und Verteilung von Büchern für Studierende im Reichsgebiet.²⁴⁵

Auch kriegsgefangene Soldaten und Offiziere sowie Zivilinternierte in England, Australien, Afrika und Kanada werden vom Reichsstudentenwerk in Kooperation mit dem Deutschen Roten Kreuz durch Buchspenden und den Versand von Mikroskopen²⁴⁶ unterstützt.²⁴⁷ Für britische Soldaten und Offiziere in deutschen Lagern wird eine vergleichbare Regelung getroffen.

In den Kriegsgefangenenlagern der Alliierten sind Prüfungsausschüsse zu bilden. Ihre Zusammenstellung und Vorgehensweise, insbesondere bei der Ausbildung von Lehrern, Agrarwissenschaftlern und Ingenieuren, wird in den bereits erwähnten „Soldatenbriefen“ geregelt, die auch ins feindliche Ausland verschickt werden. Als aufsichtsführende Fachbehörde fungiert hierbei das Reichserziehungsministerium.²⁴⁸

■ Frontdienst – Arbeit – Studium

Immer wieder diskutieren Vertreter der Streitkräfte mit Mitgliedern der Wissenschaftsverwaltung über die Lösung des Zielkonflikts, möglichst viele Soldaten im Frontdienst einzusetzen und gleichwohl einem Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Die Zahl militärisch relevanter Studiengänge nimmt während der Kriegsjahre zu. Parallel beklagt das Reichswissenschaftsministerium 1943 einen „Kriegsstau“ von etwa 145.000 Studierwilligen, die durch den Wehrdienst vom Besuch einer Hochschule abgehalten würden. Ein Akademikermangel wird immer deutlicher sichtbar.²⁴⁹ Vorschläge wie die Einführung von Trimestern oder die zielgerichtete Beurlaubung von Examenkandidaten beim Militär können hier nur begrenzt Abhilfe schaffen.



Studentinnen und Studenten bei Goebbels, 1940
Quelle: akg-images/Sammlung Berliner Verlag/Archiv

²⁴² BArch. Berlin NS 38/1, Bl. 78 (Reichsstudentenwerk, Merkblatt zur Fernimmatrikulation, undatiert [um 1944]); vgl. die Regelungen des Reichswissenschaftsministeriums vom März 1944 hierzu: im selben Archiv R 4901/14467, Bl. 20.

²⁴³ BArch. Berlin R 4901/14467, Bl. 35 (Reichswissenschaftsministerium, Fernbetreuung von kriegsgefangenen und zivilinternierten Jungakademikern, 12. November 1943). Diese Regelung gilt für Fronturlauber, Kriegsgefangene und Zivilinternierte gleichermaßen.

²⁴⁴ BArch. Berlin NS 38/2304, unpaginiert (exemplarisch für mehrere Dokumente in der Akte: NSD-Studentenbund Gau Sachsen, Merkblatt für Studienurlauber, undatiert [1942]).

²⁴⁵ BArch. Berlin R 4901/14459, Bl. 27.

²⁴⁶ Hierfür speziell: BArch. Berlin R 4901/14467, Bl. 132 (Reichswissenschaftsministerium, Rundschreiben an Hochschulen und Stellen der Wissenschaftsverwaltung, 28. November 1944).

²⁴⁷ Vgl. BArch. Berlin R 4901/14467, Bl. 30-36.

²⁴⁸ BArch. Berlin NS 38/2304, unpaginiert (Reichsstudentenwerk Beratungsdienst, Mitteilungen Nr. 1/42, 22. Januar 1942; O.A., Merkblatt „Beschafft Bücher für unsere Kriegsgefangenen“, 22. Januar 1941); im selben Archiv R 4901/14459, Bl. 4-10.

²⁴⁹ BArch. Berlin R 4901/14467, Bl. 16-19, Zitat: Bl. 16, mit detaillierten Statistiken des Reichswissenschaftsministeriums vom Februar 1944 für den Zeitraum 1935 bis 1943.

3. Das Reichsstudentenwerk im Zweiten Weltkrieg

3.1. Die Militarisierung der Förderung

Dem Reichsstudentenwerk kommt funktional hierbei eine gleichsam vermittelnde Rolle zu: Frontstudenten sollen Bildung erhalten; Studierende sozial betreut werden.²⁵⁰

Bereits kurz vor Beginn des Zweiten Weltkriegs zeichnet sich eine Verschärfung des wesentlich vom Reichsstudentenwerk organisierten Arbeitseinsatzes von Studierenden ab.²⁵¹ Die Kanzlei von Rudolf Heß, dem „Stellvertreter des Führers“, dringt darauf, die außerakademischen Werkverpflichtungen nicht zu einer Belastung für den akademischen Werdegang der Betroffenen werden zu lassen.²⁵² Fritz Todt, als Leiter der Organisation Todt in die Erfüllung des Vierjahresplans eng mit eingebunden, sieht dies naturgemäß anders. Gleiches gilt für Heinrich Himmler als Reichsführer SS²⁵³, der Scheel 1939 anweist, für den Ernteeinsatz 25.000 Studierende bereitzustellen.²⁵⁴

Wird der Einsatz von Werkstudenten nach Kriegsbeginn zunächst verstärkt in den Bereich der Rüstungsindustrie verlegt²⁵⁵, so geraten mit dem zunehmenden Einsatz von Männern an den Fronten auch Frauen in den Förderfokus: Sie werden als künftige Akademikerinnen wie auch als studentische Arbeitskräfte zunehmend relevant. Sieht sich die Wirtschaftshilfe mit der „Neuen Frau“ der Weimarer Republik noch einer zunehmenden Zahl weiblicher Studierender gegenüber, so passt in Zeiten des Reichsstudentenwerks eine emanzipierte, akademisch gebildete Frau eigentlich nicht in das ideologische Raster des Nationalsozialismus.²⁵⁶ In einem Merkblatt für Hoch- und Fachschüler/-innen zur Abfassung von Fördergesuchen beim Reichsstudentenwerk aus der Vorkriegszeit heißt es lapidar: „Studentinnen werden nur in den Studiengängen gefördert, deren Berufsziel Frauen zugänglich ist, und nur in dem Ausmaße, das dem Anteil der Frauen an den in Frage kommenden Berufsplätzen entspricht.“²⁵⁷



In den Semesterferien leistet eine Studentin ihren Kriegseinsatz in einer Zigarettenfabrik, 1941
Quelle: akg-images/Sammlung Berliner Verlag/Archiv

Bereits einige Monate vor dem deutschen Überfall auf Polen veröffentlicht das Reichsstudentenwerk in gekürzter Form die Ausführungen einer seiner Bezirksberaterinnen, [?] Cüny. In ihnen wird deutlich, wie sehr das traditionelle Rollenmuster einer helfenden, mütterlichen Frau, der vor allem im technisch-naturwissenschaftlichen Bereich keine intellektuellen Fähigkeiten zugetraut werden, mit dem Rückgang von Studentinnen an deutschen Hochschulen und dem zunehmenden Mangel an akademisch qualifizierten Fachkräften kollidiert.²⁵⁸ Angesichts dieses schon vor September 1939 sichtbar werdenden Zielkonflikts stellt die Kriegssituation gleichsam einen Katalysator für die verstärkte Einbindung von Frauen in die studentischen Förderangebote dar. So liegt der Anteil der Studentinnen an den Universitäten im Altreich während der Kriegsjahre bei über 40 Prozent.²⁵⁹

²⁵⁰ Exemplarisch: BArch. Berlin R 4901/897. Unter der Vielzahl an Korrespondenz und Protokollen zur Thematik Militär versus akademische Bildung siehe besonders: Bl. 83, 95f., 202 (der Rektor der Martin Luther-Universität Halle-Wittenberg an den Universitätskurator des Reichsministeriums für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, 27. Dezember 1939; Protokoll einer Besprechung zwischen Vertretern des Reichserziehungsministeriums und des OKH, 22. Januar 1940; vgl. schon: Universität Heidelberg, Stellungnahme zum Akademikermangel, 6. Mai 1939). Vgl. im selben Bestand/898, bes.: Bl. 1, 65f.; im selben Bestand/901, bes. Bl. 31.

²⁵¹ Hier und für das Folgende: BArch. Berlin NS 38/3919, unpaginiert (Alfred Leitgen, persönlicher Adjutant des Stellvertreters des Führers an den Reichsstudentenführer Gustav Adolf Scheel, 28. Juli 1938; Heinrich Himmler, RFSS, an Gustav Adolf Scheel, 27. Mai 1939; Fritz Todt, Ernteaufauf an Studenten der Technik, undatiert [Sommer 1939]; Gustav Adolf Scheel, Aufruf an Studenten, undatiert [Sommer 1939]).

²⁵² Vgl. analog für die außerakademischen Aktivitäten für die SA, hier am Beispiel von Studenten aus Hannover: BArch. Berlin NS 38/4019.

²⁵³ Grüttner, Studenten, S. 318.

²⁵⁴ Zu Kontakten zwischen Scheel und Todt mit Blick auf den kriegsbedingten Arbeitseinsatz von Studenten auch: BArch Berlin R 4901/891, Bl. 96; vgl. in derselben Akte, Bl. 107, 128f., 139, 148-153, 158, 160, 201, 258f.

²⁵⁵ Exemplarisch: BArch. Berlin R 4901/14459, Bl. 127 (Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, Schnellbrief an die Rektoren deutscher Hochschulen zum Rüstungseinsatz deutscher Studentinnen und Studenten, 19. Juni 1941); vgl. in derselben Akte, Bl. 130. Zur Einbindung der Universität Würzburg in den Vierjahresplan vgl.: Studentenwerk Würzburg e. V. u. a. (Hg.), Würzburger Universitäts-Almanach 1938, Würzburg 1938, S. 5. Zur Einbindung von Hochschulen in den Vierjahresplan generell: Nagel, Hitlers Bildungsreformer, S. 228ff.

²⁵⁶ Detailliert dazu: Manns, Frauen. Vgl.: BArch Berlin NS 38/3088; Grüttner, Studenten, S. 109ff.

²⁵⁷ BArch. Berlin NS 38/1, Bl. 76f. (Reichsstudentenwerk, Merkblätter zu Förderanträgen für Hoch- und Fachschulen, undatiert [zwischen 1934 und 1938]), Zitat: Bl. 77. Vgl. einige Zeitungsartikel zu Frauen im studentischen Arbeitsdienst 1935: im selben Archiv R 128/3338.

²⁵⁸ BArch. Berlin R 4901/913, Bl. 128-133 (Reichsstudentenwerk, Mittelungsblatt Nr. 2/39, Januar 1939).

²⁵⁹ Grüttner, Studenten, S. 488, 491.

3. Das Reichsstudentenwerk im Zweiten Weltkrieg

3.1. Die Militarisierung der Förderung



Eine Studentin leistet ihren Kriegseinsatz in einem Werk des Automobilkonzerns Auto Union AG, 1941
Quelle: akg-images/Sammlung Berliner Verlag/Archiv

Mit der „Mädelberatung“ während der Jahre des Zweiten Weltkriegs bietet das Reichsstudentenwerk verstärkt eine Förderung speziell für Frauen an. Die Studentinnen werden durch das Reichsstudentenwerk betreut.²⁶⁰ Vom Sommersemester

1938 bis zum 1. Trimester 1941 wächst der Anteil weiblicher Studierender, die diese Betreuung erhalten, von 11,5 Prozent auf 27,0 Prozent.²⁶¹ Wie schon in der Weimarer Republik steigt die Förderquote des Studentenwerks gegenüber Frauen nicht gänzlich proportional mit deren quantitativer Zunahme an Universitäten.

Frauen „ersetzen“ Männer nicht nur als (zukünftige) Akademiker, sondern auch als studentische Arbeitskräfte im Gefüge der deutschen Kriegswirtschaft. Sie versehen Arbeitsdienste in (Rüstungs-)Fabriken, bei der Ernte²⁶², bei „... Betreuungs- und Siedlungswesen im Osten“²⁶³, beim Militär²⁶⁴ und auch in Lazaretten.²⁶⁵ Hierbei finden sich zudem – „frontspezifisch“ – „Ost- oder Westeinsätze“ (wie bei Männern²⁶⁶), darunter auch für Dienststellen der SS oder der Deutschen Arbeitsfront²⁶⁷. Während die Koordination der Arbeitsprogramme vermutlich durch das Amt Studentinnen bei der Reichsstudentenführung und seinen Zweigstellen an den Universitäten erfolgt²⁶⁸, werden Förderungen des Studiums von Frauen weiterhin über das Reichsstudentenwerk gezahlt.

Man muss sich vergegenwärtigen, dass nahezu alle aufgezählten Arbeitsbereiche unmittelbar oder mittelbar der deutschen Kriegsmaschinerie dienen. Überdies ist der erwähnte „Siedlungseinsatz“ von studentischen Arbeitskräften im besetzten Polen zugleich die Teilnahme an einem gigantischen Raubprozess – der Vertreibung polnischer Bauern von ihren Höfen und der Ansiedlung volksdeutscher Siedler dort. Vor diesem Hintergrund erscheint die Förderung des Reichsstudentenwerks auch noch in einem anderen Licht.²⁶⁹ Die Unterstützung von studentischen Arbeitskräften durch das Reichsstudentenwerk stellt indirekt einen Beitrag zu Krieg, Umsiedlung und Raub im Osten dar.

²⁶⁰ Exemplarisch: BArch. Berlin NS 38/1433, unpaginiert (Anna Kottenhoff an Kurt Höher, den geschäftsführenden Gaustudentenführer des Gaus Sudetenland, 7. Mai 1941). Vgl. Manns, Frauen, S. 199ff.

²⁶¹ Reichsstudentenwerk (Hg.), Bericht, S. 29, vgl. S. 65ff.

²⁶² Vgl. hierzu auch: BArch. Berlin NS 38/1387, unpaginiert (Reichsstudentenführung Rechts- und Gerichtsamt an das hauseigene Organisations- und Personalamt, 10. Januar 1940). Vgl. in denselben Akte (Rechts- und Gerichtsamt der Reichsstudentenführung an den Persönlichen Referenten des Reichsstudentenführers, Stellungnahme über die Zulassung von weiblichen „jüdischen Mischlingen ersten und zweiten Grades“ beim Studium und zum begleitenden Ernteeinsatz, 9. August 1940); vgl. im selben Bestand/2119, unpaginiert (Reichsstudentenwerk, Rundschreiben an örtliche Dienststellen, 16. Dezember 1940).

²⁶³ BArch. Berlin NS 38/1433, unpaginiert (Anna Kottenhoff an die Parteikanzlei der NSDAP, 20. Oktober 1941). Vgl. hierzu in derselben Akte, unpaginiert (Ilse Behrens, SS-Ansiedlungsstab Litzmannstadt an Anne Kottenhoff, Leiterin des Amts Studentinnen bei der Reichsstudentenführung, 8. April 1941). Vgl. Grüttners, Studenten, S. 377.

²⁶⁴ Hierzu: BArch. Berlin NS 38/1387, unpaginiert (Reichsstudentenführung, Rechts- und Gerichtsamt, Aktennotiz von einem Dienststrafverfahren gegen die Studentin Hanni Köppchen, die während ihres Kriegs-

hilfsdiensts auf einem Fliegerhorst Flaggenhissen als „Affentheater“ qualifizierte, 4. Dezember 1940).

²⁶⁵ Hierzu: BArch Berlin NS 38/1433. Die Akte enthält neben Korrespondenz auch eher hagiographisch gehaltene Erfahrungsberichte von akademischen Teilnehmerinnen an Arbeitsdiensten. Zu Planungen, Medizinstudentinnen des achten Semesters für „Notdienste“ zu verpflichten: in derselben Akte, unpaginiert (Anna Kottenhoff, Leiterin des Amts Studentinnen bei der Reichsstudentenführung an Jutta Rüdiger, Reichsreferentin des Bundes Deutscher Mädel, 15. August 1941).

²⁶⁶ BArch. Berlin NS 38/2119, unpaginiert (Fritz Kubach, Rundbrief an regionale und lokale Studentenfürher, 6. Januar 1941).

²⁶⁷ Vgl. DSW (Mappe „Fachschulförderung DAF Handakte Therandt oder Berlin“, zu den Bemühungen der abgestimmten Implementierung einer Begabtenförderung durch die Deutsche Arbeitsfront, die sich 1944 realisiert in spannungsreichen Unterredungen zwischen Robert Ley und Gustav Adolf Scheel niederschlägt).

²⁶⁸ Vgl. BArch. Berlin NS 38/1433, unpaginiert (Hanna Grosse, Leiterin des Amts Studentinnen an der Universität Marburg an den Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund der Universität Marburg, 15. Februar 1941).

²⁶⁹ Reichsstudentenwerk (Hg.), Bericht, S. 87-91.

3. Das Reichsstudentenwerk im Zweiten Weltkrieg

3.1. Die Militarisierung der Förderung

■ „Volksgemeinschaft“ in Kriegszeiten

Unklar bleibt das Ausmaß einer möglichen Einbindung des Reichsstudentenwerks bei der Behandlung eines anderen Themas. In einem Schreiben des Rechts- und Gerichtsamts der Reichsstudentenführung an den Persönlichen Referenten des Reichsstudentenführers sinniert der kommissarische Leiter des Rechtsamts, [?] Heigl, über „Beziehungen deutscher Mädchen mit Artfremden“.²⁷⁰ Er reagiert dabei auf Überlegungen des Rassepolitischen Amtes der NSDAP, zu dem Scheel seit 1936 enge Arbeitskontakte gesucht hat.²⁷¹ Vergleichbar mit zeitgenössischen Bemühungen, Beziehungen zwischen Zwangsarbeitern/-innen im Reich und der deutschen Bevölkerung zu unterbinden, überlegt Heigl, wie ausländische Studierende von deutschen Studierenden im Ausland, vor allem aber im Reich zu separieren seien, um hier (intime) Beziehungen zu verhindern. Bei diesem Anliegen dürften zwei Zielvorgaben wesentlich sein. Zum einen gilt es, im Sinne der NS-Rassenideologie Partnerschaften und Geburten in nicht „rein deutschen“ Beziehungen zu verhindern. Zum anderen soll – insbesondere in der Zeit des Kriegs – der Austausch von Informationen zwischen In- und Ausländern vermieden werden.

Heigl erwägt ein ganzes Bündel an Maßnahmen, um diese Separation durchzusetzen: gesetzliche Kontaktverbote, Ehegenehmigungen für Heiraten zwischen Deutschen und Nichtdeutschen, Betreuung von Ausländern im Reich durch den Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) und ähnliches.

Zudem überlegt Heigl, Ausländer an bestimmten Universitäten des Reichs zu konzentrieren, um sie dort leichter überwachen und beeinflussen zu können. Dies soll durch eine Steuerung der Stipendienvergabe an Ausländer nur für bestimmte Universitäten erreicht werden. Eine solche Lenkung der Fördergelder obläge dem DAAD und dem zum Reichsstudentenwerk gehörenden Studentenwerk Ausland.²⁷²

Auch Heigls Vorschlag, ausländische Studierende im Reichsgebiet in eigenen Studentenwohnheimen zu konzentrieren,



Studierende der Medizin: Viele Studentinnen sind Witwen und Mütter, 1944
Quelle: akg-images/Sammlung Berliner Verlag/Archiv

deutet auf eine möglicherweise angedachte Einbindung des Reichsstudentenwerks hin.

Trotz der Aufwertung des Langemarck-Studiums, trotz des Arbeitskräfteeinsatzes von Studenten/-innen und trotz der Frauenerförderung verschärft sich der Mangel an geschulten Fachkräften im Krieg mehr und mehr. Der Beratungsdienst des Reichsstudentenwerks informiert daher 1943 darüber, dass die Zulassungsmöglichkeiten für männliche Studierende an Hochschulen ausgeweitet werden.²⁷³ Männer zwischen 25 und 40 Jahren können danach zum Studium zugelassen werden, wenn sie Aktivitäten in der NSDAP oder einer ihrer Gliederungen nachweisen können. Durch einen „Ariernachweis“ muss der Bewerber belegen, dass er „deutschen oder artverwandten Blutes“ sei. Wissenschaftliche Qualifikationen werden nicht überprüft.

■ Zu Kriegsende

Die Endphase des Zweiten Weltkriegs ist auch für das Reichsstudentenwerk und seine Funktionäre durch situatives Reagieren in der sich rasch verschlechternden Kriegslage und von Durchhalteappellen gekennzeichnet.

²⁷⁰ Hier und für das Folgende der im Haupttext erwähnte Brief, in: BArch. Berlin NS 38/1387, unpaginiert.

²⁷¹ BArch. Berlin NS 38/3637, unpaginiert (Gustav Adolf Scheel an Professor Dr. Walter Groß, den Leiter des Rassenpolitischen Amtes der NSDAP, 18. Dezember 1936).

²⁷² Vgl. BArch. Berlin NS 38/1, Bl. 81.

²⁷³ Hier und für das Folgende: BArch. Berlin NS 38/1, Bl. 79 (Reichsstudentenwerk Beratungsdienst, Merkblatt zum Studium ohne Reifezeugnis, April 1943).



3. Das Reichsstudentenwerk im Zweiten Weltkrieg

3.1. Die Militarisierung der Förderung

Als Reichsstudentenführer, aber auch als Leiter des NS-Dozentenbunds sowie (seit Mitte 1944) aller studentischen Organisationen im Deutschen Reich²⁷⁴ versendet Gustav Adolf Scheel unmittelbar nach dem gescheiterten Attentat auf Adolf Hitler vom 20. Juli 1944 einen Durchhalte-Appell, der seine Vasallentreue zur NS-Diktatur zeigt: „Meine Kameraden! Bedingungslose Treue zum Führer und seinem Werk ist oberstes Lebensgesetz unseres Volkes. Nur wer diesem Gesetz jederzeit kompromißlos nachlebt, darf sich Deutscher nennen. Wer durch Taten, Worte oder in Gedanken dem Führer die Gefolgschaft aufsagt, ist ein Verräter, der Ehre und Leben verwirkt hat. Das deutsche Akademikertum, Professoren, Studenten und Alte Herren haben sich zu diesem Grundgesetz unseres völkischen Lebens nach dem Mißlingen des schändlichsten Verrats unserer Geschichte vom 20. Juli 1944 in Kundgebungen und Zuschriften an mich leidenschaftlich bekannt.“²⁷⁵

Der Einsatz der Soldaten an der Front sowie die zunehmenden alliierten Luftangriffe auf das Reichsgebiet erschweren den Betrieb der Organe studentischer Sozialfürsorge seit Ende 1944 erheblich.²⁷⁶ Personal- und Raumnot sind dabei die zentralsten Probleme.²⁷⁷ Das Reichsstudentenwerk soll daher vermehrt Mittel erhalten, um Notbaracken zur Unterbringung studierwilliger Wehrmachturlauber zu errichten.²⁷⁸ Der Einsatz von Psychologiestudenten mit einer Vorprüfung als bezahlte Praktikanten für die Beratung von Studenten im Reichsstudentenwerk deutet darauf hin, dass der allgemeine Mangel an Fachkräften durch Frontdienst, Luftangriffe wie Kriegstote²⁷⁹ auch vor dem Reichsstudentenwerk nicht Halt machte. Zugleich wird hier noch einmal deutlich, wie weit sich das Studentenwerk in der NS-Diktatur vom Grundideal studentischer Selbsthilfe entfernt hat.

Am 4. April 1945 teilt das Reichsstudentenwerk in einem Rundschreiben mit, dass die Sonderförderungen für Kriegsteilnehmer bei Wehrmacht und SS auch auf Angehörige des Volkssturms zu übertragen seien.²⁸⁰

Einen guten Monat später finden der Zweite Weltkrieg in Europa wie auch das nationalsozialistische Deutschland ihr Ende.

²⁷⁴ BArch. Berlin R 8034-III/403, Bl. 112 (O. A., Dr. Scheel, Präsident des Deutschen Studienwerks, in: Völkischer Beobachter, 16. Februar 1944).

²⁷⁵ BArch. Berlin R 26-III/42, Bl. 15f. (NSDAP Reichsleitung/Gustav Adolf Scheel, Rundschreiben RDF 2/44, undatiert [Ende August 1944]), Zitat: Bl. 15.

²⁷⁶ Vgl. zur Verlängerung von Semesterlaufzeiten im WS 1943/44 durch das Reichswissenschaftsministerium, da der Lehrbetrieb vorab durch Luftangriffe gestört worden ist: BArch. Berlin R 4901/14467, Bl. 3. Zur Zerstörung von Universitätsmensen im Reichsgebiet und den hieraus resultierenden geänderten Verpflegungssätzen für Studenten vgl. in derselben Akte, Bl. 4; DSW (Mappe „Handakte Berlin. Förderung Protektorsangehöriger/Reichsstudentenwerk, Anordnung 51/44, 21. Dezember 1944).

²⁷⁷ Exemplarisch: BArch. Berlin NS 55/10, unpaginiert (Franz Xaver Schwarz, Reichsschatzmeister der NSDAP an Gustav Adolf Scheel, 28. Juli 1944). Vgl. im selben Archiv R 4901/14467, Bl. 47 den Erlass des Reichswissenschaftsministeriums vom 24. April 1944, für die Immatrikulation den „Ariernachweis“ kriegsbedingt durch eine Eigenerklärung der Studienanwärter zu ersetzen.

²⁷⁸ BArch. Berlin R 4901/14466, Bl. 211 (Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung an das Reichsfinanzministerium, 26. September 1942).

²⁷⁹ Reichsstudentenwerk (Hg.), Bericht, S. 155, zu gefallenen Mitarbeitern des Reichsstudentenwerks.

²⁸⁰ BArch. Berlin R 4901/897, Bl. 344f. (Reichsstudentenwerk, Anordnung Nr. 16/45).



3. Das Reichsstudentenwerk im Zweiten Weltkrieg

3.2. Exkurs: Die „angeschlossenen“ und besetzten Gebiete

■ Österreich

Seit seiner Gründung ist das Reichsstudentenwerk um Hilfe für nationalsozialistische Studierenden bemüht, die aus dem seit 1933/1934 faschistischen Österreich kommen und im Deutschen Reich studieren wollen. Die Betreuung der Geflüchteten wird in Abstimmung mit dem Hilfswerk für Geflüchtete und Hinterbliebene sowie dem Reichswissenschaftsministerium durchgeführt. In dem hierfür herausgegebenen Zirkular des Reichsstudentenwerks vom 16. Januar 1935 schreiben Hanns Streit und Otto Reise abschließend an die lokalen Studentenwerke: „Wir bitten Sie, nach Abschluß des Semesters uns ausführlich über die Erfahrungen mit den österreichischen Flüchtlingsstudenten zu berichten und kurze Charakteristiken der einzelnen Kameraden beizufügen.“²⁸¹ Auch hier ist man bestrebt, die Flüchtlinge nach politischer Zuverlässigkeit zu fördern.

Nach der Eingliederung Österreichs in das Deutsche Reich im März 1938 können auch dort Einrichtungen des Reichsstudentenwerks implementiert werden.²⁸² In vier Berichten, die zwischen März und Dezember 1938 entstehen, beschreibt Hanns Streit detailliert, wie die Institutionen der studentischen Sozialfürsorge in Österreich mit denen im Altreich verbunden werden. Hierzu gehört zunächst die verwaltungstechnische Verschmelzung der beiden Organisationsapparate. Zudem werden alle Geförderten in Österreich einer standardmäßigen Gesundheitsuntersuchung unterzogen.

Besonders attraktiv erweist sich aus deutscher Sicht die Übernahme der zahlreichen Immobilien in Österreich. Deren Wert beläuft sich auf mehrere Millionen Reichsmark.²⁸³

Ab Mai 1938 ist auch Hanns Martin Schleyer, ein Mitglied des Nachwuchsnetzwerks von Scheel, als Mitarbeiter des Reichsstudentenwerks in Innsbruck mit Übernahme und Implementierung der österreichischen Einrichtungen hauptamtlich befasst. Schleyer war bereits an der Universität Heidelberg in Scheels

Netzwerk gelangt. Von 1941 bis 1943 wird er das Reichsstudentenwerk in Prag leiten.²⁸⁴

Für die Mitarbeitenden der österreichischen Studentenwerke erfolgen noch im Sommer 1938 Schulungen durch reichsdeutsches Personal.²⁸⁵

Das Gesetz über das Reichsstudentenwerk wird 1939 auf Österreich, später auf das Sudetenland und das Warthegau ausgeweitet.²⁸⁶ Entsprechend werden 1939/40 in Posen, im Sudetenland und in Straßburg Bezirks- und Nebenstellen des Reichsstudentenwerks errichtet.²⁸⁷

In welchem ideologischen Rahmen sich auch die soziale Fürsorge für Studierende im „angeschlossenen“ Österreich ausnimmt, zeigt der interne Bericht von Mitarbeitenden der Reichsstudentenführung zur Behandlung Niederösterreichs: „Niederösterreich ist grenzpolitisch schwer durch die tschechische Unterwanderung gefährdet. Die dort wohnenden deutschen Bauern haben nicht das Bewußtsein, an der Grenze zu leben. Wenn die sudetendeutsche Frage einmal gelöst ist, dann ist Niederösterreich Binnenland. Wenn es also jetzt bis dahin nicht gelingt, die Menschen mit dem Grenzergeist zu erfüllen und zu aktivieren, so wird es zu spät sein und dieses Gebiet wird in Zukunft als aktiver Posten ausfallen. Hier hat die Wissenschaft einzusetzen“.²⁸⁸ Antislawisches Ressentiment wird hier zum Beweggrund für Wissenschaft und zur Negativschablone für ein ethnisch-deutsch konnotiertes Bild von förderwürdigen Studenten.

Kann die Mitwirkung des Reichsstudentenwerks an der Förderung von auslandsdeutschen Studenten im Reich oder von Reichsdeutschen im Ausland derart – biologisch wie nationalsozialistisch bestimmt – umrissen werden, so variiert die Förderpraxis in den kurz vor oder im Krieg besetzten Gebieten je nach der dort vorgefundenen Situation.

²⁸¹ BArch. Berlin R 4901/911, Bl. 1f., Zitat: Bl. 2.

²⁸² BArch. Berlin R 149/18, unpaginiert (Otto Reise, Der studentische Gesundheitsdienst in Deutschland, Bericht für die Vierte Internationale Universitätskonferenz in Genf, 6. bis 10. Juli 1938), S. 7 des Referats. Vgl. schon zuvor: im selben Archiv NS 38/2771, unpaginiert (Protokoll der Vorstandssitzung des Deutschen Studentenwerks, 23. November 1933) und NS 38/2787, unpaginiert (Reichsstudentenwerk, Rundschreiben A Nr. 32/35, 26. Januar 1935).

²⁸³ BArch. Berlin R 4901/913, Bl. 71-83 (Hanns Streit, Bericht über die Arbeit an den österreichischen Hochschulen I-IV, zwischen März und Dezember 1938).

²⁸⁴ Detailliert: Hachmeister, Schleyer, S. 29f., 79ff., 140, 145ff., 154ff., 159ff., 173ff., 181, 207.

²⁸⁵ BArch. Berlin R 4901/893, Bl. 241f.

²⁸⁶ BArch. Berlin R 4901/894, Bl. 346, 382f.

²⁸⁷ Reichsstudentenwerk (Hg.), Bericht, S. 12, vgl. S. 22f. Zum Umgang mit den Hochschulen der besetzten Gebiete durch das Reichswissenschaftsministerium vgl.: Nagel, Hitlers Bildungsreformer, S. 296ff.

²⁸⁸ BArch. Berlin NS 38/2317, unpaginiert (Amt Politische Erziehung/Hauptstelle Kameradschaftserziehung an das Amt Wissenschaft und Facherziehung [beides Ämter bei der Reichsstudentenführung], 28. April 1938).



3. Das Reichsstudenwerk im Zweiten Weltkrieg

3.2. Exkurs: Die „angeschlossenen“ und besetzten Gebiete



Studentenwerke und die von ihnen betreuten Fachschulen, 1941
 Quelle: DSW 4, S. 177

Tschechoslowakei

Das Deutsche Reich verleiht seinem Territorium 1938 das Sudetenland ein; im März 1939 folgt die militärische Eroberung des tschechischen Restgebiets durch deutsches Militär.

Das Reichsstudenwerk betreut mit speziellen Beratungsangeboten und Förderungen „sudetendeutsche“ Studierende.

Seit Wintersemester 1938/1939 stehen dafür eigene Büros in Prag und Brünn zur Verfügung.²⁸⁹ Anträge zum Studium an Hochschulen des Protektorats Böhmen und Mähren – dem von Deutschen besetzten Teil der Tschechoslowakei –, in Prag oder Brünn, sind jedoch an den Reichsstudenführer, respektive dessen Beauftragten für das Protektorat Böhmen und Mähren zu richten.²⁹⁰ Gleichzeitig entstehen bei der Frage der Zuständigkeiten für die Universitäten im Protektorat

²⁸⁹ BArch. Berlin R 4901/913, Bl. 124.

²⁹⁰ BArch. Berlin NS 38/1, Bl. 80 (Reichsstudenführung, Merkblatt über das Studium im Protektorat

Böhmen und Mähren, [undatiert]). Vgl. im selben Archiv R 4901/913, Bl. 198 (Reichsstudenwerk, Rundschreiben Nr. 24/1939, 5. April 1939). Zur Arbeit des Reichsstudenwerkes im Protektorat im Krieg: Reichsstudenwerk (Hg.), Kurzberichte aus der Arbeit des Kriegsjahrs 1939, Berlin 1939, S. 50ff.

3. Das Reichsstudentenwerk im Zweiten Weltkrieg

3.2. Exkurs: Die „angeschlossenen“ und besetzten Gebiete

offenbar Probleme zwischen der Besatzungsverwaltung und dem Reichswissenschaftsminister Bernhard Rust.²⁹¹

Bei vielen Immobilien des Studentenwerks im Protektorat scheint es eine hohe grundbuchliche Belastung gegeben zu haben, die bei der Übernahme durch das Reichsstudentenwerk zu Schwierigkeiten führt. Der Versuch, über Sonderzuweisungen des Reichsprotektors in Böhmen und Mähren eine Abtragung der Schulden zu erlangen, scheitert aus haushaltsrechtlichen Gründen. Schließlich werden 1943 offenbar Sonderzahlungen des Reichsfinanzministeriums über das Reichsstudentenwerk nach Brünn gelenkt, um die Schulden zu begleichen. Über den Reichsfiskus sind offensichtlich zuvor schon in vergleichbaren Situationen Sondermittel zur Unterstützung der Arbeit des Reichsstudentenwerks in Prag, aber auch etwa in Straßburg, Graz oder Breslau geflossen.²⁹² Die Förderung im besetzten Gebiet wird nach der ethnischen Zugehörigkeit unterschieden, aber nicht nur auf „Deutsche“ beschränkt. Wissenschaftliche Leistung und eine deutschfreundliche politische Gesinnung können zu einer Förderung durch die dem Reichsstudentenwerk angeschlossenen Dr.-Emil-Hácha-Stiftung führen.²⁹³

1944 werden tschechisch- wie deutschstämmige Studenten im Protektorat zum Arbeitseinsatz für den „totalen Krieg“ herangezogen.²⁹⁴

■ Polen

Im September 1939 überfällt das Deutsche Reich Polen; die „Eroberungen im Osten“ weiten sich aus.

Im okkupierten Polen unterhält das Reichsstudentenwerk in Krynica bei Krakau das Erholungsheim Dr. Scheel Haus. Studenten, die von der Front kommen, insbesondere Versehrte, können hier einen kostenlosen mehrwöchigen Erholungsaufenthalt



Dr. Otto Reise, komm. Leiter des Reichsstudentenwerks
Quelle: DSW 4, S. 182

antreten.²⁹⁵ Aus einem Rundschreiben des Studentenwerks Berlin aus dem Jahre 1944²⁹⁶ geht hervor, dass es neben diesem Sanatorium weitere gibt, so in Seeshaupt, in Strobl am Wolfgangsee und in Alt-Tabor.²⁹⁷ TBC-Kuren in der neutralen Schweiz werden mit gefördert.²⁹⁸

²⁹¹ BArch. Berlin R 4901/687, Bll. 18-21 (Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung an den Reichsinnenminister, 30. Oktober 1939).

²⁹² BArch. Berlin R 4901/1057, Bll. 3-5 (Korrespondenz zwischen dem Reichsprotektor in Böhmen und Mähren, Reichsfinanzministerium und Reichsstudentenwerk, März/April 1943); vgl. schon früher im selben Bestand/1058, Bll. 1, 3f., 17, 20 (Korrespondenz zwischen Reichswissenschaftsministerium, Reichsstudentenwerk, Reichsprotektor in Böhmen und Mähren, zwischen März und September 1940).

²⁹³ DSW (Mappe „Handakte Berlin Förderung Protektoratsangehöriger“/Reichsstudentenwerk, Rundschreiben Nr. 49/43, 11. November 1943). Emil Hácha ist zu jener Zeit Chef der Protektoratsverwaltung von deutschen Gnaden.

²⁹⁴ DSW (Mappe „Handakte Berlin Förderung Protektoratsangehöriger“/Reichsstudentenwerk, Mitteilungen Nr. 38/44, 22. Oktober 1944).

²⁹⁵ BArch. Berlin NS 38/2304, unpaginiert (Reichsstudentenföhrung, Sozialpolitisches Amt, an alle Gau-studentenföhrer, Studentenföhrer, Studentenwerksleiter, Bezirksstellen des Beratungsdienstes des Reichsstudentenwerks, 19. November 1942).

²⁹⁶ Historisches Archiv der Beuth Hochschule für Technik, Berlin Gartenbau/120, unpaginiert (Studentenwerk Berlin an den Direktor der Versuchs- und Forschungsanstalt für Gartenbau, Berlin-Dahlem, am 6. April 1944 und am 30. Mai 1944).

²⁹⁷ Heute: Sezimovo Ústí/Tschechien.

²⁹⁸ BArch. Berlin R 4901/915, Bl. 87 (Reichsstudentenwerk, Rundschreiben Nr. 30/41 an die örtlichen Studentenwerke, 22. Mai 1941). Zu den hierbei erwachsenden devisa-rechtlichen Problemen vgl. im selben Bestand/874, Bll. 2f.



3. Das Reichsstudentenwerk im Zweiten Weltkrieg

3.2. Exkurs: Die „angeschlossenen“ und besetzten Gebiete

Der Leiter des Reichsstudentenwerks, Hanns Streit, beteiligt sich an den Raubzügen der deutschen Besatzer in Polen.²⁹⁹ Bereits Mitte Oktober 1939, wenige Wochen nach Kriegsbeginn, nimmt Streit zusammen mit Beamten des Oberkommandos der Wehrmacht und der Kanzlei des „Stellvertreters des Führers“ an einer zehntägigen Studienfahrt durch das besetzte Polen teil. Ziel der Exkursion ist es, „festzustellen, inwieweit sich die im besetzten Gebiet vorhandenen Universitätseinrichtungen, insbesondere deren Instrumentarium, Büchereien und Sammlungen, für den Einsatz bei Forschungsvorhaben im Reichsgebiet eignen.“³⁰⁰ Streit ist bereits zu diesem Zeitpunkt, parallel zu seinen anderen Ämtern, vom Reichswissenschaftsministerium mit der Umgestaltung der Universität Posen im Sinne der Besatzer betraut worden.³⁰¹ Die Position verdankte er informell dem Drängen von Scheel.³⁰² In dieser Funktion als (zunächst kommissarischer) Reichskurator der Universität Posen leitet Streit zugleich das dortige Institut für Krebsforschung und erhält für diese Forschungseinrichtung Hunderttausende Reichsmark an Fördergeldern durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft; teilweise mit Bewilligungen, bei denen die Anträge erst a posteriori zu versenden sind.³⁰³ Sein kommissarischer Vertreter beim Reichsstudentenwerk ist Otto Reise.³⁰⁴

■ Die besetzten und verbündeten Gebiete in Gänze

Mit Blick auf die Studienförderung an den Hochschulen in Prag, Brünn und Posen wird die sogenannte Ost-Studienförderung des Reichsstudentenwerks durch die seit 1935 geförderten „Ostsemester“³⁰⁵ unmittelbar in das rassenideologische Konzept der „Germanisierung“³⁰⁶ besetzter Gebiete, der „rassepolitisch“ begründeten Ansiedlung Deutschstämmiger, in Osteuropa eingefügt: „Die Forderung, die gefährdeten Ostgaue des Reichs durch einen Zustrom aktiver deutscher Bevölkerungselemente zu schützen, wurde abgelöst von der Aufgabe, den wiederge-

wonnenen fremdvölkisch besiedelten Ostgebieten eine möglichst große Zahl wertvoller deutscher Bevölkerungsteile zuzuführen.“³⁰⁷ Mit diesen Bestrebungen dürfte auch die seit etwa 1940 existente Arbeitsgruppe Ostsiedlung bei der Reichsstudentenführung korrespondieren.³⁰⁸ In seinen Förderstrukturen reagiert das Reichsstudentenwerk mithin auf die fortdauernde Besatzungssituation in Osteuropa. Die Fortschreibung dieser neuen Unterstützungsbereiche soll über die Kriegsjahre hinaus mit der Aufnahme der Oststudienförderung in den Regelkanon des Reichsstudentenwerks besiegelt werden. Im Rechnungsnachweis des Reichsstudentenwerks für 1942/1943 findet sich dementsprechend der Hinweis: „Durch die Ausdehnung des deutschen Hoheitsraumes nach Osten hin haben sich die Aufgaben der Oststudienförderung wesentlich verändert. Eine Neuordnung wurde im Rj. [Rechnungsjahr] 1943 durchgeführt. Die Oststudienförderung wird in den Rahmen der gesamten Förderungsarbeit eingebaut und besteht nicht weiter als Sonderförderung.“³⁰⁹

Jenseits des Einsatzes von finanziellen Fördermitteln ist das Reichsstudentenwerk auch bei der Vermittlung von Lehrmaterialien für die in den besetzten Territorien studierenden Deutschen eingebunden. Diese dienen auch einer rasseideologischen Legitimation des deutschen Raub- und Vernichtungskriegs. In der Entwurfsfassung der im Oktober 1943 vom Volkspolitischen Amt bei der Reichsstudentenführung und dem Bevollmächtigten des Reichsstudentenführers für die besetzten Gebiete gemeinsam herausgegebenen „Volkspolitischen Schulung in den Kameradschaften des NSDSTB. Thema 7. Das Polentum“ heißt es unter anderem: „Die [polnische] Führungsschicht ist in den Reichsgauen stärker ausgeschaltet als im General-Gouvernement. Eine Neuausbildung derselben wird möglichst unterbunden. [...] Die wirtschaftliche Stellung ist in den Reichsgauen durch Beschlagnahmen zugunsten des Reichs für das Polentum geschwächt.“³¹⁰

²⁹⁹ Hier und für das Folgende: BArch, Berlin R 4901/687, Bl. 45-57, 91, 178, 295f. ([?] Menzel Reisebericht an Bernhard Rust, 31. Oktober 1939; Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung an Hanns Streit, 12. Dezember 1939; Chef der Reichskanzlei an die obersten Reichsbehörden, 2. Oktober 1940; Hanns Streit an das Reichswissenschaftsministerium, 21. Juli 1944).

³⁰⁰ BArch, Berlin R 4901/687, Bl. 45.

³⁰¹ Grütner, Studenten, S. 513., Streit hat seit 1925 das Studentenwerk geleitet, 1939 wird er Gaustudentenführer im Wartheland. Viele weitere seiner zahlreichen Funktionen weisen ihn auch in der Folgezeit als NS-„Ostexperten“ aus.

³⁰² Grütner, Studenten, S. 96.

³⁰³ BArch, Berlin R 73/15032.

³⁰⁴ Schlömer, Ära, S. 63-79, hier: S. 78.

³⁰⁵ Hierzu: BArch, Berlin NS 38/2786, unpaginiert (Andreas Feickert an Hanns Streit, 26. Januar 1936).

³⁰⁶ Die „Germanisierung“ verfolgt das Ziel einer ethnischen und so auch machtpolitischen wie „kulturellen“ Hegemonie Deutscher durch die Umsiedlung Nichtdeutscher und die Ansiedlung Deutscher. Zu unterscheiden hiervon: „Eindeutschung“ sieht in der NS-Ideologie die gleichsam „rassische Sozialisierung“ nichtdeutscher Ethnien vor, wie etwa im Falle von Teilen der Bevölkerung Sloweniens.

³⁰⁷ BArch, Berlin NS 38/2304, unpaginiert (Reichsstudentenwerk, Rundschreiben Nr. 17/43 an die örtlichen Studentenwerke, 17. April 1943). Vgl. im selben Archiv R 4901/915, Bl. 6f., 9f.

³⁰⁸ BArch, Berlin R 4901/14466, Bl. 73 (Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, Rundschreiben zum Osteinsatz der Reichsstudentenführung an alle Rektoren wissenschaftlicher Hochschulen und verschiedene Stellen der Wissenschaftsverwaltung, 25. Februar 1942).

³⁰⁹ BArch, Berlin R 4901/14515, Bl. 4.

³¹⁰ BArch, Berlin NS 38/5554, unpaginiert; Zitat: S. 7 des im Haupttext genannten Dokuments.



3. Das Reichsstudentenwerk im Zweiten Weltkrieg

3.2. Exkurs: Die „angeschlossenen“ und besetzten Gebiete

Auch für Umsiedler infolge der NS-Eroberungspolitik vor allem in Osteuropa erweist sich die Förderarbeit des Reichsstudentenwerks als hilfreiche flankierende Maßnahme. In einem internen Bericht des Reichsstudentenwerks über Hilfsmaßnahmen für Studierende aus „umgesiedelten Volksgruppen“ vom August 1940 wird formuliert: „Dem Reichsstudentenwerk wurde nach dem Feldzug in Polen die Betreuung der volksdeutschen Studenten aus dem ehemaligen Polen, der Studenten aus den umgesiedelten Volksgruppen in Lettland und Estland und der Studenten aus Südtirol durch den Reichsführer-SS in seiner Eigenschaft als Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums übertragen. Das Reichsstudentenwerk konnte bei den Hilfsmaßnahmen, die unverzüglich eingeleitet wurden, auf den Erfahrungen der langjährigen Zusammenarbeit mit den volksdeutschen Studentenführungen [...] aufbauen.“³¹¹ Über das Langemarck-Studium geraten hierbei nicht nur Akademiker in das Blickfeld. Das Reichsstudentenwerk leistet mithin soziale Unterstützung bei der Siedlungspolitik der Nationalsozialisten. Analoge Vorgehensweisen existieren für die Deutschen aus Bessarabien, Litauen und der Bukowina.³¹²

Wenn Reichsdeutsche im verbündeten oder neutralen Ausland – also etwa Kroatien, Portugal, Spanien, Bulgarien etc. – ein Studium antreten wollen, müssen sie nach der Antragstellung bei Stellen des Reichsstudentenführers ein Auswahlverfahren absolvieren, in dem ihre intellektuelle und ideologische Eignung überprüft wird. Im Bewilligungsfall können sie dann eine Förderung über den Deutschen Akademischen Austauschdienst³¹³ oder das zum Reichsstudentenwerk gehörende Studentenwerk Ausland erhalten.³¹⁴ Analog gilt dies auch für die Bewilligung von Devisen für Reichsdeutsche im Falle eines Auslandsstudiums. Hier ist es aber nicht das Reichsstudentenwerk, sondern die Reichsführung der Deutschen Studentenschaft, die Devisen bewilligt oder im Falle jüdischer Studierender versagt.³¹⁵

Auf die Betreuung von Wehrmachturlaubern oder die Zusendung von Bildungsmaterialien an Frontsoldaten aus der Heimat ist bereits eingegangen worden. In den besetzten Gebieten gibt es während der Endphase des Kriegs auch Kursangebote für dort stationierte Soldaten von Wehrmacht und SS. Gustav Adolf Scheel setzt sich für diese Unterrichtseinheiten ein, um dem Akademikermangel zu begegnen. Das Angebot umfasst ähnlich einem Studium generale verschiedene Disziplinen. Allerdings wird nicht der Geist Humboldts beschworen, sondern getreu der NS-Ideologie zum Beispiel in der Geschichtsvermittlung auf die vermeintlichen Traditionslinien der Begriffe „Führer“, „Reich“, „Lebensraum“ oder „Volk“ abgehoben. In der Biologie bildet die NS-Rassenlehre die inhaltliche Basis.³¹⁶ Nachweisbar sind derartige Bildungsangebote im besetzten Norwegen und im okkupierten Belgien.³¹⁷ Scheel verdankt es Vorschlägen wie diesem Förderungsangebot, dass er in Kreisen der Parteikanzlei der NSDAP schon 1944 als zukünftiger Nachfolger Bernhard Rusts im Reichswissenschaftsministerium „gehandelt“ wird.³¹⁸

Wenn nicht für alle besetzten Gebiete – „flächendeckend“ – das Vorgehen des Reichsstudentenwerks beleuchtet werden konnte, so liegt das an der mangelhaften Quellenlage, die verschiedene Gründe haben dürfte. Hierzu könnten Überlieferungsprobleme zählen: die Zerstörung von Unterlagen durch Kriegseinwirkungen oder das Verwischen von Spuren durch Verwaltungen kurz vor Kriegsende.

Sicher ist, dass die Förderpolitik des Reichsstudentenwerks auch außerhalb des Reichsgebiets eng an der NS-Rassenideologie und ihrer Hierarchisierung bestimmter ethnischer Gruppen orientiert war.

³¹¹ BArch. Berlin R 4901/914, Bl. 140-148, hier: Bl. 140. Vgl. in derselben Akte zur Förderung für Studierende aus Elsaß-Lothringen, Eupen-Malmedy, Nordschleswig, Holland, Belgien, Norwegen und aus Luxemburg: Bll. 185f. Vgl. Reichsstudentenwerk (Hg.), Bericht, S. 51ff.

³¹² Reichsstudentenwerk (Hg.), Bericht, S. 61ff.

³¹³ Zu spionageartigen Berichten, hier einem Report über vermeintliche französische Propaganda in Jugoslawien aus dem Jahr 1934 vgl. BArch. Berlin R 8088/1064, Bll. 29-31.

³¹⁴ BArch. Berlin NS 38/1, Bl. 81 (Reichsstudentenführung, Außenamt/At. Auslese, Merkblatt zum Studium im Ausland, 26. April 1944).

³¹⁵ Vgl. die Fallsammlung in: BArch. Berlin NS 38/2454.

³¹⁶ BArch. Berlin NS 6/814, Bll. 21ff., 27, 29 (Curricula des Angebots für Soldaten in den besetzten Gebieten, 1944; Gustav Adolf Scheel an Martin Bormann, 15. Mai 1944; Vermerk, 2. Juni 1944).

³¹⁷ BArch. Berlin NS 6/524, Bll. 1-6, 12, 30, 38.

³¹⁸ BArch. Berlin NS 6/797, Bll. 1-10.



4. Zusammenfassung und Ausblick

Der Historiker Martin Broszat warnt zu Recht davor, den Nationalsozialismus einzig als „erratischen Block“ zu begreifen, der aus dem restlichen Geschehen der Zeitgeschichte Deutschlands auszusondern sei.³¹⁹ Parallel weist er jedoch, ohne die Singularität der industriell betriebenen NS-Völkermorde oder anderer Aspekte der NS-Zeit relativieren zu wollen, auf Kontinuitäten in den Jahren vor und nach der NS-Zeit hin. Genau in diesem Spannungsverhältnis können Fragen nach Brüchen und der Fortdauer historischer Phänomene in der Geschichte des Studentenwerks von 1921 bis zum Ende der NS-Zeit beantwortet werden.

Das spezifische Kriegserlebnis der jungen Frontsoldatengeneration, das „nationale Trauma von Versailles“ kurz, die unverarbeitete Niederlage Deutschlands im Ersten Weltkrieg sind wichtige Determinanten einer schon zu Beginn der Weimarer Republik in hohem Maße national gesonnenen Studentenschaft. Die sich schon früh gesellschaftlich und politisch zersplitternde Demokratie von Weimar vermag auch für sie nicht die notwendige Bindekraft zu entwickeln.³²⁰

Die sozial und föderal angelegten studentischen Selbsthilfeprojekte erfahren mit der Gründung der Wirtschaftshilfe 1921 eine von Politik und Wirtschaft getragene Unterstützung. Wissenschaftsförderung und damit Wissensproduktion sollen sich unter der Maßgabe politischer und/oder konfessioneller Pluralität entwickeln dürfen. Förderpolitik hat wertneutral demokratisch wie föderal zu erfolgen.

Spätestens ab 1931, als die Weltwirtschaftskrise auf das deutsche Geschehen durchschlägt, beginnen Nationalsozialistischer Deutscher Studentenbund und NSDAP zielgerichtet, die lokalen Wirtschaftskörper an den Universitäten des Reichs zu unterwandern.

Die Wirtschaftshilfe bzw. das Deutsche Studentenwerk e. V. ist eine moderne, zivilgesellschaftliche Einrichtung. Eine pluralis-

tische Förderpolitik für Männer und Frauen wird zunächst lediglich durch nationale Auffassungen des studentischen Förderwesens flankiert, die im Zuge der Gesamtentwicklung der deutschen Gesellschaft in der Weimarer Republik zunehmend die Übernahme des studentischen Förderwesens durch die Nationalsozialisten erleichtern.

Das Milieu des Studentenwerks mit seinen nationalen Anklängen stellt mithin in der Gesellschaft der Weimarer Republik keinen „Sonderfall“ dar. Die Entwicklung der studentischen Sozialfürsorge vollzieht sich von Beginn an im Spannungsfeld von Modernisierung und dem Rückgriff auf nationalistische Strukturen. Es liegt nahe, dies mit Jeffrey Herfs „reactionary modernism“ zu etikettieren.³²¹

Die zur Verfügung stehenden fragmentarischen Quellen belegen eine rasche Gleichschaltung der zentralen studentischen Sozialfürsorge nach dem 30. Januar 1933. Personelle „Säuberungen“ sind nachweisbar; aktiver Widerstand lässt sich kaum feststellen.³²²

Das Reichsstudenatenwerk wird durch seine Protagonisten in Studentenschaft, Politik und Wirtschaft von der NS-Ideologie durchdrungen. Hierzu zählt an erster Stelle ein politisiertes Verständnis von Wissenschaftsförderung, welches mit herkömmlichen Forschungsidealen immer weniger zu tun hat. Die NS-Rassenideologie wird mit dem Ausschluss von Juden aus der Studienförderung massiv handlungsleitend. Gleiches gilt für die Praxis des Gesundheitsdiensts im Reichsstudenatenwerk, der sich den tödlichen Idealen der NS-Erbgesundheitspolitik verpflichtet weiß.

Angesichts derartiger Ideologisierung nannte der Sozialhistoriker Konrad H. Jarausch das Dasein der Studierenden in der NS-Zeit „Studienalltag zwischen Aktionismus und Niveaueverfall“.³²³

³¹⁹ Broszat, Plädoyer.

³²⁰ Jarausch, Studenten, S. 146ff.; Grüttner, Studenten, S. 9.

³²¹ Jeffrey Herf, *Reactionary Modernism. Technology, culture, and politics in Weimar and the Third Reich*, Cambridge 1984. Zu einem tragfähigen Modernitätsbegriff vgl. Hans-Ulrich Wehler, *Modernisierungstheorie und Geschichte*, Göttingen 1975.

³²² Ggf. kann die Auflösung des Studentenwerks an der Katholischen Hochschule Eichstätt im Jahr 1935 als Folge resistenten Verhaltens (der Weigerung zur Teilnahme am studentischen Arbeitsdienst) gelten, vgl.: BAArch. Berlin R 4901/1212, Bl. 5ff.

³²³ Jarausch, Studenten, S. 188.

4. Zusammenfassung und Ausblick



Studentinnenberatung, um 1941
Quelle: DSW 4, S. 185

Michael Grüttner hat in seiner wegweisenden Untersuchung zu Studierenden im Dritten Reich die Frage aufgeworfen, ob das Reichsstudentenwerk trotz aller ideologisierten Förderpolitik in großem Umfang Studierende aus sozial schwachen Familien unterstützt habe.³²⁴ Er weist nach, dass die Förderung in den Jahren 1934 bis 1941 lediglich zwischen sieben und zehn Prozent aller Studierenden erreicht habe. Ungeachtet der vorherrschenden NS-ideologischen Auswahlkriterien hätten überwiegend sozial schwache Studenten/-innen diese Fördergelder erhalten. Der Förderkreis sei dabei schrittweise über Universitätsangehörige hinaus erweitert worden (Stichwort: Lange-marck-Förderung). Besonders in den Kriegsjahren sei es hier weniger um soziale Verantwortung als vielmehr um eine pragmatische Bekämpfung des Fachkräftemangels gegangen.

Bereits vor Beginn des Zweiten Weltkriegs erfährt studentische Förderung eine Militarisierung. Diese zeigt sich in einer militarierten „Kameradschaft“, der antiintellektualistisch ausgerichteten Betonung von Sport sowie dem Arbeitseinsatz im Rahmen des ersten Vierjahresplans. Im Krieg verschärfen sich diese Tendenzen. Hinzu kommen die Zielkonflikte, einerseits den Fachkräftemangel zu bekämpfen und andererseits möglichst viele Studenten zum Kriegsdienst einzuberufen. Das restriktive NS-Frauenbild wird daher zeitweilig zugunsten nationalöko-

nomischer Erwägungen im Krieg zurückgestellt. Frauen dürfen sich akademisch bilden, um Männer zu ersetzen.

Bereits bei der Wirtschaftshilfe und dem Deutschen Studentenwerk gab es „volkstumpolitische“ Tendenzen, die insbesondere in den osteuropäischen Gebieten mit ethnisch deutscher Bevölkerung zu speziellen Förderangeboten führten. Diese Tendenz verstärkt sich seit 1933. Schon bevor er die Leitung des Reichsstudentenwerks übernimmt, wird der hohe SS-Offizier Gustav Adolf Scheel zu seiner zentralen Figur. „Führerprinzip“ statt Föderalismus, der Einsatz von linientreuen nationalsozialistischen Funktionären und eine NS-konforme Förderpolitik sind seine Handlungsmaximen.

Mit der Besetzung und Annexion von Territorien seit den späten 1930er-Jahren erweitert das Reichsstudentenwerk seine Handlungsfelder auch räumlich, stets eng orientiert an der NS-Rassenideologie.

Die einstigen Hauptprotagonisten des Reichsstudentenwerks erfahren zu und nach Kriegsende unterschiedliche Schicksale. Fritz Kubach gilt seit Januar 1945 als an der Ostfront vermisst.³²⁵ Hanns Streit stirbt in einem NKWD-/MWD-Speziallager in Ostdeutschland. Gustav Adolf Scheel wird im Mai 1945 von der U.S. Army gefangen genommen. Es folgen mehrfache Verhaftungen und Internierungen sowie ein Spruchkammerverfahren in Heidelberg. Seit 1949 praktiziert Scheel als Arzt in Hamburg. 1953 wird er als Mitglied des Naumann-Kreises, einem losen Netzwerk ehemaliger Nationalsozialisten, zeitweilig angeklagt und gelangt in Untersuchungshaft. Er wird verdächtigt, gemeinsam mit Werner Trumpf und anderen ehemaligen Nationalsozialisten³²⁶ die FDP rechtsnational unterwandern zu wollen. Nach Haftbefehl und Festnahme durch die britische Militärpolizei wird Scheel 1954 freigesprochen. Er stirbt 1979.³²⁷

Die studentische Sozialfürsorge ist in ihrer organisatorischen Praxis nach dem Zusammenbruch des nationalsozialistischen Deutschlands diskreditiert und bedarf eines demokratischen Neuanfangs. Das in Westdeutschland wieder gegründete Deut-

³²⁴ Hier und für das Folgende: Grüttner, Studenten, S. 140ff., 154.

³²⁵ Hachmeister, Schleyer, S. 175.

³²⁶ Grüttner, Studenten, S. 513.

³²⁷ DSW (Mappe „Korrespondenz [Petersen-Schlömer] zur Vorbereitung der 40-Jahrfeier des DSW“); Franz-Willing, Leben, S. 69ff.



4. Zusammenfassung und Ausblick

sche Studentenwerk vermag an demokratische Traditionen vor 1933 anzuknüpfen: Nach der Neugründung örtlicher Studentenwerke seit Kriegsende in den Westzonen schließen sich diese 1950 in Marburg/Lahn zum Verband Deutscher Studentenwerke e. V. zusammen.³²⁸ Geistiger Referenzpunkt ist das Erlanger Programm von 1921. Zunächst noch stark begleitet von der US-amerikanischen McCloy Foundation, einer US-amerikanischen Stiftung zum transatlantischen Austausch von Jungakademiker/-innen, „emanzipiert“ sich der Dachverband spätestens 1956 mit der Umgründung zum „Deutschen Studentenwerk“. Westdeutschland verfügt über eine in der Demokratie verankerten Sozialfürsorge für Studierende. Nach der Wiedervereinigung kann dies auch für das Gebiet der ehemaligen Sowjetischen Besatzungszone/DDR gesagt werden. Die Geschichte der deutsch-deutschen Sozialfürsorge für Studierende im Kontext des Kalten Kriegs – und danach – könnte Gegenstand künftiger Forschungen sein.

³²⁸ Deutsches Studentenwerk (Hg.), 70 Jahre, Bd. 1, S. 87, 107ff.



5. Archiv- und Literaturverzeichnis

5.1. Archive

■ Archiv der Universität in Halle/Saale

Repositor 6
Kurator
Akte Nr.: 3080

NS 38

Reichsstudentenführung/Nationalsozialistischer Deutscher Studentenbund

Akten Nrn.: 1, 1348, 1353, 1387, 1433, 1482, 2023, 2072, 2119, 2127, 2142, 2252, 2260, 2270, 2278, 2304, 2317, 2407, 2454, 2483, 2655, 2766, 2771, 2772, 2773, 2778, 2779, 2780, 2783, 2784, 2785, 2786, 2787, 2790, 2799, 2800, 2821, 2823, 2824, 2970, 2988, 3088, 3503, 3569, 3573, 3614, 3635, 3637, 3667, 3714, 3715, 3771, 3786, 3792, 3869, 3919, 4019, 4068, 4161, 4420, 5271, 5478, 5554, 5643, 52710

■ Archiv des Deutschen Studentenwerks, Berlin

Diverses Material – unverzeichnet.

NS 55

Nationalsozialistischer Deutscher Dozentenbund

Akte Nr.: 10

■ Historisches Archiv der Beuth Hochschule für Technik, Berlin

Gartenbau
Akte Nr.: 120

R 26-III Beauftragter für den Vierjahresplan –

Reichsforschungsrat

Akte Nr.: 42, 80718

■ Bundesarchiv Berlin

NS 6
Partei-Kanzlei der NSDAP
Akten Nrn.: 524, 797, 814

R 43-I

Reichskanzlei

Akte Nr.: 775

NS 10
Persönliche Adjundantur des Führers und Reichskanzlers
Akten Nrn.: 29, 60, 66

R 43-II

Reichskanzlei

Akte Nr.: 1390c

NS 19
Persönlicher Stab Reichsführer SS
Akte Nr.: 2229

R 58

Reichssicherheitshauptamt

Akten Nrn.: 3556, 5637b

NS 21
Forschungs- und Lehrgemeinschaft „Das Ahnenerbe“
Akten Nrn.: 135, 296, 676, 760, 943, 1711, 2265, 2461

R 73

Deutsche Forschungsgemeinschaft

Akten Nrn.: 297, 12464, 14779, 15032



5. Archiv- und Literaturverzeichnis

5.1. Archive

R 76-IV

Reichsuniversität Straßburg

Akte Nr.: 21

R 128

Gemeinschaft Studentischer Verbände

Akten Nrn.: 1, 3, 22, 1003, 1023, 3337, 3338, 3388, 3389

R129

Deutsche Studentenschaft

Akten Nrn.: 1007, 1038, 1212

R 149

Deutsches Studentenwerk e. V./Reichsstudentenwerk

Akten Nrn.: 3, 5, 6, 12, 18, 25, 41, 49, 67, 69, 81, 84, 105, 113, 115, 134, 150, 153, 168, 169, 170, 171, 172, 181, 195, 196, 198, 217, 228

R 4901

Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung

Akten Nrn.: 22, 197, 687, 853, 856a, 864, 870, 874, 890, 891, 892, 893, 894, 895, 896a, 897, 898, 899, 900, 901, 907, 911, 912, 913, 914, 915, 1047, 1048, 1049, 1050, 1051, 1052, 1053, 1054, 1055, 1056, 1057, 1058, 1059, 1060, 1061, 1062, 1063, 1064, 1212, 1583, 11891, 13265, 14459, 14466, 14467, 14502, 14506, 14515

R 4902

Deutsches Auslandswissenschaftliches Institut

Akte Nr.: 1421

R 8034-III

Reichslandbund, Pressearchiv

Akte Nr.: 403

R 8044

Deutsch-Italienische Studienstiftung

Akte Nr.: 1

R 8088

Reichsverband der Deutschen Hochschulen

Akten Nrn.: 71e, 170, 583, 800, 806, 1052, 1060, 1064, 1124, 1152

R 9361-I

NSDAP

Akten Nrn.: 3472, 37035

R 9361-II

Parteikorrespondenz

Akten Nrn.: 94323, 963441, 993577

R 9361-III

SS-/SA-Akten

Akten Nrn.: 109485, 558819, 569546, 202929, 538304

R 9361-V

Reichskulturkammer

Akte Nrn.: 7360, 150855

R 9361-IX

NSDAP-Gaukartei

Karten Nrn.: 4230037, 4335015



5. Archiv- und Literaturverzeichnis

5.2. Gedruckte Quellen – Literatur

O. A., <http://studierendenwerkdarmstadt.de/ueber-uns/geschichte-ns-zeit/> [letzter Abruf: 23. Dezember 2019]

Adam, Uwe Dietrich, Hochschule und Nationalsozialismus. Die Universität Tübingen im Dritten Reich, Tübingen 1977.

Arnold, Birgit, „Deutscher Student, es ist nicht nötig, daß Du lebst, wohl aber, daß Du Deine Pflicht gegenüber Deinem Volk erfüllst.“ Gustav Adolf Scheel, Reichsstudentenführer und Gauleiter von Salzburg, in: Michael Kißener u. a. (Hg.), Die Führer der Provinz. NS-Biographien aus Baden und Württemberg, Konstanz 1997, S. 567-594.

Backhaus, Helmut, Die Studentische Selbsthilfe und Selbstverwaltung an der Georg-August-Universität 1905-1945. Ein Beitrag zur Geschichte des Studentenwerkes Göttingen. Typoskript, Göttingen 1961.

Broszat, Martin, Plädoyer für eine Historisierung des Nationalsozialismus, in: Merkur 39 (1985), S. 373-385.

Burleigh, Michael, Germany Turns Eastwards. A Study of Ostforschung in the Third Reich, Cambridge u. a. 1988.

Eschmann, Ernst Wilhelm, Wo findet die deutsche Jugend neuen Lebensraum? Bericht über die Rundfrage des Deutschen Studentenwerks, Berlin u. a. 1932.

Faust, Anselm, Der Nationalsozialistische Studentenbund. Studenten und Nationalsozialismus in der Weimarer Republik, zwei Bände, Düsseldorf 1973.

Franz-Willing, Georg, „Bin ich schuldig?“. Leben und Wirken des Reichsstudentenführers und Gauleiters Dr. Gustav Adolf Scheel 1907-1979. Eine Biographie, Leoni 1987.

Giles, Geoffrey J., Students and National Socialism in Germany, Princeton 1985.

Goecke, Jürgen, Von der Selbsthilfeeinrichtung zur Anstalt des öffentlichen Rechts. Läßt sich aus der Entwicklung des Studentenwerks in Berlin auf die vermutliche Entwicklung vergleichbarer Bürgerinitiativen schließen? Typoskript. Diplomhausarbeit FU Berlin, FB 15, 1975.

Golücke, Friedhelm (Hg.), Korporationen und Nationalsozialismus, Schernfeld 1989.

Grüttner, Michael, Studenten im Dritten Reich, Paderborn u. a. 1995.

Gutmann, Joachim, Die Entwicklung des Studentenwerks Göttingen 1922-1972. Ein Beitrag zur Geschichte studentischer Selbsthilfe und Sozialversorgung. Festschrift zum 50jährigen Bestehen des Studentenwerks Göttingen. Typoskript, [Göttingen 1972].

Haase, Philipp T., Gustav Adolf Scheel. Studentenführer, Gauleiter, Verschwörer. Ein politischer Werdegang, in: Wolfgang Prose (Hg.), Täter, Helfer, Trittbrettfahrer, Bd. 8, Gerstetten 2018, S. 295-325.

Hachmeister, Lutz, Schleyer. Eine deutsche Geschichte, München 2004.

Herf, Jeffrey, Reactionary Modernism. Technology, culture, and politics in Weimar and the Third Reich, Cambridge 1984.

Hoffmann, Wilhelm, Wichtige Fragen der Studienstiftung des deutschen Volkes, Dresden 1929.

Internationales Institut für Studentische Selbsthilfe und Gemeinschaftsarbeit (Hg.), Studentische Selbsthilfe. Berichte und Ergebnisse der Ersten Internationalen Schulungswoche für studentische Selbsthilfe veranstaltet vom Weltstudentenwerk. Dresden, den 6. bis 14. Juli 1927, Dresden 1927.

Jaraus, Konrad H., Deutsche Studenten 1800-1970, Frankfurt a. M. 1984.

Kater, Michael, Studentenschaft und Rechtsradikalismus. Eine sozialgeschichtliche Studie zur Bildungskrise in der Weimarer Republik, Hamburg 1975.

Kunze, Rolf-Ulrich, Die Studienstiftung des deutschen Volkes seit 1925. Zur Geschichte der Hochbegabtenförderung in Deutschland, Berlin 2001.



5. Archiv- und Literaturverzeichnis

5.2. Gedruckte Quellen – Literatur

Leimeister, Ernst (Hg.), Jahrbuch der Frankfurter Studentenschaft 1939, Frankfurt a. M. 1938.

Lundgreen, Peter, Hochschulpolitik und Wissenschaft im Dritten Reich, in: Ders.: Wissenschaft im Dritten Reich, Frankfurt a. M. 1985, S. 9-30.

Manns, Heide, Frauen für den Nationalsozialismus. Nationalsozialistische Studentinnen und Akademikerinnen in der Weimarer Republik und im Dritten Reich, Opladen 1997.

Martinsen, Leif, Das Deutsche Studentenwerk von der Gründung bis zur Gleichschaltung. Typoskript. Diplomarbeit Pädagogik Universität Oldenburg 1987.

Meissner, Matthias, Findbücher zu Beständen des Bundesarchivs. Reichsstudentenführung/Nationalsozialistischer Deutscher Studentenbund. Bestand NS 38, Berlin 2014.

Merkel, Heinrich G., u. a., Darlehenskassen für Studierende in aller Welt, Berlin u. a. 1932.

Nagel, Anne C., Hitlers Bildungsreformer. Das Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung 1934-1945, Frankfurt a. M. 2012.

Pörtner, Rudolf, Eine wechselvolle Geschichte. 100 Jahre Tübinger Studentenwerk, in: Tübinger Blätter (2020), S. 79-83.

Rathenau, Walther, Die neue Wirtschaft, Berlin 1918.

Reichsstudentenwerk (Hg.), Kurzberichte aus der Arbeit des Jahres 1936, Berlin 1936.

Reichsstudentenwerk (Hg.), Kurzberichte aus der Arbeit des Jahres 1937, Berlin 1937.

Reichsstudentenwerk (Hg.), Kurzberichte aus der Arbeit des Jahres 1938, Berlin 1938.

Reichsstudentenwerk (Hg.), Umschau der Studentenwerke, (1938), Mai/Nr. 22.

Reichsstudentenwerk (Hg.), Kurzberichte aus der Arbeit des Kriegsjahres 1939, Berlin 1939.

Reichsstudentenwerk (Hg.), Bericht über die Arbeit im Kriege. Zum zwanzigjährigen Bestehen des Reichsstudentenwerks im Auftrage des Reichsstudentenführers SS Brigadeführer Dr. G. A. Scheel, herausgegeben von Dr. Otto Reise, Komm.[issarischer] Leiter des Reichsstudentenwerks, Berlin 1941.

Schapals, Werner, Wesen und Rechtsnatur der Studentenschaft. Diss. Universität Göttingen. Typoskript, Göttingen 1962.

Scheel, Gustav Adolf, Die Reichsstudentenführung. Arbeit und Organisation des deutschen Studententums, Berlin 1938.

Schenk, Rolf, Das Reichsstudentenwerk. Seine rechtliche Stellung und seine sozialistische Aufgabe. Typoskript. Diss. Universität Würzburg o. J. [um 1941].

Schölzel, Christian, Fritz Rathenau (1875-1949). On Antisemitism, Acculturation and Slavophobia. An Attempted Reconstruction, in: Leo Baeck Institute Yearbook XLVIII (2003), S. 135-162.

Schwarz, Jürgen, Studenten in der Weimarer Republik. Die deutsche Studentenschaft in der Zeit von 1918 bis 1923 und ihre Stellung zur Politik, Berlin 1971.

Sikorski, Hans, Wirken und Werke innerhalb der deutschen Studentenschaft. Herausgegeben im Auftrage des Hochschulpolitischen Ausschusses des Kyffhäuser-Verbandes der Vereine Deutscher Studenten, Marburg a. d. Lahn 1925.

Streit, Hanns, Das Deutsche Studentenwerk. Wirtschaftshilfe der Deutschen Studentenschaft 1921-1931, Dresden 1931.

Studentenwerk Berlin e. V., Bericht 1923-1925, Berlin 1925.

Studentenwerk Münster (Hg.), 1922*1997. Chronik des Studentenwerks Münster, Münster 1997.

Studentenschaft, Deutsche (Hg.), Das erste Jahr. Deutsche Studentenschaft 1919-1920, Göttingen 1921.



5. Archiv- und Literaturverzeichnis

5.2. Gedruckte Quellen – Literatur

Studentenwerk, Deutsches (Hg.), Wohin? Ein Ratgeber zur Berufswahl der Abiturienten. Bearbeitet von Hans Sikorski, Berlin u. a. 1930.

Studentenwerk e. V., Deutsches (Hg.), Umschau in der studentischen Selbsthilfearbeit (1931), Nr. 3/Juni.

Studentenwerk e. V., Deutsches (Hg.), Umschau in der studentischen Selbsthilfearbeit (1930), Nr. 1/Dezember.

Studentenwerk e. V., Deutsches (Hg.), Zehn Jahre Studentenwerk 1921-31, o. O. O. J. [Dresden 1931].

Studentenwerk e. V., Deutsches (Hg.), Das Deutsche Studentenwerk. Wirtschaftshilfe der Deutschen Studentenschaft 1928-1931, Berlin u. a. 1931.

Studentenwerk e. V., Deutsches (Hg.), Der Deutsche Hochschulführer, Dresden 1932

Studentenwerk e. V., Deutsches (Hg.), Kurzberichte aus der Entwicklung seit der national(=)sozialistischen Revolution 1933/34, Breslau 1934.

Studentenwerk e. V., Deutsches (Hg.), 1921-1961. Festschrift zum vierzigjährigen Bestehen, Bonn 1961.

Studentenwerk e. V., Deutsches (Hg.), 70 Jahre. Band 1, Bonn 1993.

Studentenwerk e. V., Deutsches (Hg.), 70 Jahre. Band 2, Bonn 1993.

Studentenwerk e. V., Deutsches (Hg.), 80 Jahre Deutsches Studentenwerk, Bonn u. a. 2002.

Studentenwerk Würzburg e. V. u. a. (Hg.), Würzburger Universitäts-Almanach 1938, Würzburg 1938.

Weber, Max, Wissenschaft als Beruf. 1919, in: Johannes Winkelmann (Hg.), Max Weber. Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre, 7. Aufl., Tübingen 1988, S. 582-613.

Wehler, Hans-Ulrich, Modernisierungstheorie und Geschichte, Göttingen 1975.

Weissberg-Bob, Nea; Irmer Thomas, Heinrich Richard Brinn (1874-1944). Fabrikant – Kunstsammler – Frontkämpfer. Dokumentation einer „Arisierung“. Mit Beiträgen von Michel Friedman, Hermann Simon und Jacov Tsur, Berlin 2002.

Wildt, Michael, Generation des Unbedingten. Das Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes, aktualisierte Neuauflage, Hamburg 2003.

Ders., „Volksgemeinschaft“, in: <http://docupedia.de/zg/Volksgemeinschaft> [Abruf: 19. Mai 2019].

Wirtschaftshilfe der Deutschen Studentenschaft (Hg.), Wirtschaftshilfe der Deutschen Studentenschaft. Ziele und Richtlinien. Vierter Deutscher Studententag 1. bis 4. Juli 1921 in Erlangen, Dresden 1921.

Schaubild 1 – Wirtschaftshilfe und Deutsches Studentenwerk e. V. bis 1933

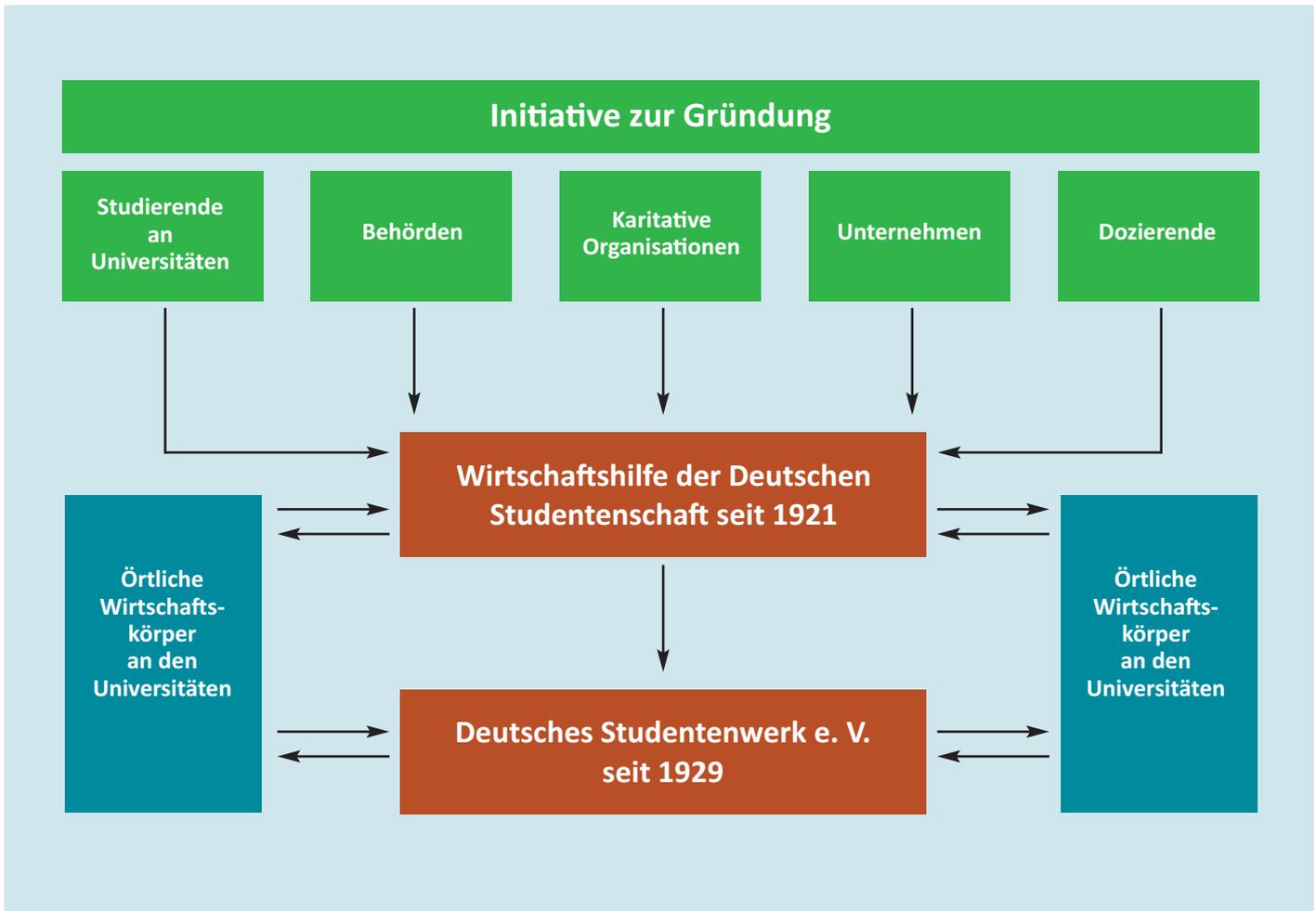




Schaubild 2 – Deutsches Studentenwerk e. V. und Reichsstudentenwerk seit 1933

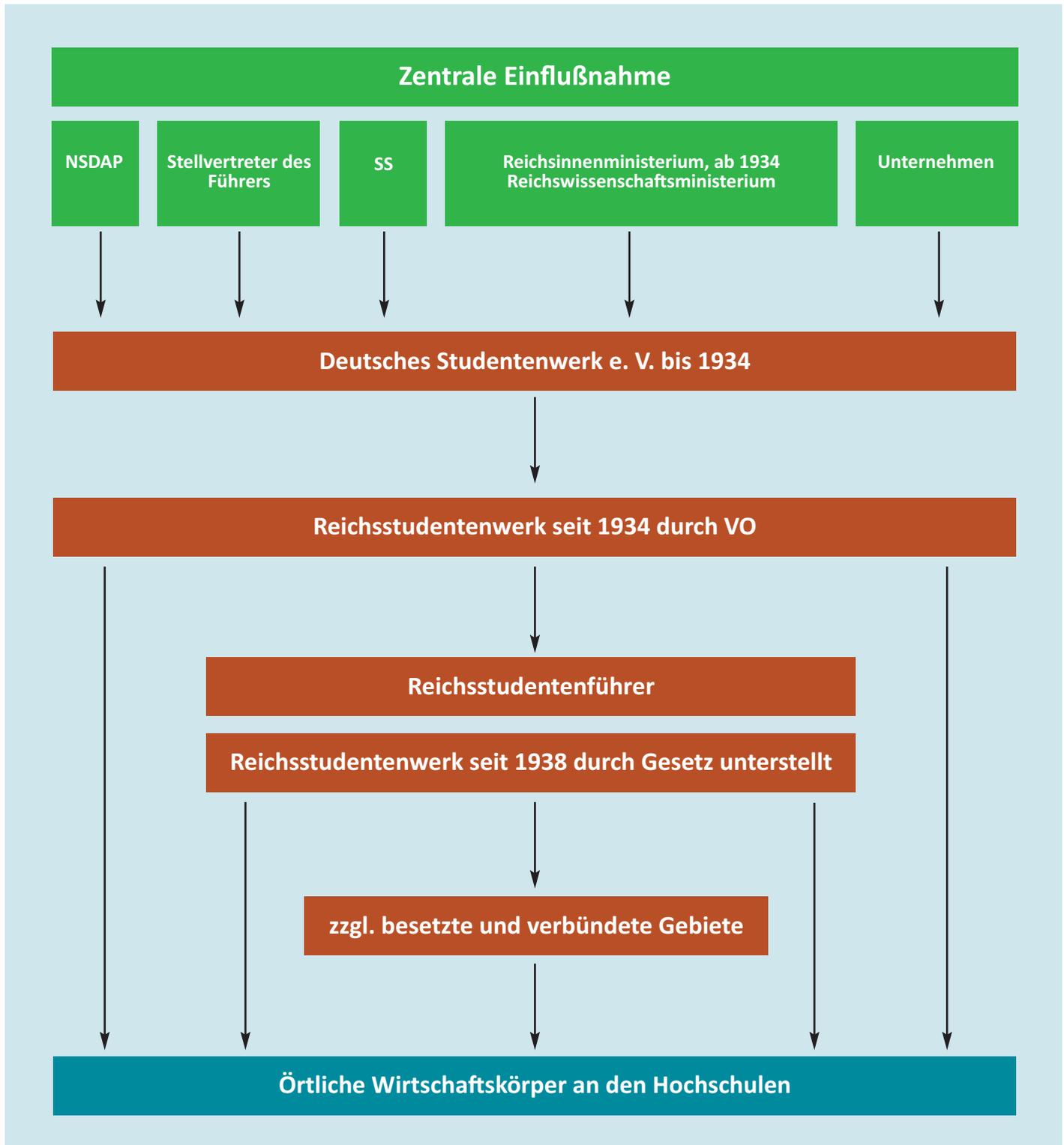
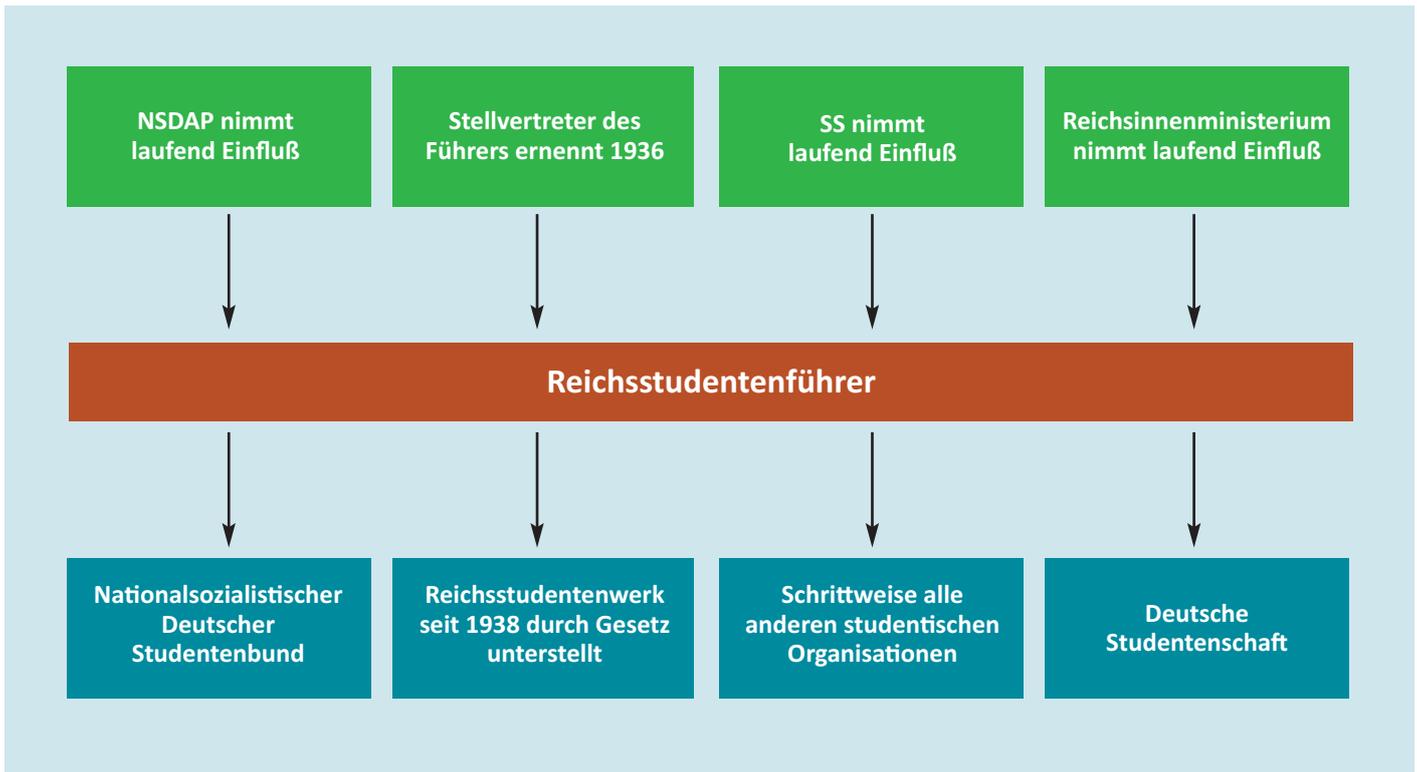


Schaubild 3 – Reichsstudentenführung und Reichsstudentenwerk seit 1938





Impressum

Herausgeber

Deutsches Studentenwerk
Monbijouplatz 11
10178 Berlin
T 030 29 77 27-10
dsw@studentenwerke.de
www.studentenwerke.de

Autor

Dr. Christian Schölzel
www.cultureandmore.com

Lektorat

Marijke Lass
www.mediamondi.de

Gestaltung

Martina Puchalla
www.martinapuchalla.de

Anmerkung

Diese Publikation dient zur wissenschaftlichen
Aufarbeitung und Berichterstattung über Vorgänge
des Zeitgeschehens.
(StGB §86 (3))

Berlin 2021

Fotonachweise

akg-images: Sammlung Berliner Verlag/Archiv

Bundesarchiv: Berlin R 128/3338; Berlin Plak 002/035/040;
Berlin R 4901/1056 (u. a. Cover)

Chronik Studentenwerk Münster 1922-1997, Münster 1997,
S. 19

DSW/Kay Herschelmann

DSW 1: Deutsches Studentenwerk, Zehn Jahre Studenten-
werk 1921-1931, Dresden 1931, S. 9, S. 22, S. 62, S. 63

DSW 2: Deutsches Studentenwerk e. V. (Hg.), Das Deutsche
Studentenwerk. Wirtschaftshilfe der Deutschen Studenten-
schaft 1928-1931, Berlin u. a. 1931, o. P.

DSW 3: Studentenwerk Berlin e. V., Festgabe an den
Vorsitzenden Reichskanzler a. D. Dr. Georg Michaelis
zum 74. Geburtstag, 8. September 1931, o. P.

DSW 4: Reichsstudenatenwerk, Bericht über die Arbeit im
Kriege, Berlin 1941, S. 177, S. 179, S. 181, S. 182, S. 185, S. 186

JB: Jahrbuch der Frankfurter Studentenschaft 1939,
Frankfurt am Main 1939, S. 50

Golücke, Friedhelm, Korporationen und Nationalsozialismus,
Schernfeld 1989, S. 211

ullstein bild: James E. Abbe; Heinrich Hoffmann; ullstein bild

Wir haben uns bemüht, möglichst alle Bildrechte-
inhaber/-innen zu ermitteln. Sollten darüber hinaus
Ansprüche bestehen, so bitten wir Sie, uns dies mitzuteilen.